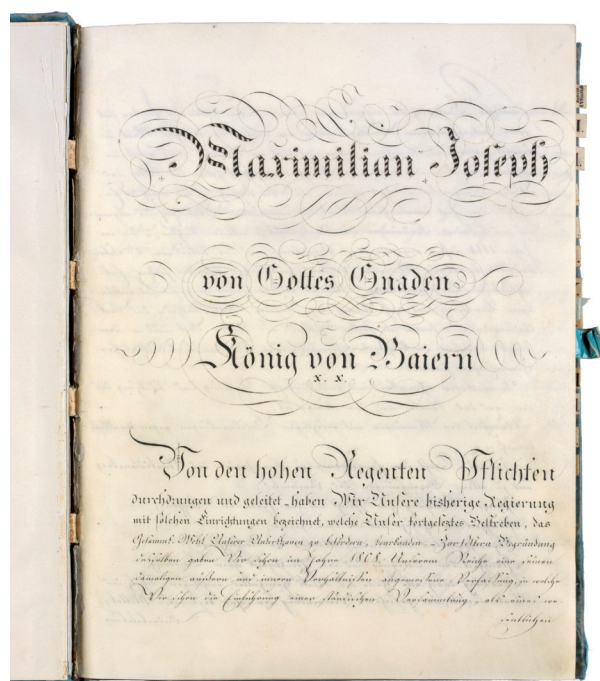


Nachrichten

aus den Staatlichen Archiven Bayerns

Nr. 74, Juni 2018



Aus dem Inhalt:

[Amtswechsel im Bayerischen Hauptstaatsarchiv \(S. 5\)](#)

[Tag der Archive 2018 in sechs Staatsarchiven \(S. 8-14\)](#)

[Richtfest beim Erweiterungsbau des Staatsarchivs Bamberg \(S. 71\)](#)

Umschlag Vorderseite:

1818 trat die Verfassung des Königreichs Bayern in Kraft. Sie löste die Konstitution von 1808 ab und galt bis zum Ende der Monarchie 1918. Das 200-jährige Jubiläum der Verfassung wird von den staatlichen Archiven Bayerns mit zwei Ausstellungen gewürdigt.

Das Bayerische Hauptstaatsarchiv hat in Zusammenarbeit mit der Bayerischen Staatsbibliothek und dem Haus der Bayerischen Geschichte die rund 66 Exponate umfassende virtuelle bavarikon-Ausstellung „Die Verfassung des Königreichs Bayern 1818–1918“ erarbeitet, die folgendermaßen abgerufen werden kann:

<https://www.bavarikon.de/verfassung1818>

Das Staatsarchiv Würzburg widmet der Konstitutionssäule, die Franz Erwein Graf von Schönborn auf dem Sonnenberg bei Gaibach zwischen 1821 und 1828 nach Plänen von Leo von Klenze errichten ließ, eine kleine Ausstellung. Dabei werden insbesondere Originale aus dem Archiv der Grafen von Schönborn gezeigt, das als Depositum im Staatsarchiv Würzburg liegt. Die Gaibacher Konstitutionssäule war Zentrum der Verfassungsbewegung und -feiern in Franken.

<https://www.gda.bayern.de>

Abbildungen:

Verfassungsurkunde für das Königreich Bayern vom 26. Mai 1818 (Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Bayerischer Landtag 10295)

Konstitutionstaler König Max I. Joseph auf die Verfassung (Staatsarchiv Bamberg, Nachlass Emil Marschalk von Ostheim, Münzsammlung)

Konstitutionssäule auf dem Sonnenberg bei Gaibach im Gräflich Schönbornschen Schlosspark (LK Kitzingen; Foto: Erwin Jäcklein, Staatsarchiv Würzburg)

Umschlag Rückseite:

Stiftungsurkunde des Klosters Urfahrn (Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Kloster Reisach Urkunden; s. S. 41).

Inhalt

Aktuelles

Festakt anlässlich des Amtswechsels im Bayerischen Hauptstaatsarchiv 5

Tag der Archive 2018

Staatsarchiv Amberg: Reelle und virtuelle Einblicke in die Schätze der Vergangenheit..... 8

Staatsarchiv Bamberg: Archivalien erzählen vom Verfassungsleben 10

Staatsarchiv Coburg: Feierabendführungen am 5. und 6. März 2018..... 11

Staatsarchiv und Stadtarchiv Landshut präsentieren sich gemeinsam 12

Neue Wege mit Tradition: Der Tag der Archive im Staatsarchiv München 13

Vielfältiges Programm in Würzburg 14

Internet

„Fotobestände in bayerischen Archiven – ein Archivführer“ im Internet 15

Neue Online-Findmittel der Abteilung V des Bayerischen Hauptstaatsarchivs 15

Ausstellungen

Überraschende Entdeckung bei der Ausstellungseröffnung „Highlights aus dem Schwarzenberg-Archiv“ im Knauf-Museum Iphofen 17

Ausstellung „Menschen im Krieg: Die Oberpfalz 1618 bis 1648“ im Staatsarchiv Amberg..... 18

Tagungen

13. Bayerisch-Schwäbisches Archivarstreffen in Memmingen 19

Archive und Archivare in Franken im Nationalsozialismus – Wissenschaftliche Tagung im Staatsarchiv Nürnberg..... 20

27. Jahrestagung des International Institute for Archival Science (IIAS) in Triest 22

Veranstaltungen

Buchvorstellung „Regierungspräsidenten von Schwaben“ 23

Seminare zur Provenienzforschung im Staatsarchiv Würzburg 25

Archivpflege

Oberpfälzer Archivpflegertagung zu nichtamtlichem Archivgut in Kommunalarchiven..... 27

Staatsarchiv Amberg setzt Rückgabe von Gemeindearchivdepots fort..... 28

Tagung der Archivpfleger des Regierungsbezirks Schwaben im Staatsarchiv Augsburg 30

Amtseinführung eines neuen Archivpflegers im Landkreis Ostallgäu und Verabschiedung des langjährigen Archivpflegers Albert Ott..... 31

Von der Schule ins Archiv – Überlieferung der Schulen war Schwerpunkt beim Archivpflegertreffen im Landkreis Lichtenfels..... 32

Treffen der ehrenamtlichen Archivbetreuerinnen und -betreuer im Landkreis Coburg 33

Aussonderung und Behördenberatung

KLA-Arbeitsgruppe zur Bewertung der elektronischen Fachverfahren der Bundes- und der Landespolizeibehörden konstituiert sich 34

Archivierungsvereinbarung mit dem Justizministerium über Unterlagen zur Aus- und Fortbildung der Juristen in Bayern abgeschlossen 34

Neue Wege bei der Aussonderung von Justizakten..... 35

Neufassung der Aufbewahrungs- und Aussonderungsbestimmungen für die Finanzämter erschienen 36

Fortbildung „Aktenaussonderung bei den unterfränkischen Finanzämtern“ beim Staatsarchiv Würzburg..... 37

Schwäbische Registratoren treffen sich im „Wittelsbacher Land“ 38

Bestände

Bayerisches Hauptstaatsarchiv

Kloster Formbach Amtsbücher und Akten neu erschlossen 40

Archivalien des Klosters Reisach erworben und erschlossen 41

Tonaufnahmen aus dem Bayerischen Senat zugänglich..... 42

Unbekannte Leibniz-Handschrift entdeckt..... 43

Überlieferung der Schützenbrigade 21 abschließend formiert..... 44

Neuer Nachlass aus der Zeit des Ersten Weltkrieges im Kriegsarchiv 45

Neue Findbücher zur Überlieferung von Vereinen und Verbänden 46

Staatsarchiv Amberg

Staatliche Archive übernehmen Dienstsiegel von Behörden 52

Staatsarchiv Augsburg

Zum 200. Geburtstag – Bestände der Regierung von Schwaben samt Vorgängerbehörden im Staatsarchiv Augsburg neu erschlossen 54

Staatsarchiv Bamberg

Nachlass Hans Schemm (1891–1935) – Ludwig Ruckdeschel (1907–1968) im Staatsarchiv Bamberg 56

Staatsarchiv Coburg

Neuzugänge im Staatsarchiv Coburg – Schallmauern durchbrochen.....59

Staatsarchiv Nürnberg

Alle 107.776 Verfahrensakte zur Entnazifizierung in Mittelfranken digital erfasst.....60

Staatsarchiv Würzburg

Benützung der „Rechnungen“ im Staatsarchiv Würzburg verbessert.....60

Bestände des frühen 19. Jahrhunderts im Staatsarchiv Würzburg neu strukturiert62

Retrokonversionsprojekt „Unterfränkische Spruchkammern“64

Bestandserhaltung

„In München steht ein Hofbräuhaus ...“ Erwerb und Restaurierung wertvoller Planunterlagen ... 66

Einblattdruck mit eigenhändiger Unterschrift von Gottfried Wilhelm Leibniz restauriert.....67

Bestand „Porträtsammlung III [Alben]“ des Kriegsarchivs jetzt optimal verpackt68

Archivgut auf 35 mm – Aus der Arbeit der Sicherungsverfilmung im Jahr 2017 70

Archivbau

Richtfest beim Erweiterungsbau des Staatsarchivs Bamberg 71

Personalia

Dr. Gerhard Hetzer nimmt Abschied vom Bayerischen Hauptstaatsarchiv 72

Wechsel in der Schriftleitung der Archivalischen Zeitschrift 73

Neue Veröffentlichungen 73

Terminvorschau 74

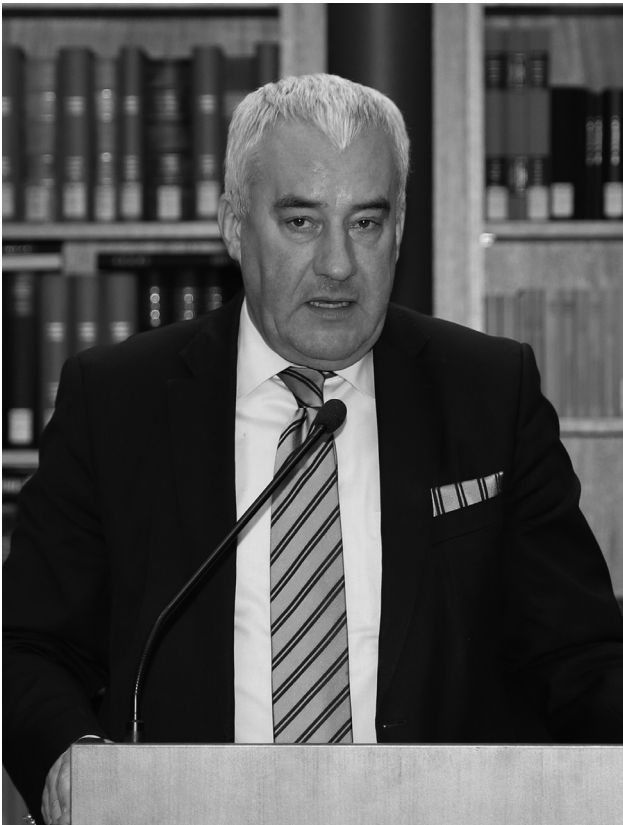
Impressum.....75

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter75

Aktuelles

Festakt anlässlich des Amtswechsels im Bayerischen Hauptstaatsarchiv

Zum 1. Februar 2018 hat LtD. Archivdirektor Dr. Bernhard Grau die Leitung des Bayerischen Hauptstaatsarchivs übernommen. Sein Vorgänger, Direktor des Hauptstaatsarchivs Dr. Gerhard Hetzer, ist zum 31. Januar 2018 in den Ruhestand getreten.



Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle, MdL
(Foto: Doris Wörner, Bayerisches Hauptstaatsarchiv).

Anlässlich des Amtswechsels lud Frau Generaldirektorin der Staatlichen Archive Dr. Margit Ksoll-Marcon zu einer Feierstunde am 19. März 2018 in das Bayerische Hauptstaatsarchiv ein. Sie konnte dabei zahlreiche Gäste aus Wissenschaft und Bildung, aus Verwaltung und Justiz, Wirtschaft und Politik sowie Vertreter der Bundeswehr begrüßen, die der Einladung gefolgt waren und damit ihr Interesse und ihre Verbundenheit mit den Staatlichen Archiven Bayerns zeigten.

Frau Dr. Ksoll-Marcon dankte dem scheidenden Direktor des Hauptstaatsarchivs, Dr. Gerhard Hetzer, für die jahrelange engagierte und vertrauensvolle Zusammenarbeit und begrüßte seinen Nachfolger im Amt.

Die Amtsübergabe vollzog der Bayerische Staatsminister für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst Dr. Ludwig Spaenle, MdL. Spaenle, selbst promovierter Landeshistoriker, betonte die Bedeutung des Bayerischen Hauptstaatsarchivs für die Forschung und hob neben den Urkunden, die bis in das frühe Mittelalter zurückreichen, auch die Qualität der zeitgeschichtlichen Bestände hervor. Die Leitung dieses Hauses sei seinen Ausführungen zufolge „in der deutschsprachigen Archivlandschaft eine der interessantesten und verantwortungsvollsten Aufgaben für einen Archivar.“

Der Minister skizzierte knapp den beruflichen Werdegang von Dr. Hetzer und würdigte seine Verdienste um das Bayerische Hauptstaatsarchiv, dem er seit April 2007 vorgestanden hatte. Vor allem sein Engagement im Bereich historisch-politische Bildungsarbeit sowie in der Erschließungsarbeit sei hervorzuheben. Er dankte Herrn Dr. Hetzer für seine jahrzehntelange kompetente Tätigkeit, die ihm in der bayerischen Archivwelt und in den Geschichtswissenschaften zu hohem Ansehen verholfen habe.

Anschließend stellte er als neuen Amtsinhaber Dr. Bernhard Grau vor. Dieser hatte an der Ludwig-Maximilians-Universität München Geschichte und Rechtsgeschichte studiert und war mit einer Dissertation zu Kurt Eisner promoviert worden. 1996 war er in den staatlichen Archivdienst eingetreten und nach verschiedenen Funktionen im Bayerischen Hauptstaatsarchiv und im Staatsarchiv München von 2008 bis 2018 als Stellvertreter der Generaldirektorin der Staatlichen Archive tätig gewesen. Mit Herrn Dr. Grau übernehme eine „in der Archivverwaltung und wissenschaftlichen Forschung sehr erfahrene Persönlichkeit die Leitung des Bayerischen Hauptstaatsarchivs.“ In dieser Eigenschaft habe er eine der größten Herausforderungen für die Archive zu bewerkstelligen, nämlich die Auseinandersetzung mit der Digitalisierung und die Sicherung der digitalen Überlieferung. Der Minister betonte dabei die Vorbildfunktion der Ar-



V.l.n.r.: Dr. Margit Ksoll-Marcon, Dr. Bernhard Grau, Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle, MdL, und Dr. Gerhard Hetzer (Foto: Doris Wörner, Bayerisches Hauptstaatsarchiv).



Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle, MdL, und Dr. Margit Ksoll-Marcon beim Betrachten der Reproduktion eines historischen Planes (Foto: Doris Wörner, Bayerisches Hauptstaatsarchiv).

chive in diesem Bereich, auch für die öffentliche Verwaltung.

Dr. Gerhard Hetzer nutzte seine Verabschiedung, um sich zu bedanken. Er sprach einen Dank aus an alle Archivarinnen und Archivare, die sein berufliches Leben begleitet hatten. In gelungenen Kooperationen mit unterschiedlichen, auch ausländischen Partnern, habe er schöne Projekte realisieren können. Vor allen Dingen bedankte er sich bei seinen früheren Kollegen im Bayerischen Hauptstaatsarchiv und hob zum Abschied zwei Dinge hervor, die er in seinem Arbeitsalltag als wesentlich erachtet hatte und die er auch seinem Nachfolger ans Herz legte: „Im Guten kommt man weiter“ und „Morgen ist auch noch ein Tag“.

Dr. Bernhard Grau begann seine Antrittsrede mit dem Dank für das Vertrauen, das ihm mit der Übertragung der Leitung des Bayerischen Hauptstaatsarchivs durch das Ministerium entgegengebracht wird. Er betonte dabei auch, dass er sich der Herausforderungen bewusst sei, die mit der Leitung eines großen Hauses verbunden sind. Allerdings kenne er das Bayerische Hauptstaatsarchiv aus



Dr. Gerhard Hetzer
(Foto: Doris Wörner, Bayerisches Hauptstaatsarchiv).



Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle, MdL, gratuliert Dr. Bernhard Grau (Foto: Doris Wörner, Bayerisches Hauptstaatsarchiv).



Bläsergruppe Konrad Sepp, Xaver Himpsl, Kilian Kiemer, Max Oberroither und Stefan Wiedemann
(Foto: Doris Wörner, Bayerisches Hauptstaatsarchiv).

eigenem Erleben, da hier vor mehr als 20 Jahren seine Laufbahn begonnen habe.

Mit einem kurzen Überblick über das Profil des Bayerischen Hauptstaatsarchivs und seine Bestandsstruktur leitete er zu den Aufgaben über, die er als große Herausforderung für die Zukunft, vor allem für seine Amtszeit, sieht. An vorderster Stelle stehe die Sicherung der digitalen Unterlagen, mit dem digitalen Archiv sehe er das Bayerische Hauptstaatsarchiv aber für die Zukunft gut aufgestellt. Die Bewahrung des analogen Schriftgutes dürfe über diesen Problemen aber nicht ins Hintertreffen geraten. Ein großes Anliegen sei ihm auch die Wahrung des guten Rufes, den das Bayerische Hauptstaatsarchiv bei den Forschern genieße. Um diesem Ruf auch in Zukunft gerecht zu werden, sei eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den staatlichen Behörden und Gerichten erforderlich, die Dr. Grau den anwesenden Vertretern anbot. Abschließend bat er alle Kolleginnen und Kollegen des Bayerischen Hauptstaatsarchivs, bei der Bewältigung der anstehenden Aufgaben zusammenzuarbeiten.

Er dankte der Personalratsvorsitzenden, Dr. Monika von Walter, die Herrn Dr. Hetzer in einer launigen Rede verabschiedet und ihn als neuen Amtsleiter begrüßt hatte, für das Angebot zur vertrauensvollen Zusammenarbeit, das er gerne annehme.

Musikalisch begleitet wurde die Amtsübergabe vom Bläserquintett Konrad Sepp, Xaver Himpsl, Kilian Kiemer, Max Oberroither und Stefan Wiedemann, die die Reden feierlich umrahmten und die Veranstaltung mit Schwung beendeten. Es folgte ein kleiner Empfang.

Elisabeth Weinberger

Tag der Archive 2018

Staatsarchiv Amberg: Reelle und virtuelle Einblicke in die Schätze der Vergangenheit

Über große und kleine Geschichtsinteressierte konnten sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Staatsarchivs Amberg freuen, als diese zum „9. Tag der Archive“ am Samstag, 3. März, mit Führungen und themenbezogenen Gesprächen Einblicke in die Archivarbeit und in die von ihnen gehüteten Schätze gewährten. Das Rahmenthema des Aktionstags „Demokratie und Bürgerrechte“ aufgreifend, stellten sie die Aufgaben, die die Archive für das Funktionieren von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit erfüllen, in den Mittelpunkt und veranschaulichten dies anhand verschiedener Archivalienbeispiele. Ziel war es aufzuzeigen,



Jochen Rösel M.A. (links) erläutert den Besuchern das Recherchieren in der Archivdatenbank (Foto: Steve Kaiser, Staatsarchiv Amberg).



Dr. Maria Rita Sagstetter (rechts) mit einer Besuchergruppe im historischen Lesesaal des Staatsarchivs Amberg (Foto: Steve Kaiser, Staatsarchiv Amberg).

dass Archive nicht nur das Geschehene dokumentieren und somit das individuelle und kollektive Gedächtnis bewahren, sondern auch rechtserhebliche Unterlagen sichern und rechenschaftsfähiges und transparentes Verwaltungshandeln fördern. Eine weitere wichtige Botschaft, die es mit Bezug auf das Motto des Aktionstags zu vermitteln galt, betraf die Tatsache, dass das Staatsarchiv grundsätzlich für alle Bürgerinnen und Bürger zugänglich ist, für Dokumente aus der Zeit vor der Einführung der Schreibmaschine man sich vorher freilich im Lesen der alten deutschen Schrift üben sollte.

Die Besucher nutzten die Gelegenheit, um sich über Möglichkeiten für Familien- und Heimatforschung zu informieren, ausgewählte Beispiele aus der Oberpfälzer Geschichte zu bestaunen und sich durch weitläufige Magazinräume mit fahrbaren Regalanlagen führen zu lassen. Dabei bewahrheitete sich einmal mehr, dass der Anblick von Pergamenturkunden mit Wachssiegeln, von alten Schreibschriften, handgezeichneten Wappendarstellungen und Landkarten für Betrachter, die es gewohnt sind, elektronisch zu kommunizieren und zu dokumentieren, ein wahres Faszinosum darstellt. Zu sehen gab es u.a. eine Reihe von Wahlplakaten aus der Zeit der Weimarer Republik sowie Plakat und Fotos zum Widerstand gegen die WAA Wackersdorf, Grundbücher, Katasterbände, ältere Baupläne, die Nachlassakten zu Dr. Heinrich Held und Erzbischof Dr. Michael Buchberger, die Spruchkammermeldebögen von Oskar und Emilie Schindler, den Spruchkammerakt zu Josef Filbig, der von 1933 bis 1945 Amberg Oberbürgermeister war, sowie den Ermittlungsakt der Staatsanwaltschaft Weiden zu einem ehemaligen Lagerkommandanten des KZ Flossenbürg. An drei Stationen im Haus konnten die Besucher schwerpunktmäßig Auskünfte erhalten zu den Bedingungen und Modalitäten der Archivbenützung und zur Archivalienrecherche, ebenso zur Übernahme von Unterlagen aus den Behörden und Gerichten sowie zu konservatorischen Vorkehrungen und restauratorischen Maßnahmen, die den dauerhaften Erhalt von Archivgut sichern sollen.

Wiederholt wurden Fragen nach dem Digitalisierungskonzept der staatlichen Archive und der Langzeitsicherung digitaler Unterlagen gestellt. Ein Besucher der jüngeren Generation zerbrach sich den Kopf darüber, wie viel Gigabytes an Speicherplatz und wie viel Geld wohl vonnöten sein dürften, um alle 26 km Archivgut des Staatsarchivs – angefangen von der ältesten Urkunde von 1043 bis

einschließlich der jüngsten Aktenabgaben aus dem 21. Jahrhundert – digitalisieren zu können; er musste relativ bald kapitulieren – seine Spekulationen gingen ins Unermessliche.

Maria Rita Sagstetter

Staatsarchiv Bamberg: Archivalien erzählen vom Verfassungsleben

Ein streitlustiger Landtagsabgeordneter aus Bamberg, ein politisierender Prediger im Spannungsfeld von Meinungsfreiheit und Gesetzesverstoß, verbotene Geheimabstimmungen in einer Landgemeinde – das Staatsarchiv Bamberg gewährte den Gästen der Feierabendführung anlässlich des Tags der Archive zum Thema „Demokratie und Bürgerrechte“ beispielhafte Einblicke in die gesellschaftspolitische Realität infolge der 1818 verkündeten Verfassung des Königreichs Bayern. Mit einem Blick auf den gerade entstehenden Erweiterungsbau wurden auch die drei Generationen von Magazinbauten am Standort des Staatsarchivs thematisiert.

Beginnend mit der Präsentation des online stehenden Digitalisats der im Bayerischen Hauptstaatsarchiv verwahrten Verfassungsurkunde von 1818 erläuterte Archivoberrat Dr. Johannes Haslauer deren bedeutsamste Inhalte und verband dies zugleich mit dem Hinweis auf das Bestreben der Archive, zunehmend Quellen als Digitalisate für die Forschung weltweit online zugänglich zu machen. Unter dem Motto „Im Spiegel des Archivs. Gelebte Verfassung in Oberfranken“ führte er anhand einer Auswahl an originalen Archivalien aus dem Staatsarchiv vor Augen, welche konkreten Antworten die Archivbestände auf die Frage nach Auswirkungen der Verfassung in Oberfranken geben. Im Zentrum standen Akten staatlicher Verwaltungsbehörden, die im Zuge der Wahl zur Kammer der Abgeordneten entstanden, sowie Unterlagen, in denen sich politische Diskussionen wie zum Entwurf eines Volksschulgesetzes (1869) und zum Bau der Steigerwaldbahn manifestierten. Ein Flugblatt zur Bildung einer Bürgerwehr im April 1919 – als das bayerische Kabinett seinen Sitz aus Sicherheitsgründen von München nach Bamberg verlegte – und ein Akt des Landratsamts Naila über die Volksabstimmung in Haidengrün wegen des geplanten Zusammenschlusses mit der Stadt Schauenstein (1971/72) bauten die Brücke ins 20. Jahrhundert.



Dr. Johannes Haslauer (Mitte) beantwortet Fragen einer Besuchergruppe im Magazin des Staatsarchivs Bamberg (Foto: Reinhold Schäffer, Staatsarchiv Bamberg).

So wurde augenscheinlich, wie die Überlieferung eine wesentliche Zeugnisfunktion für die Entwicklung zum freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat innehat und somit eine wesentliche Grundlage für die historische Standortbestimmung der Gesellschaft darstellt. Beim Gang durch das Magazin wurden den Besucherinnen und Besuchern auch Eindrücke von der Reichhaltigkeit der Bestände aus der Zeit des Alten Reichs vermittelt.

Zahlreiche Fragen der interessierten Besucher führten zu einem angeregten Gespräch über die Bedeutung der Digitalisierung für die Archive, die Bewertung von Schriftgut sowie konservatorische Aspekte. Der denkmalgeschützte Altbau von 1905 beeindruckte in seiner neobarocken Anlage und seiner Aussagekraft als Archivbau der Jahrhundertwende. Die Baustelle des derzeit entstehenden Erweiterungsbaus gab Gelegenheit, über die Verbesserung der Magazinsituation nach dessen Fertigstellung im kommenden Herbst zu sprechen.

Johannes Haslauer

Staatsarchiv Coburg: Feierabendführungen am 5. und 6. März 2018

Anlässlich des 9. bundesweiten Tags der Archive lud das Staatsarchiv Coburg an zwei Abenden zu Feierabendführungen in das Zeughaus an der Herrngasse ein. In Anknüpfung an das diesjährige Motto des Tags der Archive „Bürgerrechte und Demokratie“ stellten Archivamtfrau Birgit Hufnagel und Archivrat Dr. Alexander Wolz den Besucherinnen und Besuchern das Staatsarchiv Coburg näher vor. Anhand von Bildern aller bisherigen Coburger Archivstandorte und einem Blick über die Entwicklung der vorhandenen Findmittel von frühneuzeitlichen Archivinventaren bis hin zu Online-Datenbanken im Internet erläuterte Frau Hufnagel die Entwicklung des Staatsarchivs vom herzoglichen Geheimarchiv hin zum modernen Informationsdienstleister. Heute steht der Archivzugang für alle als Bürgerrecht fest. Herr Wolz wies in seinen Ausführungen darauf hin, wie sich der Kampf um Bürgerrechte und demokratische Strukturen im 19. Jahrhundert in den Quellen des Staatsarchivs Coburg niedergeschlagen hat. Hierzu stellte er das

Leben und Wirken von Feodor Streit (1820–1904) und Gustav Struve (1805–1870) vor. Beide hatten sich als Politiker und Journalisten ganz dem Kampf für den Liberalismus verschrieben. Sie wirkten in den 1850er und 1860er Jahren von Coburg aus, fanden aber Resonanz in ganz Deutschland. Die Quellen zeigen, wie mühsam und beschwerlich der Kampf um Bürgerrechte und Demokratie war. Ein Gang durch das Magazin des Staatsarchivs rundete die Veranstaltungen ab. Großes Interesse riefen die statische Ertüchtigung des Zeughauses für die Belange des Archivs sowie alle Fragen rund um die Bestandserhaltung bis hin zur digitalen Archivierung hervor.

Alexander Wolz

Staatsarchiv und Stadtarchiv Landshut präsentieren sich gemeinsam

Anlässlich des Tags der Archive 2018 fand im Staatsarchiv Landshut am Montag, dem 5. März 2018, ab 18 Uhr eine gemeinsame Veranstaltung von Staatsarchiv und Stadtarchiv Landshut statt. Nach einer allgemeinen Einführung und Vorstellung der beiden Häuser gab es eine ausführliche Führung durch das Staatsarchiv. Das Interesse der Anwesenden war sehr groß, es wurden zahlreiche Fragen gestellt und lebhaft diskutiert. Am Ende wurde noch die kleine Ausstellung der beiden Archive über das Frauenwahlrecht und die ersten Wahlen nach 1918 vorgestellt: Die Verfassungen von 1919 gaben Frauen in Deutschland das aktive und passive Wahlrecht. Im Landshuter Stadtrat von 1919 waren erstmals Frauen vertreten. Plakate der Landtagswahlen nach 1918 sind in Akten des Bestandes Bezirksamt/Landratsamt Griesbach überliefert. Insgesamt nahmen über 30 Personen an der Veranstaltung teil.

Martin Rüth



Dr. Andreas Schmidt (2.v.r.) mit einer Besuchergruppe im Magazin des Staatsarchivs Landshut (Foto: Staatsarchiv Landshut).

Neue Wege mit Tradition: Der Tag der Archive im Staatsarchiv München

Eine Zeitreise in die Vergangenheit bot das Staatsarchiv München am diesjährigen Tag der Archive am 3. März 2018 in unterschiedlichen Facetten.

Wie bereits im Jahr 2016 bereicherte zum zweiten Mal der Schauspieler, Autor und Regisseur Winfried Frey das Programm des Staatsarchivs München. Er führte das Publikum zurück in die Wirren der Revolutionsmonate 1918/19. In jeweils vier Lesungen konnten die Zuhörer in die verschiedenen Phasen der Revolution eintauchen. Grundlage bildeten Originaltexte aus den staatlichen Archiven, zeitgenössische Berichte und Zeitungsartikel. Das Abspielen von zeitgenössischer Musik auf Schellack-Platten mit einem Grammophon aus dem Jahr 1912 in den Pausen ließ die Atmosphäre der Zeit auferstehen. Veranschaulicht wurde jede Lesung durch eine Präsentation von Bildern der Hauptakteure. Im Anschluss an die Leseblöcke entstanden angeregte Diskussionen von Besuchern mit Dr. Georg Köglmeier, Akademischer Oberrat am Lehrstuhl für Bayerische Landesgeschichte an der Universität Regensburg, der als ausgewiesener Experte zu dem Themenkomplex Revolution für Fragen zur Verfügung stand und diese sehr anschaulich beantwortete.



Winfried Frey (links) im Gespräch mit Dr. Georg Köglmeier (Foto: Doris Wörner, Bayerisches Hauptstaatsarchiv).

Begleitend zum Thema wurde im Seminarraum des Staatsarchivs der Film „Revoluzzer, Räte, Reaktiönäre“ aus dem Jahr 1969 gezeigt. Allein dieser Film stieß bei fast 300 Gästen auf großes Interesse.



Winfried Frey bei seiner Lesung zu den Wirren der Revolutionsmonate 1918/19 im Lesesaal des Staatsarchivs (Foto: Doris Wörner, Bayerisches Hauptstaatsarchiv).

Auf eine Zeitreise konnten sich die Besucherinnen und Besucher auch im Rahmen der vielfältigen Führungen durch die Magazine des Staatsarchivs München begeben. Allgemeine Magazinführungen (Blick hinter die Kulissen) sowie thematische Führungen zu Urkunden (Urkunden erkunden), zur Heimatforschung (Ahnen erforschen), spannenden Kriminalfällen (Sex and Crime) sowie zur Revolution boten den Besuchern Zugang zu sonst für die Öffentlichkeit nicht zugänglichen Bereichen. Die Nachfrage nach den Führungen war so groß, dass nicht nur, wie angekündigt zur vollen Stunde, sondern auch zu jeder halben Stunde zusätzliche Führungen angeboten wurden, so dass etwa 240 Personen in den Genuss von Magazinführungen kamen.

Für das Staatsarchiv München stellte dieses aufwändige Programm eine Herausforderung dar. Da jedoch im Vorfeld Ablaufpläne für unterschiedliche Besucheraufkommen und Szenarien erstellt worden waren, konnte der Ansturm von mindestens 450 Besuchern mit den räumlichen und personellen Mitteln eines Staatsarchivs ohne Probleme reibungslos gemeistert werden.

Ulrike Claudia Hofmann

Vielfältiges Programm in Würzburg

In Würzburg präsentierten sich die vier zentralen Archive in der Stadt – Archiv und Bibliothek des Bistums, Staatsarchiv, Stadtarchiv, Universitätsarchiv – erstmals gemeinsam der Öffentlichkeit zum „Tag der Archive 2018“ mit einem bunten Programm. Passend zum diesjährigen Motto „Demokratie und Bürgerrechte“ wurden am Freitag, 2. März 2018, in den einzelnen Häusern von 15 bis 20 Uhr Haus- bzw. Magazinführungen, Archivalienpräsentationen, Ausstellungen sowie Einführungen in die Benützung geboten. Privatdozent Dr. Hans-Peter Baum eröffnete um 14 Uhr die Veranstaltungen mit einem öffentlichen Vortrag zum Thema „1848/49, 1918/19, 1948/49 – Jahre des demokratischen Aufbruchs aus dem Blickwinkel der Ereignisse in Würzburg“.

Die vielfältigen Angebote wurden von den Bürgerinnen und Bürgern gut und, wie sich im Laufe des Nachmittags und Abends herausstellte, auch sehr gezielt angenommen. So füllten sich die Räume im Staatsarchiv besonders zu den jeweiligen Führungen durch Magazin und Öffentlichkeitsbereich.

An besonderen Stationen mit ausgewählten Quellen wurde den Besucherinnen und Besuchern der Funktionswandel der Archive von rechtlichen Rüstkammern der Fürsten hin zu modernen Dienstleistern für Bürger und Behörden erläutert. Insbesondere Gäste, die vorher noch nie im Staatsarchiv waren, nutzten die Gelegenheit Fragen zu stellen, die sie schon immer loswerden wollten; für andere bestand auch die Möglichkeit zu vertieften Beratungen im Repertorienzimmer.

Die im Foyer des Archivs präsentierte Ausstellung „Die Gaibacher Konstitutionssäule – zu Ehren der Bayerischen Verfassung von 1818“ griff sowohl das Motto des Aktionstags „Demokratie und Bürgerrechte“ als auch das 200-jährige Jubiläum der Verfassung in diesem Jahr auf. Insbesondere mit Originalen aus dem im Staatsarchiv Würzburg deponierten Archiv der Grafen von Schönborn zu Wiesentheid lässt sich hervorragend zeigen, wie Franz Erwein von Schönborn, erbliches Mitglied der Kammer der Reichsräte, zunächst in enger Harmonie mit dem Königshaus Schloss und Schlossgarten in Gaibach ab 1821 zu einem Zentrum der Verfassungsbewegung und -feiern ausbaute. Das Gaibacher Fest von 1832 mit der Verhaftung des Hauptredners Wilhelm Joseph Behr unter dem Anklagepunkt des Hochverrats enttäuschte die Anhänger liberaler Verfassungsideen wie Schönborn und stand für die restaurative Wende in Bayern unter König Ludwig I. Eine Ausstellungsführung beendete den Tag der Archive, bei dem sich die vier beteiligten Archive als „offene Häuser“ präsentiert hatten und sowohl zufriedene Gäste wie Archivarinnen und Archivare zurückließen.

Klaus Rupprecht



Archivinspektorin Christina Oikonomou M.A. (2.v.r.) präsentiert bei der Magazinführung einen Spruchkammermeldebogen (Foto: Jörgen Michalzik, Staatsarchiv Würzburg).

Internet

„Fotobestände in bayerischen Archiven – ein Archivführer“ im Internet

Seit dem 20. März 2018 kann der Archivführer „Fotobestände in bayerischen Archiven“ auf der Homepage der Staatlichen Archive Bayerns (www.gda.bayern.de) als pdf-Datei eingesehen werden. Der Archivführer enthält auf über 300 Seiten Informationen zu den Bildbeständen zahlreicher bayerischer Archive aller Archivsparten, soweit sie auf zwei Umfragen geantwortet haben, außerdem bis zu drei Bildbeispiele pro Archiv. Er ist nach Archivsparten und innerhalb dieser Sparten alphabetisch gegliedert.

Damit findet ein langer Prozess seinen glücklichen Abschluss. Der Startschuss zur ersten Umfrage wurde 2003 auf dem 3. Bayerischen Archivtag in Straubing gegeben. Die eingegangenen Meldungen hat Elisabeth Angermair M.A. vom Stadtarchiv München in langjähriger Arbeit in einer Datenbank erfasst. 2009 wurden die Archive bei einer zweiten Umfrage gebeten, bis zu drei Fotobeispiele zuzusenden, die im Internet veröffentlicht werden können. Frau Angermair M.A. hat die zugesandten Bilddateien mit der Datenbank verknüpft. Einen Auszug aus der Datenbank hat Karin Hagendorn dann in der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns zum jetzigen Archivführer umgearbeitet.

Zwar konnte kein vollständiges Verzeichnis sämtlicher Fotobestände in allen bayerischen Archiven erreicht werden, weil sich nicht alle bayerischen Archive beteiligt haben. Das Ergebnis kann sich dennoch sehen lassen, denn es ist eine Zusammenstellung von Informationen, die in dieser Form andernorts nicht vorliegen. Der pdf-Archivführer kann durchgeblättert und per Volltextrecherche durchsucht werden, beispielsweise nach Orten, Regionen, Personen oder Fotografen.

Die im Archivführer enthaltenen Informationen zu Fotobeständen bayerischer Archive wird Frau Hagendorn ohne die Bildbeispiele nach und nach in das Portal „Archive in Bayern“ einpflegen. Wer seinen Eintrag ergänzen möchte oder erstmals im Portal berücksichtigt werden möchte, kann diese Informationen wie bisher auch an die Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns schicken

(E-Mail: poststelle@gda.bayern.de). Sie werden dann in der Reihenfolge des Eintreffens in das Portal eingepflegt.

Ich danke Elisabeth Angermair M.A. für die langjährige Bearbeitung und Pflege der Datenbank und Karin Hagendorn für die Erstellung des vorliegenden Archivführers herzlich. Sie haben sich damit um das bayerische Archivwesen verdient gemacht.

Christian Kruse

Neue Online-Findmittel der Abteilung V des Bayerischen Hauptstaatsarchivs

Seit dem letzten Bericht (vgl. Nachrichten Nr. 72/2017, S. 50) konnte die Abteilung V Nachlässe und Sammlungen des Bayerischen Hauptstaatsarchivs der Findmittel-Datenbank der Homepage der Staatlichen Archive Bayerns 137 weitere Findmittel mit insgesamt 19.030 Archivalien hinzufügen:

Akademie für Deutsches Recht (18 Archivalien); *Aktion Bürgerentscheid e.V.* (6 Archivalien); *Arbeitsgemeinschaft für vergleichende Hochgebirgsforschung* (62 Archivalien); *Bayerische Landesärztekammer* (509 Archivalien); *Bayerische Landesstelle für Volkskunde* (77 Archivalien); *Bayerische Landeszentrale für neue Medien* (57 Archivalien); *Bayerischer Brauerbund e.V.* (1.471 Archivalien); *Bayerischer Forstverein e.V.* (12 Archivalien); *Bayerischer Gemeindeunfallversicherungsverband / Bayerische Landesunfallkasse* (289 Archivalien); *Bayerischer Geschichtslehrerverband e.V.* (94 Archivalien); *Bayerischer Hebammenlandesverband e.V. (BHLV)* (61 Archivalien); *Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverband e.V.* (1.768 Archivalien); *Bayerischer Pfadfinderbund e.V.* (39 Archivalien); *Bayerischer Volksbildungsverband e.V.* (3 Archivalien); *Bayerisch-Slowenische Gesellschaft* (79 Archivalien); *Bayernpartei* (507 Archivalien); *Bundesverband für den Selbstschutz (BVS), Landesstelle Bayern* (842 Archivalien); *Deutschnationale Volkspartei (DNVP) / Bayerische Mittelpartei (BMP)* (33 Archivalien); *Europa-Union Bayern e.V.* (358 Archivalien); *GSF – Forschungszentrum für Umwelt und Gesundheit, GmbH* (305 Archivalien); *Haus der*

Begegnung (63 Archivalien); *Haus der Deutschen Kunst* (191 Archivalien); *Kassenärztliche Vereinigung Bayern (KVB)* (3 Archivalien); *Kleinparteien und Bürgerinitiativen* (13 Archivalien); *Landesverband der Pfälzer in Bayern e.V.* (272 Archivalien); *Münchener Lehrerverein e.V. (im BLLV)* (161 Archivalien); *Südosteuropa-Gesellschaft* (337 Archivalien); *Südost-Institut* (371 Archivalien); *UNRRA-Universität* (5.876 Archivalien); *Verband der höheren Verwaltungsbeamtinnen und Verwaltungsbeamten in Bayern e.V. (VHBB)* (146 Archivalien); *Verband ehemaliger Weihenstephaner der Brauereiabteilung e.V. Studiengenossenschaft* (82 Archivalien); *Verein der höheren Forstbeamten Bayerns* (11 Archivalien).

Familienarchiv Auer (46 Archivalien); *Familienarchiv Breslau* (31 Archivalien); *Familienarchiv Diez* (3 Archivalien); *Familienarchiv Keller* (229 Archivalien); *Familienarchiv Maurer* (31 Archivalien); *Familienarchiv Winter* (12 Archivalien); *Familienarchiv Wirsching* (15 Archivalien).

Nachlass Abb, Edmund (20 Archivalien); *Nachlass Abel, Carl August* (17 Archivalien); *Nachlass Armansperg, Joseph Ludwig Graf von* (119 Archivalien); *Nachlass Baligand, Albert* (3 Archivalien); *Nachlass Barbarino, Otto* (77 Archivalien); *Nachlass Bauer, Hannsheinz* (3 Archivalien); *Nachlass Baumgärtner, Franz Josef* (5 Archivalien); *Nachlass Beckmann, Ewald* (21 Archivalien); *Nachlass Beisler, Hermann Ritter von* (17 Archivalien); *Nachlass Berchem, Sigmund Graf von* (59 Archivalien); *Nachlass Berthold, Friedrich Josef* (19 Archivalien); *Nachlass Bettinger, Carl Philipp* (10 Archivalien); *Nachlass Bilabel, Alexander* (7 Archivalien); *Nachlass Bloch, Eduard* (3 Archivalien); *Nachlass Brand, Philipp* (81 Archivalien); *Nachlass Bray, Franz Gabriel von* (28 Archivalien); *Nachlass Brettreich, Friedrich von* (26 Archivalien); *Nachlass Büller, Lorenz und Joseph-Ferdinand Ritter von* (7 Archivalien); *Nachlass Cossmann, Paul Nikolaus* (16 Archivalien); *Nachlass Dick, Alfred* (346 Archivalien); *Nachlass Dziembowski, Maximilian von* (29 Archivalien); *Nachlass Eberstein, Friedrich Karl von* (32 Archivalien); *Nachlass Emminger, Erich* (35 Archivalien); *Nachlass Erbelding, Julius* (2 Archivalien); *Nachlass Escherich, Georg* (102 Archivalien); *Nachlass Fehr, Anton* (176 Archivalien); *Nachlass Feilitzsch, Wilhelm von* (5 Archivalien); *Nachlass Feuerbach, Paul Johann Anselm von* (11 Archivalien); *Nachlass Frank, Balthasar und Caroline* (50 Archivalien); *Nachlass Frauendorfer, Heinrich* (13 Archivalien); *Nachlass Friedl, Eduard* (49 Archivalien); *Nach-*

lass Görres, Joseph von (5 Archivalien); *Nachlass Günzl, Maria* (9 Archivalien); *Nachlass Hamberger, Josef Michael* (83 Archivalien); *Nachlass Hamm, Eduard* (144 Archivalien); *Nachlass Hanauer, Rudolf* (26 Archivalien); *Nachlass Hornsmann, Erich* (108 Archivalien); *Nachlass Jung, Edgar* (47 Archivalien); *Nachlass Keim, Josef* (6 Archivalien); *Nachlass Keim, Walter* (54 Archivalien); *Nachlass Kiene, Josef* (98 Archivalien); *Nachlass Knöpfler, Josef Franz* (14 Archivalien); *Nachlass Kollmann, Ottmar* (60 Archivalien); *Nachlass Kopplstätter, Joseph* (3 Archivalien); *Nachlass Kraus, Hans* (37 Archivalien); *Nachlass Kübler, August* (66 Archivalien); *Nachlass Leinhaas, Gustav Adolf* (44 Archivalien); *Nachlass Matthaëi, Rupprecht* (25 Archivalien); *Nachlass Mayr, Georg von* (81 Archivalien); *Nachlass Mederer, Johann Nepomuk* (1 Archivalien); *Nachlass Mieg, Arnold Ritter von* (30 Archivalien); *Nachlass Moreau, Marcus Alexander* (15 Archivalien); *Nachlass Müller, Hans* (7 Archivalien); *Nachlass Münch, Alexander* (48 Archivalien); *Nachlass Neudegger, Max Joseph* (27 Archivalien); *Nachlass Nortz, Eduard* (16 Archivalien); *Nachlass Orterer, Georg Ritter von* (47 Archivalien); *Nachlass Osterhuber, Josef* (13 Archivalien); *Nachlass Otto, Walter* (3 Archivalien); *Nachlass Panholzer, Josef* (204 Archivalien); *Nachlass Pausch, Max Ritter von* (3 Archivalien); *Nachlass Perfall, Karl Freiherr von* (15 Archivalien); *Nachlass Pfordten, Ludwig von der* (162 Archivalien); *Nachlass Poli, Maximilian Emanuel* (5 Archivalien); *Nachlass Popp, Wilhelm* (1 Archivalien); *Nachlass Primbs, Karl Johann Nepomuk* (27 Archivalien); *Nachlass Raff, Helene* (12 Archivalien); *Nachlass Rattenhuber, Ernst* (6 Archivalien); *Nachlass Rechberg und Rothenlöwen, Casimire Gräfin von* (2 Archivalien); *Nachlass Schachleiter, Albanus* (17 Archivalien); *Nachlass Schedl, Otto* (658 Archivalien); *Nachlass Schinas, Konstantin Demetrius* (19 Archivalien); *Nachlass Schmitt, Franz* (15 Archivalien); *Nachlass Schmitt, Gottfried von* (75 Archivalien); *Nachlass Schnabl, Gustav* (8 Archivalien); *Nachlass Schrötter, Georg* (18 Archivalien); *Nachlass Schwalber, Josef* (111 Archivalien); *Nachlass Seidl, Alfred* (258 Archivalien); *Nachlass Singer, Josef* (18 Archivalien); *Nachlass Speidel, Max Freiherr von* (5 Archivalien); *Nachlass Sprei, Heinrich Graf von* (44 Archivalien); *Nachlass Stempfle, Bernhard Rudolf* (14 Archivalien); *Nachlass Stockhammern, Franz Edler von* (16 Archivalien); *Nachlass Strieder, Jakob* (74 Archivalien); *Nachlass Strößenreuther, Otto Ritter von* (4 Archivalien); *Nachlass Stürmer, Johann Baptist von* (10 Archivalien); *Nachlass Troost, Paul Ludwig und*

Gerdy (33 Archivalien); *Nachlass Türk, Jakob von* (6 Archivalien); *Nachlass Viernstein, Theodor* (12 Archivalien); *Nachlass Weis, Eberhard* (72 Archivalien); *Nachlass Wieland, Franz* (45 Archivalien); *Nachlass Winckelmann, Johannes* (6 Archivalien); *Nachlass Winkler, Wilhelm* (28 Archivalien); *Nachlass Zentner, Georg Friedrich und Friedrich Jakob* (11 Archivalien); *Nachlass Zeyss, Wilhelm* (1 Archivale); *Nachlass Ziebland, Georg Friedrich* (7 Ar-

chivalien); *Nachlass Zorn, Rudolf* (15 Archivalien); *Nachlass Zott, Josef* (5 Archivalien).

Dieser Zuwachs speist sich aus dem Ergebnis regelmäßiger Verzeichnungsarbeit vergangener Jahre und aus der Retrokonversion in Eigenleistung von einigen Findmitteln, die vorher noch nicht in der archivistischen Fachanwendung erfasst waren.

Heinz-Jürgen Weber

Ausstellungen

Überraschende Entdeckung bei der Ausstellungseröffnung „Highlights aus dem Schwarzenberg-Archiv“ im Knauf-Museum Iphofen

Aus wichtigen Beständen der Staatlichen Archive Bayerns werden immer wieder herausragende Dokumente für Ausstellungen an andere Institutionen ausgeliehen. Ein völliges Novum war jedoch die Erarbeitung einer kompletten Ausstellung nebst umfangreichem Katalog durch das Staatsarchiv Nürnberg und deren Präsentation in einem auswärtigen Museum, das noch dazu außerhalb des eigenen Sprengels liegt.

Über einen Zeitraum von sechs Jahren ist im Staatsarchiv Nürnberg das Archiv der „Herrschaft Schwarzenberg“ geordnet worden, das im Jahr 1944 von Schloss Schwarzenberg nach Böhmen

geflüchtet und 2011 nach Mittelfranken zurückgekehrt war. Mit 910 Laufmetern gehört es zu den größten Adelsarchiven in Franken, dessen Erschließung seit kurzem auf der Internetseite der staatlichen Archivverwaltung eingesehen werden kann (vgl. Nachrichten Nr. 73/2017, S. 14f.). Deshalb lag es nahe, durch eine Ausstellung auf diesen wertvollen Bestand aufmerksam zu machen, der nun für die landesgeschichtliche Forschung zur Verfügung steht.

Die Archivoberräte Dr. Nicola Humphreys und Dr. Daniel Burger erstellten das Konzept und schrieben den mit 216 Seiten sehr umfangreich gewordenen Katalog, der in der Reihe „Kleine Ausstellungen“ als Band 56 erschienen ist. Zur besseren historischen Darstellung adeliger Herrschaft über Land und Leute wählten die beiden Autoren als Leitfiguren sieben herausragende Vertreter des einst niederadeligen Geschlechts aus Franken. Am



S.D. Karl Fürst zu Schwarzenberg mit einem Akt aus dem versiegelten Paket, rechts Markus Mergenthaler, Leiter des Knauf-Museums, und Prof. Dr. Peter Fleischmann, Leiter des Staatsarchivs Nürnberg (Foto: Knauf-Museum, Iphofen).

Beispiel von Erkinger I. von Schwarzenberg (1362–1437) bis zu Dr. Adolph Fürst zu Schwarzenberg (1890–1950) konnte der Aufstieg der Familie in den europäischen Hochadel nachvollzogen und das wechselhafte Schicksal des Territoriums mit den Hauptsitzen Schwarzenberg, Hohenlandsberg und Wässerndorf nachvollzogen werden.

Es ist ein besonderer Glücksfall, dass die Ausstellung mit über 70 Exponaten im Privatmuseum der Familie Knauf in Iphofen gezeigt werden konnte. Denn dieses moderne Haus liegt gleichsam vor den Toren der ehemals Gefürsteten Grafschaft mit dem alten Stammsitz oberhalb von Scheinfeld. Es verfügt über modernste Ausstattung und hat mit Markus Mergenthaler einen kreativen, museumsdidaktisch versierten Leiter. Für die Dauer von zehn Wochen ist das Staatsarchiv Nürnberg hier vom 18. März bis zum 27. Mai 2018 zu Gast gewesen, und mit dieser Wechselausstellung hat das Knauf-Museum seine Sommersaison 2018 eröffnet.

Die feierliche Eröffnung hatte bereits am 15. März 2018 vor erlesenem Kreis im Knauf-Museum stattgefunden. Es war eine besondere Ehre und Freude, dass S.D. Karl Fürst zu Schwarzenberg eigens aus Prag nach Iphofen gereist war, nachdem er schon am 9. Dezember 2011 der Rückführung des Archivs bei einem Festakt im Staatsarchiv Nürnberg beigewohnt hatte. Nach Begrüßung durch Nikolaus Knauf, Honorarkonsul der Russischen Föderation, gab Prof. Dr. Peter Fleischmann, Leiter des Staatsarchivs Nürnberg, eine Einführung in die Ausstellung. Beim anschließenden Rundgang erwies sich Fürst Schwarzenberg als profunder Kenner der Familien- und Herrschaftsgeschichte.

Er erklärte sich auch bereit, ein rätselhaftes, vor etwa 75 Jahren versiegeltes Päckchen mit der Aufschrift „Nur durch den Herrn Herrschaftsvorstand zu öffnen!“ zu erbrechen. Es enthielt drei Handakten aus den Jahren 1931 bis 1933 von Karl Ludwig von und zu Guttenberg (1902–1945). Der fränkische Adelige und monarchistische Publizist hatte 1929 Theresia Prinzessin zu Schwarzenberg (1905–1976), die Schwester des regierenden, aber schon 1940 von den Nationalsozialisten enteigneten Dr. Adolph Fürst zu Schwarzenberg, geheiratet. Guttenberg gründete 1931 die „Arbeitsstelle für konservatives Schrifttum“, die in engem Kontakt mit dem seit 1919 in Doorn im Exil lebenden Kaiser Wilhelm II. tätig war und 1933/34 die Zeitschrift „Monarchie – Zeitschrift für deutsche Tradition“ herausgab. Wegen Widerstands gegen den Nationalsozialismus stand Guttenberg seit 1943

unter Beobachtung der Gestapo, die ihn nach dem Attentat vom 20. Juli 1944 verhaften und auf Befehl Hitlers kurz vor Kriegsende in Berlin ermorden ließ. Die brisanten Handakten Guttenbergs dürften von dem seinerzeitigen Gutsverwalter auf Schloss Schwarzenberg versiegelt und an völlig unscheinbarer Stelle im riesigen Archiv verborgen worden sein. Erst im Zuge der Erschließung sind die wertvollen Dokumente wieder zum Vorschein gekommen.

Peter Fleischmann

Ausstellung „Menschen im Krieg: Die Oberpfalz 1618 bis 1648“ im Staatsarchiv Amberg

Das Staatsarchiv Amberg besitzt in seinen historischen Beständen auch geschlossene Aktenserien aus der Zeit des Dreißigjährigen Kriegs (insbesondere Fürstentum Obere Pfalz, Regierung – Dreißigjähriger Krieg; Fürstentum Pfalz-Sulzbach, Geheime Registratur – Rubrik 57: Kriegsakten). Diese entstanden bei den fürstlichen Landesbehörden, die den Krieg verwalten, Durchzüge und Einquartierungen organisieren, Kriegssteuern erheben und Kriegsfolgen bewältigen mussten. Zwar dokumentieren diese Unterlagen in erster Linie das staatliche Handeln, doch enthalten sie auch Informationen über die damaligen Menschen und wie sie diese Krisenjahre er- und überlebten.

Das Staatsarchiv Amberg nimmt den Ausbruch des Dreißigjährigen Krieges vor 400 Jahren zum Anlass für die Ausstellung „Menschen im Krieg: Die Oberpfalz 1618 bis 1648“. Ausgewählte Archivalien ermöglichen neben einem Überblick über die politischen und militärischen Ereignisse im Raum der heutigen Oberpfalz einen Einblick, wie die Zivilbevölkerung und der gemeine Soldat das Kriegsgeschehen, die wiederkehrende Gewalt und die persönliche Not bewältigten.

Gezeigt wird die Ausstellung vom 26. Oktober bis 29. November 2018 in den Räumlichkeiten des Staatsarchivs Amberg, Archivstraße 3, 92224 Amberg, wo sie zu den üblichen Öffnungszeiten (Mo, Do 8.00–16.00 Uhr; Di, Mi 8.00–18.00 Uhr; Fr. 8.00–13.30 Uhr) besichtigt werden kann. Ein Katalog zur Ausstellung, der in der Reihe „Kleine Ausstellungen“ erscheinen wird, ist in Vorbereitung.

Jochen Rösel, Till Strobel



Die idealisierte Darstellung von Fähnrich, Trommler und Pfeifer eines pfalz-neuburgischen Aufgebots von 1610 lässt noch nicht erahnen, welches Leid der kommende Krieg für Land und Leute bringen sollte (Staatsarchiv Amberg, Fürstentum Pfalz-Neuburg, Landrichteramt Burglengenfeld 724).

Tagungen

13. Bayerisch-Schwäbisches Archivartreffen in Memmingen

Am 18. Oktober 2017 hatte die Stadt Memmingen zum Jahrestreffen der bayerisch-schwäbischen Archive eingeladen. Ca. 40 Archivarinnen und Archivare versammelten sich im damit gut gefüllten Lesesaal des Stadtarchivs Memmingen und wurden von Oberbürgermeister Manfred Schilder begrüßt. Thema des diesjährigen Treffens war die Digitalisierung in Verwaltung und Archiv. Schwerpunktmäßig sollten bereits vorhandene praktische Erfahrungen von Staat und Kommunen weitergegeben werden. Ziel dabei war es, nicht nur über den derzeitigen technischen und verwaltungstechnischen Stand zu informieren, sondern vor allem Strategien der Vor-

bereitung aufzuzeigen, unter anderem, indem man auf bisherige Fehler und Irrwege hinwies, um diese „Planungsfallen“ für Neueinsteiger aus dem Weg zu räumen.

Als erstes referierte Dr. Dominik Feldmann vom Stadtarchiv Augsburg aus kommunaler Sicht. Hierbei ging er auch auf diverse kommunale Zusammenschlüsse ein, die sich dem Thema der praktischen Umsetzung auf unterschiedlichen Wegen näherten. Als wesentliche Erkenntnis wurde festgehalten, dass für die anstehenden Aufgaben die verschiedenen Formen interkommunaler Zusammenarbeit anzustreben und zu nutzen seien, da ein einzelnes Kommunalarchiv mit allen Aspekten der Aufgabe leicht überfordert sein könnte.

Im Anschluss daran stellten Christoph Engelhard, Stadtarchivar von Memmingen, und Stephan Schachenmayer von der IT-Abteilung der Stadt Memmingen das dort derzeit laufende Vorgangsbearbeitungssystem direkt am Bildschirm vor.

Am Nachmittag referierte dann Dr. Markus Schmalzl von der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns in München über den derzeitigen Sachstand aus staatlicher Sicht. Hierbei standen das „Digitale Archiv“ der Staatlichen Archive Bayerns und die im Bayerischen Hauptstaatsarchiv und Staatsarchiv München gewonnenen Erfahrungen im Vordergrund.

Den Abschluss der Veranstaltung bildete ein reger Erfahrungsaustausch, bei dem nochmals der Wert des Bayerisch-Schwäbischen Archivarstreffens als Forum für die fachliche Information und als Marktplatz für den Austausch untereinander betont wurde. Für das nächstjährige Archivarstreffen wurde wieder das Staatsarchiv Augsburg bestimmt und mit jüngsten Änderungen und Entwicklungen aus dem Bereich des Archivrechts auch ein spannendes Fachthema gefunden. Da das von Christoph Engelhard als Leiter des Stadtarchivs Memmingen hervorragend organisierte Archivarstreffen in Memmingen von allen Teilnehmenden als voller Erfolg angesehen wurde, wurde auch der Wunsch geäußert, dieses Treffen alternierend jedes zweite Jahr außerhalb von Augsburg zu organisieren, um auch anderen Stadtarchiven die Möglichkeit zu bieten, sich einem breiteren Fachpublikum zu präsentieren, so wie es in diesem Jahr dem Stadtarchiv Memmingen gelungen ist.

Thomas Engelke

Archive und Archivare in Franken im Nationalsozialismus – Wissenschaftliche Tagung im Staatsarchiv Nürnberg

Die Rückgabe entzogenen Kulturguts aus der Sammlung des Nürnberger jüdischen Rechtsanwalts Dr. Max Süßheim (1876–1933), die nationalsozialistische Belastung mancher Archivare und schließlich gravierende Lücken in der Überlieferung aus der Zeit des Dritten Reichs gaben Anlass, sich in Franken erstmals mit der Geschichte der eigenen Institutionen auseinanderzusetzen. Am 13./14. Oktober 2017 richteten das Staatsarchiv

Nürnberg und das Zentralinstitut für Regionenforschung – Sektion Franken der Friedrich-Alexander Universität Erlangen-Nürnberg die regional beschränkte Tagung „Archive und Archivare in Franken im Nationalsozialismus“ aus. Diese bewusste räumliche Verengung bot den Vorteil, die Akteure und die Einrichtungen, Fragen der Benützung und der Überlieferungsbildung im nationalsozialistischen Maßnahmenstaat detailliert zu untersuchen sowie Umgang, Gefährdungen beim Zusammenbruch des Regimes und schließlich Verluste von Kulturgut am Ende des Zweiten Weltkriegs zu bilanzieren.

Besonders erfreulich war die einhellige, positive Resonanz aus allen fränkischen Staatsarchiven, Stadtarchiven und den kirchlichen Archiven. Die zweitägige Veranstaltung wurde fast zu einer Art Kollegentreffen, denn alle heute Verantwortlichen reflektierten kritisch über ihre Einrichtungen und das Wirken ihrer Vorgänger.

Im ersten von drei Themenblöcken wurden die vier fränkischen Staatsarchive in den Blick genommen. Alle Leiter der Archive referierten entweder über ihre Vorgänger (Prof. Dr. Peter Fleischmann, Dr. Stefan Nöth) oder über „Landschaftliche Archivpflege“ (Dr. Klaus Rupprecht) und die „Entstehung des Staatsarchivs Coburg“ (Dr. Alexander Wolz). Dank der weitgehend ungeschmälerten Registratur des Staatsarchivs Nürnberg konnte Dr. Daniel Burger Neues zur „Sicherung der Judenakten“ beisteuern, Dr. Herbert Schott erstmals der Frage der „Archivbenützung“ nachgehen, Dr. Nicola Humphreys „gezielte Aktenvernichtungen“ in Mittelfranken am Ende des Dritten Reichs quantifizieren und Prof. Dr. Georg Seiderer über die in Nürnberg sehr erfolgreiche „Bergung von Archivalien“ berichten. Die Verquickung von Dienst und Ehrenamt beleuchtete Prof. Dr. Werner Wilhelm Schnabel, Vorsitzender der Gesellschaft für Familienforschung in Franken, am Beispiel des Nürnberger Archivinspektors Georg Kolbmann (1879–1960). Wegen der geforderten „Ariernachweise“ fand Kolbmann durch seine große Nähe zur NS-Ideologie zunächst breite Anerkennung, doch schien er sich 1937 vom Regime abzuwenden und fühlte sich später durch die Entnazifizierung ungerecht behandelt.

Der zweite Themenblock war Stadtarchivaren bzw. den haupt- und ehrenamtlich geleiteten Stadtarchiven in Franken gewidmet. Ähnlich den Kollegen aus den Staatsarchiven haben sich die meisten der dort Verantwortlichen in politischer Hinsicht kaum exponiert, wie Dr. Wolfgang F. Reddig über



(Foto: Staatsarchiv Nürnberg).

Ansbach, Dr. Hans-Bernd Spies über Aschaffenburg, Dr. Robert Zink über Bamberg, Dr. Dominik Radlmaier über Nürnberg, Wolfgang Dippert über Schwabach, Dr. Uwe Müller über Schweinfurt und Dr. Axel Metz über Würzburg vortrugen. Die aufsehenerregendsten Ausnahmen stellten der Heimatforscher Dr. Martin Schütz (1900–1958) aus Rothenburg o.d. Tauber mit seiner berühmten Publikation „Eine Reichsstadt wehrt sich“ von 1938 und Dr. Adolf Schwammberger (1905–1975) aus Fürth dar, der im besetzten Thorn in Polen mit einer Riege von Fürther Funktionären tief in das NS-System verstrickt war und sich entschieden antisemitisch verhalten hat. Hatten schon 2010 die Forschungen von Dr. Ina Schönwald und Martin Schieber M.A. (†) zu einer Umbenennung des Martin-Schütz-Rings in Schnaittach geführt, worüber Dr. Daniel Bauer berichtete, so ist infolge der Recherchen von Kamran Salimi und Dr. Martin Schramm im Februar 2018 in Fürth die zu Ehren des Heimatforschers posthum benannte Straße ebenfalls umbenannt

worden. Dr. Ina Schönwald vom Stadtarchiv Lauf analysierte schließlich die Symbiose von Archiv und Heimatmuseum und legte überzeugend dar, wie in Lauf und Schnaittach unter dem Deckmantel der „Volkserziehung“ einschlägige Sammlungen für Heimatmuseen angelegt wurden. Auf ähnliche Weise agierte der Heimatforscher Dr. Ernst G. Deuerlein (1893–1978) zugunsten des Stadtmuseums und nebenbei auch des Stadtarchivs in Erlangen, wie Dr. Andreas Jakob darlegte.

Einen Ausklang setzten Dr. Andreas Hölscher, Dr. Bruno Lengenfelder und Dr. Andrea Schwarz, die für das Archiv des Erzbistums Bamberg, das Diözesanarchiv Eichstätt und das Landeskirchliche Archiv der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern die Handlungsspielräume für Obstruktion und Desinformation gegenüber dem nationalsozialistischen Regime aufzeigten.

Höhepunkt der durchgehend sehr gut besuchten Tagung war der Abendvortrag von Prof. Dr. Dr. h.c.

mult. Horst Möller (München). Unter dem Titel „Die totalitäre Versuchung – Bildungsschichten und Nationalsozialismus“ analysierte der international renommierte Historiker Gefährdungen und Nähe der bürgerlichen Eliten und deren Vereinnahmung durch das totalitäre System.

Wegen der dichten Abfolge von insgesamt 23 Vorträgen war die Tagung für Referenten und die zahlreich erschienenen Zuhörer sehr anstrengend. Im Herbst 2018 erscheint in der Reihe „Franconia. Beihefte zum Jahrbuch für fränkische Landesforschung“ ein von den Professoren Peter Fleischmann und Georg Seiderer herausgegebener Sammelband.

Peter Fleischmann

27. Jahrestagung des International Institute for Archival Science (IIAS) in Triest

Das International Institute for Archival Science of Trieste and Maribor (IIAS) in Triest (Italien) lädt jährlich im Herbst Archivarinnen und Archivare aus zahlreichen europäischen und außereuropäischen Ländern zu einer Fachtagung ein. Auf der 27. Jahrestagung am 16. und 17. Oktober 2017 wurden zwei Themen behandelt: die Archivierung digitaler Akten und die Archivausbildung im 21. Jahrhundert.

Der Direktor des Instituts, Professor Dr. Peter Pavel Klasinc, führte in die beiden Tagungsthemen ein. Zwölf Vorträge widmeten sich dem ersten Tagungsthema, der Archivierung digitaler Akten bzw. digitaler Unterlagen, in Deutschland, Mexiko, Rumänien, Russland, Slowenien, Vietnam und Weißrussland. In zwei Vorträgen wurde die Einführung digitaler Vorgangsbearbeitung und der digitalen Unterschrift in italienischen Universitäten vorgestellt. Noch weiter vom eigentlichen Thema entfernten sich Beiträge zur Theorie der Restaurierung von Archivalien (Österreich) und zur Digitalisierung von Holzschnitten (woodblocks) einer Pagode (Vietnam).

Das deutsche Institutsmitglied, Dr. Christian Kruse, stellte unter dem Titel „Gemeinsam zum Ziel: Länderübergreifende Zusammenarbeit bei der digitalen Archivierung“ die Zusammenarbeit der Länderarchivverwaltungen Baden-Württembergs, Bayerns und Hessens vor, die sich 2012 zum DIMAG-Verbund zusammengeschlossen haben, um

gemeinsam die Grundlagen für ein digitales Archiv nach internationalem Standard zu entwickeln. DIMAG (Digitales MAGazin) fußt auf dem OAIIS-Modell (ISO 14721:2012). Der DIMAG-Verbund hat sich auf drei der sechs OAIIS-Module konzentriert, die für das unmittelbare Betreiben eines digitalen Archivs von zentraler Bedeutung sind. Hessen ist für die Entwicklung von Werkzeugen für den Zugang (Ingest) zuständig, Baden-Württemberg mit dem DIMAG-Kernmodul für die Speicherung (Archival Storage) und Bayern für die Entwicklung von Werkzeugen für die Benützung (Access). Ergebnisse des bayerischen Anteils sind der DIP-Creator und der DIP-Viewer (DIP = Dissemination Information Package). Die drei Länderarchivverwaltungen haben die drei Module jeweils eigenständig entwickelt und stellen sie den beiden anderen Ländern unentgeltlich zur Verfügung. Dadurch wird der personelle und finanzielle Aufwand für jedes Bundesland deutlich verringert. Die Ergebnisse der drei Partner wurden laufend bei Treffen besprochen und aufeinander abgestimmt; die Besprechungen werden bis heute fortgeführt: Die Zusammenarbeit war insgesamt sehr erfolgreich. Seit 2014 kooperiert der DIMAG-Verband mit Bundesländern im Norden Deutschlands.

Die 23 Vorträge des zweiten Tagungsthemas behandelten verschiedene Aspekte der Archivausbildung im 21. Jahrhundert in Bosnien und Herzegowina, Burkina Faso, Großbritannien, Italien, Kroatien, Österreich, Oman, Polen, Rumänien, Russland, der Schweiz, Serbien, Slowenien, Spanien, Südafrika, Tschechien, der Ukraine und Ungarn.

Die Beiträge werden bereits zum Tagungsbeginn in der Zeitschrift „Atlanti. Review for modern archival theory and practice“ veröffentlicht; sie liegen einschließlich Band 27 (2017) vor. Weil die Druckfassung der Zeitschrift nicht weit verbreitet ist – in Deutschland in der Bibliothek des Bayerischen Hauptstaatsarchivs –, werden die Bände auch im Internet veröffentlicht. Unter der Adresse www.iias-trieste-maribor.eu sind in der Rubrik *publications* die Jahressbände 15 (2005) bis 26 (2016) nutzbar. Das Einstellen des Bandes 27 (2017) folgt in Kürze. Zwei der Beiträge dieses Doppelbandes liegen auf Deutsch vor, 24 Beiträge auf Englisch, einer auf Französisch, fünf auf Italienisch und einer auf Spanisch. Alle Beiträge sind in englischer, italienischer und slowenischer Sprache zusammengefasst.

Christian Kruse

Veranstaltungen

Buchvorstellung „Regierungspräsidenten von Schwaben“

Zu einem festlichen Anlass kurz vor Jahresende hatte das Staatsarchiv Augsburg am 13. Dezember 2017 geladen. Als Abschluss des Jubiläumsjahres der Gründung der Regierung von Schwaben 1817 wurde der beim Volk Verlag in München erschiene Band „Verwaltungselite und Region. Die Regierungspräsidenten von Schwaben 1817 bis 2017“ der Öffentlichkeit vorgestellt, der in Kooperation des Lehrstuhls für Landesgeschichte der Universität Augsburg mit dem Staatsarchiv Augsburg von Marita Krauss und Rainer Jedlitschka herausgegeben wurde.

Doch dies war nicht der einzige Anlass zum Feiern. Ebenfalls rechtzeitig zum Jubiläum gelang es dem Staatsarchiv Augsburg, die Bestände der Regierung von Schwaben einschließlich aller Vorgängerbe-

hörden seit 1803 abschließend provenienzrein zu formieren sowie neu zu erschließen (vgl. S. 54ff.). Auch diese dreizehn neuen Findbücher wurden erstmals der Öffentlichkeit präsentiert. Als äußeren Rahmen für die Buchvorstellung konzipierten Archiberrater Rainer Jedlitschka und Archivinspektor Patrick Rieblinger vom Staatsarchiv Augsburg zusätzlich eine kleine Ausstellung mit ausgewählten Exponaten zur Regierung von Schwaben, die den vorgestellten Band illustrieren sollte und einem interessierten Fachpublikum noch bis Ende Januar 2018 offenstand.

Entsprechend gut gelaunt begrüßte der Leiter des Staatsarchivs Dr. Thomas Engelke die geladenen Gäste, die trotz des Termins am Jahresende zahlreich erschienen waren. Er freute sich insbesondere darüber, dass mit dem Regierungspräsidenten Karl Michael Scheufele, seinem Amtsvorgänger, dem Regierungspräsidenten a.D. Ludwig Schmid,



Archivdirektor Dr. Thomas Engelke (Mitte) präsentiert dem amtierenden Regierungspräsidenten von Schwaben, Karl Michael Scheufele (links) und dessen Amtsvorgänger, Regierungspräsident a.D. Ludwig Schmid (rechts), die neuen Repertorien der Bestände der Regierung von Schwaben (Foto: Paul John, Staatsarchiv Augsburg).

und dem Bezirkstagspräsidenten Jürgen Reichert, der ein Grußwort sprach, die „Führungsriege“ des Regierungsbezirks ein so großes Interesse am Wirken ihrer Vorgänger seit Bestehen des Regierungsbezirks zeigte. Daneben waren zahlreiche amtierende und ehemalige Spitzenvertreter aus der staatlichen und der kommunalen Verwaltung Schwabens anwesend, von denen manche auch als Zeitzeugen einen wesentlichen Anteil am Gelingen des vorgestellten Bandes hatten. Natürlich waren fast alle Autorinnen und Autoren des Bandes und dessen Verleger Michael Volk anwesend.

Auch etliche Angehörige verschiedener Lehrstühle der benachbarten Universität Augsburg wie auch zahlreiche Studierende fanden ihren Weg ins Staatsarchiv. Dr. Engelke hob deshalb die gute Kooperation zwischen Universität und Staatsarchiv hervor. Er betonte den günstigen Standort des Staatsarchivs direkt neben der Universität, was der Kommunikation zwischen beiden sehr entgegenkomme. Neben dem präsentierten Band nannte er das derzeit laufende DFG-Projekt zur Erschließung der Urkunden des Domkapitels Augsburg als Kooperation mit dem Lehrstuhl für Mittelalterliche Geschichte. Ebenso wies er darauf hin, dass mehrere Amtsangehörige des Staatsarchivs über Lehraufträge einen Beitrag zur Lehre an der Universität Augsburg leisteten.

Genauso ausführlich ging er auf den Abschluss der Arbeiten an den Beständen der Regierung von Schwaben ein, da diese Erschließungsarbeiten einen Kern der Arbeit eines Staatsarchivs ausmachen. In mehrjähriger Arbeit konnten erstmals alle Fonds der Regierung von Schwaben einschließlich aller Vorgängerbehörden von 1803 an provenienzinformiert, neu geordnet und erschlossen werden. In insgesamt 13 neuen Findbüchern zu den Einzelfonds sind jetzt die ca. 38.000 Archivalien mit einem Umfang von rund 700 Laufmetern erstmals vollständig für die Forschung erschlossen worden. Dabei dankte er vor allem Archivoberrat Rainer Jedlitschka und Archivinspektor Patrick Rieblinger, die diese Arbeiten zuletzt leiteten und die beide auch im zu präsentierenden Band als Herausgeber bzw. Autoren tätig waren. Sein Dank ging auch an Archivamtsrat Thomas Steck, inzwischen im Bayerischen Hauptstaatsarchiv in München tätig, der während seiner Zeit in Augsburg einen wesentlichen Beitrag zur Erschließung der am schwierigsten zu formierenden Vorgängerbehörden der Regierung von ca. 1803 bis 1838 leistete.



Bezirkstagspräsident Jürgen Reichert mit einem der ersten Exemplare des präsentierten Bandes (Foto: Paul John, Staatsarchiv Augsburg).

Im Anschluss richtete in einem Grußwort Generaldirektorin der Staatlichen Archive Dr. Margit Ksoll-Marcon den Fokus auf die oftmals unterschätzte Verwaltungsgeschichte des modernen Bayern, die jedoch Grundlage für jegliche weitere Forschung sei. Hierzu seien sowohl die Erschließungsarbeiten am Staatsarchiv Augsburg als vor allem auch der präsentierte Band ein wertvoller Beitrag, der Druckkostenzuschuss der Generaldirektion sei sehr gut angelegt worden.

Bezirkstagspräsident Jürgen Reichert stellte in seinem Grußwort die in Schwaben hervorragende Zusammenarbeit der Bereiche der staatlichen Verwaltung – Regierung – und des Bereichs der Selbstverwaltung – Bezirk – in den Mittelpunkt, die gerade in der letzten, an Krisen nicht armen Zeit hervorragend funktioniert hätte.



Die beiden Herausgeber, Prof. Dr. Marita Krauss und Rainer Jedlitschka M.A., bei der Präsentation des neu erschienenen Bandes (Foto: Paul John, Staatsarchiv Augsburg).

Der zentrale Beitrag des Abends war die Vorstellung des Bandes durch die beiden Herausgeber Marita Krauss und Rainer Jedlitschka. Die Kreisregierung in Augsburg entstand 1817 – vor genau 200 Jahren – als staatliche Mittelbehörde für den damaligen Oberdonaukreis, der im Wesentlichen dem heutigen bayerischen Schwaben entspricht. Der Band „Verwaltungselite und Region“, der im Volk Verlag erschien, befasst sich anlässlich dieses Jubiläums erstmals detailliert mit den Lebensläufen und Laufbahnen der bisherigen 23 Regierungspräsidenten der Regierung von Schwaben. Es geht um Fragen von Herkunft und Rekrutierung, Ausbildung und Qualifikation, von Aktionsräumen und Gruppenbewusstsein dieser besonderen Elite. Das bayerische Modell der Herrschaftspraxis ließ den Regierungspräsidenten im Alltag viele Handlungsspielräume und Entscheidungsmöglichkeiten, die von diesen unterschiedlich genutzt und ausgelegt wurden. So wird über ihre Biografien ein wichtiges Stück Geschichte des bayerischen Schwaben der letzten 200 Jahre greifbar.

In der Zeit der Beamtenregierungen des 19. Jahrhunderts waren Regierungspräsidenten in Bayern die mächtigsten Männer nach den Ministern. Ihre Berichte, Beurteilungen und Vorlagen waren für König und Kabinett unentbehrliche Quellen für die „Volksstimmung“. Sie waren die Chefs der Verwaltung ihrer „Kreise“, der späteren Regierungsbezir-

ke, über sie wurden Beamtenkarrieren gemacht oder verhindert, aus ihrem bewährten Kreis wählte der König oder der Regent häufig auch die Minister. Im Freistaat stellten dann die Parteien die Minister, und die Regierungspräsidenten verloren einen Teil ihres Status als Regionalfürsten, die höchsten Verwaltungsbeamten in den Regionen sind sie jedoch bis heute geblieben.

Im Anschluss an die Vorstellung des Bandes wurden die ersten, quasi noch druckfrischen Exemplare an den Regierungspräsidenten und den Bezirkstagspräsidenten übergeben. Danach folgte ein kleiner Empfang, den der Freundeskreis des Schwäbischen Staatsarchivs – auch einer der Mitfinanziers des vorgestellten Bandes – ausrichtete. Hier bot sich den Gästen die Möglichkeit zum weiteren fachlichen Austausch und zu einer ersten Besichtigung der kleinen Ausstellung zu den Beständen der Regierung von Schwaben. Auch die neuen Repertorien fanden ihren Weg aus dem Repertorienzimmer auf einen Ausstellungstisch im Foyer, um den Gästen Gelegenheit zu geben, einen ersten Eindruck von Umfang, Art und Wert der Überlieferung der Regierung von Schwaben im Staatsarchiv Augsburg zu gewinnen.

Thomas Engelke

Marita Krauss, Rainer Jedlitschka (Hrsg.), Verwaltungselite und Region. Die Regierungspräsidenten von Schwaben 1817 bis 2017, Volk Verlag München 2017, 368 Seiten mit zahlreichen Abbildungen, ISBN 978-3-86222-254-4

Seminare zur Provenienzforschung im Staatsarchiv Würzburg

Die Restituierung von entfremdeten Kunstwerken, etwa Gemälden, Zeichnungen, Skulpturen, von Bibliotheken und einzelnen Büchern und die Provenienzforschung gehören seit einigen Jahren zu den Themen, die in der breiten Öffentlichkeit angekommen sind. Die Provenienzforschung, die Erforschung der Herkunft von Objekten verschiedenster Art in Museen und Sammlungen, die in der NS-Zeit ihren vornehmlich jüdischen Besitzern entzogen wurden, gehört zum Methodenkanon der Kunst- und Kulturwissenschaften. Die Quellenbestände der staatlichen Archive in Bayern spielen für die Provenienzforschung eine zentrale Rolle. Daher



(Foto: Ursula Schedl, Staatsarchiv Würzburg).

ist im 2015 gegründeten Forschungsverbund Provenienzforschung Bayern die Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns neben den wichtigen Münchner Museen, dem Germanischen Nationalmuseum, dem Museum für Franken und der Landesstelle für die nichtstaatlichen Museen in Bayern Mitglied.

Die Landesstelle und das Weiterbildungszentrum der Freien Universität Berlin machten es sich 2017 zur Aufgabe, die Methoden der Provenienzforschung weiterzugeben und boten gemeinsam eine Fortbildung „Provenienzforschung. Über die Herkunft der Objekte“ an. Eine Station des Zertifikationskurses Provenienzforschung, der aus vier Modulen bestand, war in Würzburg u.a. das Staatsarchiv, nicht zuletzt deshalb, weil es mit der Überlieferung der Gestapostelle Würzburg einen herausragenden Aktenbestand verwahrt. Dieser wird derzeit von Dr. Carolin Lange und Christine Bach M.A., Mitarbeiterinnen der Landesstelle, für das Projekt „Beschlagnahmt, verkauft, versteigert. Jüdisches Kulturgut in den nichtstaatlichen Museen in Franken“ ausgewertet. Am 23. Juni 2017 referierte in Anwesenheit von Dr. Astrid Pellengahr, der Leiterin der Landesstelle für die nichtstaatlichen Museen in Bayern, von Prof. Dr. Christoph Zuschlag, Universität Koblenz-Landau, und den mehr als 20 Teilnehmerinnen und Teilnehmern

aus der ganzen Bundesrepublik Dr. Michael Unger zum Thema „Provenienzrecherche im Archiv: Rechtliches und Organisatorisches“ und schuf mit seinen informativen Ausführungen zum Prozedere der Archivbenützung die Grundlagen für die Archivrecherche. Dr. Ingrid Heeg-Engelhart stellte am Beispiel des Staatsarchivs Würzburg die „Quellenbestände in den Staatsarchiven. Überblick und methodische Herangehensweise im Rahmen der Provenienzforschung“ vor. Auf große Resonanz stieß auch die Gruppenarbeit am Nachmittag des Tages, an dem Recherchen mit Hilfe der Findmittel zur Gestaposstelle Würzburg, zur Spruchkammer Würzburg und zur Wiedergutmachungsbehörde IV Unterfranken durchgeführt und die ermittelten Akten eingesehen wurden.

Bereits am 18. und 19. Mai 2017 waren Studenten des Studiengangs „Sammlungen – Provenienz – Kulturelles Erbe“ der Julius-Maximilians-Universität Würzburg im Staatsarchiv Würzburg in die Archivarbeit eingeführt worden. Dabei wurden ihnen einschlägige Quellenbestände vorgestellt und eine Auswertung einzelner Akten der Gestapostelle Würzburg ermöglicht. Großen Anklang fand in diesem Zusammenhang eine Magazinführung, an welcher auch die Lehrbeauftragten Christine Bach M.A. und Dr. Carolin Lange teilnahmen.

Eine weitere ganztägige Veranstaltung, „Spurensuche in der Sammlung – Provenienzforschung in nicht-staatlichen Museen“, fand am 4. Oktober 2017 statt, initiiert von der Landesstelle für die nichtstaatlichen Museen, mit 15 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus ganz Bayern, vornehmlich aus dem Bereich der nicht-staatlichen Museen. Im Beisein von Christine Bach M.A., Dr. Carolin Lange und Dr. Wolfgang Stäbler wurden einschlägige Quellenbestände und einzelne Archivalien vorgestellt und die Recherchemöglichkeiten und auch deren Grenzen erörtert.

Die Staatlichen Archive Bayerns verwahren bedeutende Quellenbestände, die für den Erfolg der Provenienzforschung unabdingbar sind. Das rege Interesse der zahlreichen Teilnehmer, deren gezielte Nachfragen und angeregte Diskussionen bestätigen das Staatsarchiv Würzburg darin, ein wichtiger Partner des Verbunds Provenienzforschung Bayern zu sein.

Ingrid Heeg-Engelhart

Archivpflege

Oberpfälzer Archivflegertagung zu nichtamtlichem Archivgut in Kommunalarchiven

Wenn die Aufgabe kommunalarchivischer Überlieferungsbildung darin besteht, die Pluralität der lokalen Gesellschaft und Lebenswirklichkeit möglichst umfassend abzubilden und deren Ereignisse und Strukturen zu dokumentieren, dann kann sie diesem Anspruch nur dadurch gerecht werden, dass sie neben den amtlichen Unterlagen der städtischen Ämter oder der Gemeindeverwaltung auch Nachlässe von Privatpersonen, Unterlagen von Vereinen, Parteien, Bürgerinitiativen und Firmen sowie Sammlungsgut wie Zeitungen, Flugblätter, Plakate, Fotos einbezieht. Anders als in den Staatsarchiven, bei denen die Sammlungstätigkeit nicht nur de iure (siehe Art. 4 Abs. 4 BayArchivG), sondern auch de facto eine eher nachrangige Position gegenüber der Übernahme der amtlichen Unterlagen aus den Registraturen der Verwaltung einnimmt, ist bei den Kommunalarchiven die Bedeutung des nichtamtlichen Archivguts seit längerem unbestritten bzw. wird der nichtamtlichen Überlieferung sogar die gleiche Wertigkeit wie der amtlichen beigemessen. Die Möglichkeiten für die praktische Umsetzung freilich sind allenthalben von den räumlichen, personellen und finanziellen Ressourcen abhängig.

Das Thema „Nichtamtliches Archivgut in Kommunalarchiven“ stand im Mittelpunkt der Oberpfälzer Archivflegertagung 2017, zu der das Staatsarchiv Amberg für den 19. Oktober eingeladen hatte.

Rund 60 Archivpfleger, Kommunalarchivarinnen und Betreuer von Gemeindearchiven nutzten die Gelegenheit, um sich mit der Bedeutung der nichtamtlichen Überlieferung und mit Strategien der Übernahme und Erschließung auseinanderzusetzen. Die Leiterin des Staatsarchivs, Dr. Maria Rita Sagstetter, vermittelte den Teilnehmern als Einführung in das Thema einen Überblick über Begrifflichkeit, rechtliche Grundlagen und archivfachliche Literatur.

Josef Fischer, Leiter des Stadtarchivs Schwandorf, berichtete anschließend über Erfahrungen mit der Übernahme von Nachlässen und Fotosammlungen. Als Beispiele präsentierte er die „Sammlung Dr. Felix Hierstetter“, die neben einem kleinen Nachlass des Schwandorfer Arztes, Kommunalpolitikers und Heimatforschers mit persönlichen Dokumenten und Korrespondenzen vor allem eine umfangreiche Sammlung zur Geschichte Schwandorfs (mit Aufzeichnungen zu Gebäuden, Vereinen und Betrieben, Postkarten, Fotos, Büchern, Zeitungsausschnitten, Werbeanzeigen, Plakaten u.a.) enthält, sowie die „Sammlung Dr. Jörg Metschke“, die 775 Karten mit Motiven aus Schwandorf und einigen Nachbargemeinden umfasst. Mit einer Bilderserie von Beispielen veranschaulichte Fischer den Quellenwert der Sammlungen, die eine hilfreiche Ergänzung des amtlichen Schriftguts darstellen. Zugleich aber warf er die Frage auf, wie man mit Material umgeht, das zwar nicht zum Sammlungsprofil des Archivs passt, aber aus taktischen oder organisatorischen Gründen mitübernommen werden muss.



V.l.n.r.: Josef Fischer (Stadtarchiv Schwandorf), Edith Kalbskopf (Stadtarchiv Marktredwitz) und Dr. Maria Rita Sagstetter (Staatsarchiv Amberg) (Foto: Gerhard Wolf, Staatsarchiv Amberg).

Edith Kalbskopf, Leiterin des Stadtarchivs Marktredwitz, referierte über Schriftgut der Wirtschaft und der Vereine und erläuterte Einwerbestrategien, Rechtsformen der Übernahme und Urheberrechtsbelange. Neben einer Definition des Vereinsbegriffs gab Kalbskopf einen Überblick über die Geschichte der Vereine und verschiedene Vereinszwecke und ging auf typische Formen von Vereinsschriftgut und dessen Bewertung ein. Nicht selten enthält die Vereinsüberlieferung, die zur Archivierung angeboten wird, neben dem klassischen Archivgut auch dreidimensionale Objekte wie Fahnen, Abzeichen, Ehrengaben oder Geräte. Hierfür empfahl Kalbskopf die Zusammenarbeit mit dem örtlichen Heimatmuseum. Als Beispiele für Schriftgut der Wirtschaft, das das Stadtarchiv Marktredwitz übernehmen konnte, nannte die Referentin Registraturgut der Chemischen Fabrik Marktredwitz, der Porzellanfabrik Jaeger und der Buntweberei Johann Benker. Als typische Unterlagengruppen, die in einem Wirtschaftsbetrieb ab mittlerer Größe zu erwarten sind, erwähnte sie das Schriftgut der Buchhaltung, die Korrespondenz mit Geschäftspartnern, Kunden und Behörden sowie die technische Überlieferung, zu der neben Entwürfen, Konstruktionszeichnun-

gen und Plänen auch Musterbücher mit Stoffproben oder Bildern von Porzellanprodukten gehören können.

Am Ende der Tagung stand eine allgemeine Aussprache zu aktuellen Themen und Fragen der Archivpflege.

Maria Rita Sagstetter

Staatsarchiv Amberg setzt Rückgabe von Gemeindearchivdepots fort

Im Staatsarchiv Amberg befinden sich noch immer Archivalien von Oberpfälzer Gemeinden und Städten, die diese Ende des 19. und im frühen 20. Jahrhundert dem damaligen Kreisarchiv unter Eigentumsvorbehalt zur Archivierung übergeben haben. Im Rahmen der kommunalen Archivpflege, die sich als fachliche Beratung und Unterstützung der nichtstaatlichen Archiveigentümer versteht, hatte die staatliche Archivverwaltung in Bayern den Kommunen damals weitreichende aktive Hilfeleis-

tungen angeboten, was durch eine Entschließung des Staatsministeriums des Innern vom 8. August 1906 auf eine rechtliche Grundlage gestellt wurde. Die Gemeinden wurden darin aufgefordert, ihre Archivbestände vorübergehend den staatlichen Archiven zwecks Ordnung und Verzeichnung zu übergeben oder, falls sie selbst nicht in der Lage waren, diese ordnungsgemäß zu verwahren und zu erhalten, generell unter Eigentumsvorbehalt der staatlichen Obhut zu übergeben.

Demgegenüber trug die Gemeindeordnung von 1952 dem Grundsatz einer erweiterten Selbstverwaltungskompetenz der Kommunen Rechnung und wies die Verantwortung und Obsorge für ihr Kultur- und Archivgut ihrem eigenen Wirkungskreis zu, worauf die Möglichkeit zur Hinterlegung von Archivgut in den staatlichen Archiven auf vorübergehende besondere Gefahrensituationen beschränkt und die Auflösung dort vorhandener Depots eingeleitet wurde. Vor allem seit Erlass des Bayerischen Archivgesetzes von 1989, das die Pflichtaufgabe der Gemeinden, in eigener Zuständigkeit für die Archivierung ihrer Unterlagen zu sorgen, bekräftigte, geben die Staatsarchive kommunales Archivgut sukzessive an die Eigentümer zurück. Dies sorgt nicht nur für eine räumliche Entlastung der Staatsarchive, sondern bringt aus der Perspektive der Archiveigentümer den Vorteil mit sich, dass die Überlieferung als ein Stück historischer Identität der Kommunen dort, wo sie angefallen und erwachsen ist, wieder für die Einsichtnahme durch die Lokalgeschichtsforschung sowie für verwaltungsinterne Belange zur Verfügung steht. Die „Heimführung“ freilich setzt voraus, dass vor Ort überhaupt ein Gemeinde- bzw. Stadtarchiv vorhanden ist und personell betreut wird und dass außerdem die fachgerechte Unterbringung des Archivguts und seine Zugänglichkeit für die Forschung gewährleistet sind.

An umfangreicheren Depots konnte das Staatsarchiv Amberg in den vergangenen Jahrzehnten Archivalien etwa der Stadt Cham (1981), Naburg (1989/90), Roding (1998), Pfreimd (2001), Eschenbach (2009) und Neunburg vorm Wald (2011) zurückgeben. Einzelne Dokumente folgten 2012 für Windischeschenbach, 2013 für Furth im Wald und 2015 für Mitterteich. Sechs Urkunden, die 1906 in Amberg hinterlegt worden waren, wurden dem Staatsarchiv München zur Rückgabe an den Markt Altmannstein und die Stadt Beilngries, die seit der Gebietsreform zum Landkreis Eichstätt und damit zu Oberbayern gehören, zugeleitet.



Dr. Maria Rita Sagstetter überreicht Urkunden an den Regensburger Stadtarchivar Lorenz Baibl M.A. (Foto: Martina Trettenbach, Stadtarchiv Regensburg).

Zuletzt konnte die Leiterin des Staatsarchivs Amberg Dr. Maria Rita Sagstetter drei Papierurkunden, die die ehemals selbstständige Gemeinde Winzer (heute Stadt Regensburg) 1907 in Amberg hinterlegt hatte, dem Stadtarchiv Regensburg übergeben. In dessen Beständen bilden die drei Urkunden die nunmehr ältesten Belege zur Geschichte Winzers, da die bisher vorhandene schriftliche Überlieferung des 1924 eingemeindeten Stadtteils erst im 19. Jahrhundert beginnt. Konkret handelt es sich um einen Vergleich in einem Streit um Weidrechte von 1583, einen Kaufvertrag über einen Weingarten von 1593 sowie das Protokoll über eine Aufteilung des gemeindeeigenen Wöhrds von 1798, die unter Beteiligung der namentlich aufgeführten Gemeindeglieder von Ober- und Niederwinzer durchgeführt wurde.

Größere Akten- und Amtsbuchbestände warten im Staatsarchiv Amberg noch auf ihre Rückkehr etwa nach Hirschau (32 lfm), Rieden (5,5 lfm), Schwarzhofen (19 lfm), Vilseck (16 lfm) und Wörth a.d. Donau (8,5 lfm), wo jeweils noch die Voraussetzungen für eine fachgerechte Lagerung und für die Zugänglichmachung zu Forschungszwecken geschaffen werden müssen. Rückgabebereit sind die Urkundenarchive der Städte Berching und Dietfurt (108 bzw. 62 Urkunden aus dem 14. bis 18. Jahrhundert).

Maria Rita Sagstetter

Tagung der Archivpfleger des Regierungsbezirks Schwaben im Staatsarchiv Augsburg

Am 25. Oktober 2017 fand die Jahrestagung der Archivpflegerinnen und Archivpfleger des Regierungsbezirks Schwaben im Staatsarchiv Augsburg statt. Waren die letzten drei Treffen in Begleitung der Fertigstellung des Anbaus des Staatsarchivs von Fragen des Archivbaus und der Bestandserhaltung geprägt, wurde in diesem Jahr mit der interkommunalen Zusammenarbeit von Archiven ein anderer thematischer Schwerpunkt gewählt.

Archivdirektorin Dr. Maria Rita Sagstetter vom Staatsarchiv Amberg stellte beispielhaft Archivverbünde aus der Oberpfalz und aus Niederbayern vor. Sie wies darauf hin, dass Bürgermeister oft wenig über Kommunalarchive wissen. Häufig sei unbekannt, in welchem Maße sie staatliche Fördergelder beantragen können. In der Oberpfalz habe die Bezirksregierung sich 2009 entschieden, die interkommunale Zusammenarbeit verstärkt zu fördern und hier auch die Kommunalarchive zu berücksichtigen. Trotzdem reagierten die kommunalen Verantwortlichen einige Zeit lang mit Zurückhaltung.

Die schwäbischen Archivpflegerinnen und -pfleger, für die derartige Modelle interkommunaler Zusammenarbeit im Bereich des Archivwesens bisher neu waren, verfolgten die Ausführungen mit großem Interesse. Sie entwickelten in der anschließenden Aussprache erste Ideen für Archivverbünde in Schwaben. Daneben tauschten sie sich über verschiedene Aspekte ihrer Arbeit aus. Ein Schwerpunkt war dabei die Organisation regionaler Treffen kommunaler Archivarinnen und Archivare auf Landkreisebene. Dieses Modell läuft schon sehr erfolgreich im Landkreis Augsburg und seit kurzem auch im Landkreis Dillingen. Für das Jahr 2018 hat der Archivpfleger des Landkreises Donau-Ries ein Treffen für seinen Landkreis angekündigt.

Mit Ernst Schroeder konnte ein neuer Archivpfleger für den Landkreis Ostallgäu gewonnen werden. Die zweite Archivpflegerstelle im Landkreis ist zwar noch vakant und auch in anderen Landkreisen sind einzelne Sprengel nicht besetzt. Aber mit der Bestellung Herrn Schroeders ist in jedem Landkreis des Regierungsbezirks Schwaben mindestens ein Archivpfleger aktiv.

Thomas Engelke



Archivdirektorin Dr. Maria Rita Sagstetter (2. v.l.), Archivdirektor Dr. Thomas Engelke (r.) und die Archivpfleger des Regierungsbezirks Schwaben (Foto: Paul John, Staatsarchiv Augsburg).



V.l.n.r.: Landrätin Maria Rita Zinnecker, Albert Ott, ehemaliger Archivpfleger des Landkreises Ostallgäu, und Dr. Thomas Engelke (Foto: Benjamin Schäling, Landratsamt Ostallgäu).

Amtseinführung eines neuen Archivpflegers im Landkreis Ostallgäu und Verabschiedung des langjährigen Archivpflegers Albert Ott

Auf der Bürgermeisterdienstbesprechung des Landkreises Ostallgäu am 8. November 2017 in Marktoberdorf wurde der neu bestellte Archivpfleger Ernst Schroeder in sein Amt eingeführt. Diesen Anlass nutzte der Amtsleiter des Staatsarchivs Augsburg, Archivdirektor Dr. Thomas Engelke, um die versammelten Bürgermeisterinnen und Bürgermeister des Landkreises an den Aufbau und die Aufgaben der Archivpflege in Bayern zu erinnern. Dies war im Landkreis Ostallgäu insofern wichtig, als dass dort die beiden Archivpflegerposten seit einiger Zeit de facto vakant waren. Mit Herrn Schroeder ist inzwischen der erste neue Archivpfleger bestellt und die Bestellung eines Kandidaten für den zweiten Sprengel läuft derzeit.

Dass trotz der Vakanz die Archivpflege im Ostallgäu in einem guten Zustand ist, ist maßgeblich dem bisherigen Archivpfleger Albert Ott zu verdanken. Aus gesundheitlichen Gründen konnte er leider seinen Posten seit einiger Zeit nur noch nominell führen. Insofern war der eigentliche Höhepunkt der Veranstaltung die feierliche Verabschiedung und Würdigung von Herrn Ott, der seit 27 Jahren in diesem Ehrenamt tätig war. Sowohl die Landrätin des Landkreises Ostallgäu, Maria Rita Zinnecker, als auch der Amtsvorstand des Staatsarchivs Augsburg dankten Herrn Ott und würdigten seine herausragenden Leistungen in seiner langjährigen Funktion als Archivpfleger. Beide würdigten auch die große Bedeutung des ehrenamtlichen Engagements, das nicht als selbstverständlich anzusehen ist. Nicht zuletzt dank der außerordentlichen Bemühungen von Herrn Ott befindet sich die Archivpflege im Landkreis Ostallgäu auf einem guten Weg, der auch erfolgreich fortgesetzt werden kann.

Thomas Engelke

Von der Schule ins Archiv – Überlieferung der Schulen war Schwerpunkt beim Archivpflegertreffen im Landkreis Lichtenfels

Im Zeichen aktueller Entwicklungen stand das Treffen der Archivpfleger/innen und -betreuer/innen im Landkreis Lichtenfels am 21. Februar 2018. Die Vertreter der kommunalen Archive hatten im Landratsamt Lichtenfels Gelegenheit, sich darüber zu informieren, welche Perspektiven die neue Rechtslage bei den Schüler- und Schulunterlagen für ihre Einrichtungen bietet und welche Aspekte beim Umgang mit digitalen Daten zu beachten sind.

unterlagen vor. Er betonte die Anbietepflicht der staatlichen Schulen – als staatlich gelten solche, bei denen der Staat der Dienstherr der Lehrer ist – an das Staatsarchiv und stellte kurz die Liste der Schulen im Sprengel vor, bei denen die Archivierung nicht nur von Verwaltungsschriftgut und Schülerunterlagen bis 1950, sondern auch der jüngeren Schülerunterlagen im Staatsarchiv vorgesehen ist. Im Landkreis Lichtenfels wurden Schulen aller Ebenen in das Modell aufgenommen, um exemplarisch und modellhaft eine Schullandschaft in der Überlieferung abzubilden. Daran anknüpfend erläuterte Dr. Johannes Haslauer, im Staatsarchiv Bamberg zuständig für die Archivpflege, die Perspektiven, die sich für die Kommunalarchive daraus ergeben.



Vorne v.l.: Andrea Baier (Stadt Burgkunstadt), Gerhard Arneth und Alexandra Friedrich (Markt Ebensfeld) sowie Adelheid Waschka (Archivpflegerin); dahinter: Georg Herold (Landratsamt Lichtenfels), Dr. Johannes Staudenmaier und Dr. Johannes Haslauer (Staatsarchiv Bamberg), Cornelia Bremer (VG Hochstadt-Marktzeuln), Uwe Bäuerlein (Landratsamt Lichtenfels), Inge Göbel (Gemeinde Altenkunstadt) und Andrea Göldner (Stadt Weismain) (Foto: Landratsamt Lichtenfels).

Nach der Begrüßung durch Georg Herold, den für die Archivpflege zuständigen Mitarbeiter des Landratsamts, und die Archivpflegerin Adelheid Waschka stellte zunächst Dr. Johannes Staudenmaier vom Staatsarchiv Bamberg die rechtlichen Regelungen sowie die darauf aufbauende Archivierungsvereinbarung zur Aussonderung von Schüler-

Schließlich können die Unterlagen der Schulen, die nicht in das staatliche Auswahlmodell aufgenommen wurden, nach Unterzeichnung eines Depotvertrags zwischen der staatlichen Archivverwaltung, der Schule und der Gemeinde künftig im Kommunalarchiv verwahrt und als Quellengattung insbesondere für heimat- und familiengeschichtli-

che Fragestellungen zur Verfügung gestellt werden. Dr. Haslauer wies darauf hin, dass der Mustervertrag die Kommunen in bestimmten Fragen, v.a. bei der Sicherung und Verwaltung der Schülerunterlagen sowie bei deren Benutzung, unmittelbar auf die einschlägigen Bestimmungen des Bayerischen Archivgesetzes verpflichtet. In diesem Zusammenhang empfehle sich ausdrücklich der Erlass einer Archivsatzung.

Hatten sich frühere Zusammenkünfte im Landkreis Lichtenfels bereits der Digitalisierung von Archivgut sowie Schäden an konventionellen Archivalien gewidmet, so stand nun als weiteres Thema eine durchaus frappierende Kombination aus den beiden Aspekten auf der Tagesordnung, nämlich die Herausforderungen bei der langfristigen Erhaltung von Digitalisaten. Archivpflegerin Waschka zeigte in ihrem Vortrag Beispiele schadhaft gewordener Bilddateien, um auf die Problematik aufmerksam zu machen. Sie verband dies mit der Empfehlung, stets ein Augenmerk auf die Konsistenz von Datenträgern zu legen. Darüber hinaus war es den Organisatoren ein Anliegen, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf grundlegende Fragestellungen der elektronischen Verwaltungsarbeit, insbesondere den Umgang mit Emails, und der Archivierung digitaler Unterlagen hinzuweisen. Dr. Johannes Haslauer regte an, die für die IT zuständigen Mitarbeiter in den Kommunen auf die archivischen Belange aufmerksam zu machen und mit ihnen gemeinsam die virulenten Fragen der Schriftgutverwaltung und digitalen Archivierung zu besprechen.

Johannes Haslauer

Treffen der ehrenamtlichen Archivbetreuerinnen und -betreuer im Landkreis Coburg

Am 14. Dezember 2017 trafen sich im Rathaus der Gemeinde Ebersdorf bei Coburg ehrenamtliche und nebenamtliche Archivbetreuerinnen und -betreuer aus den Gemeindeverwaltungen im Landkreis Coburg. Unter den 30 Anwesenden befanden sich auch einige Bürgermeister und geschäftsleitende Beamtinnen und Beamte. Bei dem Treffen, das auf Anregung des Staatsarchivs Coburg und des Archivpflegers Helmut Schöttner (Coburg Süd) stattfand, bestand ausführlich Gelegenheit, über aktuelle Fragen und Entwicklungen im Bereich des Archivwesens zu diskutieren. So wurde insbesondere über die zunehmende Verwendung elektronischer Fachverfahren in den kommunalen Verwaltungen gesprochen und die Aussonderung und Archivierung von Schülerakten und Personstandsunterlagen und ihre Auswirkungen auf die Arbeit der Gemeindearchive erläutert.

Breiten Raum nahm naturgemäß die beabsichtigte Gründung eines Vereins zur interkommunalen Archivpflege im Landkreis Coburg ein. Dr. Alexander Wolz, Leiter des Staatsarchivs Coburg, ging ausführlich auf die Zielsetzung und die Organisation des geplanten Vereins ein. Die Grundidee besteht darin, dass der Verein, dem die Kommunen als Mitglieder angehören, eine Archivarin oder einen Archivar anstellt, die sich in einem festgelegten Zyklus um die Ordnung der Mitgliederarchive kümmern. Die interessierten Kommunen haben zugesagt, die entsprechenden Gemeinderatsbeschlüsse in der ersten Jahreshälfte 2018 zu erwirken, damit der Verein zum 1. Juli 2018 gegründet werden kann. Dr. Wolz betont ausdrücklich, dass die ehrenamtliche Betreuung in den Kommunen durch den Archivpflegeverein nicht überflüssig werden wird, sondern dass es im Gegenteil das Ziel sein sollte, künftig in allen Fragen des Gemeindearchivs zusammenzuarbeiten.

Zum Abschluss des ergiebigen Treffens wurde allen Archivbetreuerinnen und -betreuern für die geleistete Arbeit gedankt. Der Wunsch ist, sich auch im Jahr 2018 wieder in dieser Runde zu treffen.

Alexander Wolz

Aussonderung und Behördenberatung

KLA-Arbeitsgruppe zur Bewertung der elektronischen Fachverfahren der Bundes- und der Landespolizeibehörden konstituiert sich

Bei den Polizeibehörden in Deutschland sind mittlerweile zahlreiche elektronische Fachverfahren im Einsatz. Viele archivwürdige Unterlagengruppen, wie etwa die Einsatztagebücher, die bislang in analoger Form von der Polizei übernommen wurden, erwachsen nur mehr digital. Soll die bisherige Überlieferung mit dem Sprung ins Digitale nicht abreißen, müssen Aussonderungsschnittstellen für die nun im Einsatz befindlichen Fachverfahren der Polizeibehörden entwickelt werden. Die Polizei in Deutschland hat hier teilweise länderübergreifende Lösungen entwickelt, die zentral an einer Stelle gehostet werden. Teils unterhalten die Länder jeweils eigene Verfahrenspflegestellen, setzen aber die gleichen Produkte ein. In diesen Fällen ist es sinnvoll, dass die Archivverwaltungen des Bundes und der Länder übergreifende Aussonderungsschnittstellen entwickeln.

Zu diesem Zweck hat die Konferenz der Leiterinnen und Leiter der Archivverwaltungen des Bundes und der Länder (KLA) bei ihrer Herbsttagung 2017 beschlossen, eine Arbeitsgruppe zur Bewertung der Fachverfahren der Polizeibehörden einzusetzen. Diese trat am 17. Januar 2018 zu ihrer Auftaktsitzung im Staatsarchiv München zusammen. Die Bedeutung, die dem Thema von Archivseite beigemessen wird, macht bereits die Zahl der Teilnehmenden deutlich. Insgesamt elf Landesarchivverwaltungen haben Archivarinnen und Archivare in die Arbeitsgruppe entsandt. Den Vorsitz hat Dr. Bastian Gillner vom Landesarchiv Nordrhein-Westfalen übernommen. Die Arbeitsgruppe wird zunächst eine Übersicht der elektronischen Fachverfahren der Polizeibehörden des Bundes und der Länder erarbeiten und zu diesen sukzessive weitere Informationen einholen, auf deren Grundlage dann Bewertungsentscheidungen getroffen werden können. Zunächst sollen die in den polizeilichen Aufgabenbereichen Lagebild, Einsatzleitung und Personendatensammlung (Staatschutz) ein-

gesetzten Systeme in den Fokus der Arbeitsgruppe genommen werden. In Zusammenarbeit mit den Ausschüssen Records Management und Digitale Archive werden dann in der Folge Aussonderungsschnittstellen zu erarbeiten sein, mit deren Hilfe auch künftig die polizeiliche Überlieferung gesichert werden kann.

Markus Schmalzl

Archivierungsvereinbarung mit dem Justizministerium über Unterlagen zur Aus- und Fortbildung der Juristen in Bayern abgeschlossen

Wie kann man die Anbieter behördlicher Unterlagen effizienter gestalten und das Aussonderungsverfahren dadurch erleichtern? Angesichts der enormen Aktenmengen, die laufend auf die Archive zukommen, muss diese Frage immer wieder neu gestellt werden. Ein bewährtes Instrument zur Bewältigung größerer Überlieferungskomplexe, insbesondere bei massenhaft gleichförmigem Schriftgut, sind Archivierungsvereinbarungen zwischen den Verwaltungsbehörden und den für sie zuständigen Archiven. Ziel solcher Vereinbarungen ist es, vorab festzulegen, ob bestimmte Aktengruppen komplett oder in festgelegter Auswahl übernommen oder als nicht archivwürdig einzustufen und daher von der Anbieterpflicht auszunehmen sind.

Zu diesem Zweck wurde von Frühjahr 2017 an im Bayerischen Hauptstaatsarchiv in Abstimmung mit der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns und in enger Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Staatsministerium der Justiz eine Archivierungsvereinbarung erarbeitet, die es künftig ermöglichen wird, Unterlagen zur Aus- und Fortbildung, zum Prüfungsrecht und zur internationalen Zusammenarbeit im Justizbereich nach festen Vorgaben auszusondern. Im Februar 2018 wurde die Vereinbarung offiziell von der Generaldirektorin der Staatlichen Archive, Dr. Margit Ksoll-Marcon, und der Leiterin des Landesjustizprüfungsamtes, Mi-

nisterialdirigentin Dr. Andrea Schmidt, unterzeichnet.

Die betroffene Abteilung G des Justizministeriums und das ebenfalls dort angesiedelte Landesjustizprüfungsamt sind keine getrennten Provenienzbildner: Die Aufgabenwahrnehmung überschneidet sich, personell sind beide eng verflochten und die Registraturen sind gemischt. Aus diesem Grund wurde eine gemeinsame Archivierungsvereinbarung für beide Instanzen erarbeitet. Die dort erwachsene Überlieferung betrifft insbesondere die Aus- und Fortbildung des mittleren, gehobenen und höheren Justizdienstes, die rechtliche Regelung und die Durchführung des Prüfungswesens mit den juristischen Staatsexamen und den Abgleich mit den Ausbildungs- und Prüfungsgesetzen der anderen Bundesländer. Ein weiterer wichtiger Bereich widmet sich der internationalen Zusammenarbeit unter anderem mit ausländischen und zwischenstaatlichen Institutionen und den mittel- und osteuropäischen Ländern.

Die Vereinbarung bezeichnet nun dezidiert einige Aktenzeichen bzw. Aktengruppen, die bei künftigen Verfahren nicht mehr angeboten werden müssen. Hierunter fallen beispielsweise Sammelakten zu einzelnen Tagungen, Lehrgängen und Fortbildungen der Rechtspfleger, des gehobenen Justizdienstes und der Richter und Staatsanwälte, zu denen auch kompakte Generalakten existieren. Bereits bei früheren Aussonderungen war derartiges Material zu Einzelveranstaltungen nicht übernommen worden. Gleiches gilt für Unterlagen zu Statistiken, Ausbildungsordnungen und Berichten anderer Bundesländer, deren Überlieferung durch das Bundesarchiv und die entsprechenden Landesarchive gesichert ist. Einige Aktengruppen werden künftig nur noch in Auswahl übernommen. Dies trifft beispielsweise für Akten zur Prüferbestellung und zu den Mitgliedern der Prüfungsausschüsse zu, ferner für Akten über Klagen gegen die Bewertung des Ersten und Zweiten Staatsexamens. In diesen Fällen werden nur jeder 20. Einzelakt sowie zusätzlich Unterlagen zu prominenten und bedeutenden Persönlichkeiten archiviert.

Der Abschluss der Archivierungsvereinbarung ist bereits bei einer aktuellen Aussonderung von Unterlagen zur Juristenausbildungs- und Prüfungsordnung (JAPO) von Nutzen: Hier mussten Aktengruppen zu entsprechenden Regelungen in anderen Bundesländern nicht mehr angeboten werden.

Teresa Neumeyer

Neue Wege bei der Aussonderung von Justizakten

Auf den ersten Blick ist der Prozess der Bewertung und Aussonderung von Akten der Justizbehörden im Vergleich zu anderen Verwaltungszweigen systematisch, effizient und transparent. Die Grundlage bildet die *Aussonderungsbekanntmachung Justiz*, in der für jeden Behörden- und Gerichtstypus detailliert festgelegt ist, welche Unterlagen an welches Archiv abzugeben sind. U.a. führt die Aussonderungsbekanntmachung konkrete Registerzeichen und Rechtsgebiete auf, die für die jeweiligen Gerichte und Justizbehörden anbieterpflichtig sind. Daraus ergibt sich zunächst, dass die darüber hinaus gehenden Rechtsgebiete von den Justizbehörden nicht in das Anbieterverfahren einzubeziehen sind; es sei denn, es handelt sich z.B. um bestimmte Sonderfälle und Rechtsgebiete, die nach der jeweils letzten Fassung der Aussonderungsbekanntmachung hinzugekommen sind. Damit wäre zum einen ein effizienter und transparenter Bewertungsprozess zu gewährleisten. Denn die meisten Registerzeichen besitzen schon eine lange Tradition und über deren Archivwürdigkeit wurde bereits entschieden. Zum anderen könnte dies eine einheitliche Überlieferungsbildung bei gleichartigen Behörden innerhalb der staatlichen Archive ermöglichen. Soweit die Theorie.

In der Praxis zeigte sich im Staatsarchiv München ein anderes Bild. Die abgebenden Justizbehörden wenden die Aussonderungsbekanntmachung Justiz nicht einheitlich an. Während sich manche Gerichte und Behörden bei ihrer Anbietung konsequent an der Aussonderungsbekanntmachung orientieren, legen andere ihrer Anbieterpraxis die Fristenregelung *Verordnung über die Aufbewahrung von Schriftgut der Gerichte, Staatsanwaltschaften und Justizvollzugsbehörden (Aufbewahrungsverordnung)* zugrunde. Das heißt, jedes Schriftgut, für das die Aufbewahrungsfristen abgelaufen sind, wird dem Staatsarchiv München angeboten. Hinzu kommt, dass in diesen Fällen von archivischer Seite nicht immer konsequent auf eine Umsetzung der Aussonderungsbekanntmachung geachtet wurde und zum Teil situativ darüber hinausgehend an sich nicht anbieterpflichtige Unterlagen übernommen wurden. Die Folge ist eine unsystematische Überlieferungsbildung, die in erheblichem Maße von der Anbieterpraxis der Abgabebehörden abhängt.

Diesem unbefriedigenden Zustand versucht das Staatsarchiv München durch verschiedene Maßnahmen Abhilfe zu schaffen:

1. Nachdem die in der Aussonderungsbekanntmachung Justiz aufgeführten Registerzeichen und Rechtsgebiete bereits in der Vergangenheit regelmäßig bewertet wurden, hat das Staatsarchiv München für die Staatsanwaltschaften, Amts- und Landgerichte eine Art Aussonderungshilfe erarbeitet. Es wurden dafür alle in der Aussonderungsbekanntmachung nach anderer Systematik aufgeführten Vorgaben über die Anbiutungspflicht von Akten aussonderungskonform zusammengestellt. Außerdem sind alle anzubietenden Registerzeichen mit den archivischen Bewertungen und Vorgaben für eine eventuelle Auswahlarchivierung versehen worden. Auch der „Archivsachevermerk“ wird erläutert. Denn die Praxis hat gezeigt, dass beispielsweise eine große Unsicherheit darüber besteht, wer diesen zu setzen hat bzw. auf welchen Verfahren er anzubringen ist. Ein Vorgehen nach dieser Aussonderungshilfe hat den Vorteil, dass die oft als unübersichtlich verstandene Aussonderungsbekanntmachung auf die für den jeweiligen Behörden- und Gerichtstypus relevanten Regelungen übersichtlich zusammengefasst ist und als Arbeitsgrundlage bewusster wahrgenommen wird. Außerdem herrscht bei den Abgabebehörden somit Klarheit, welche Akten in welchem Umfang und nach welchen Kriterien dem Archiv angeboten und mit einem Archivsachevermerk gekennzeichnet werden müssen. Auch dem für das Staatsarchiv bestehenden Problem der Restakten kann damit in Zukunft entgegengewirkt werden. Die Justizbehörden dünne nämlich aufgrund der Aufbewahrungsverordnung ihren Aktenbestand in regelmäßigen Rhythmen aus, so dass am Ende ein Akt nur noch aus wenigen Schriftstücken besteht (Teilausscheidung), der als sogenannter Restakt dem Staatsarchiv München angeboten wird. Mit der in der Aussonderungshilfe vorgenommenen Bestimmung der archivwürdigen Akten wird auch festgelegt, welche Akten nicht teilausgeschieden werden dürfen und nach Ablauf der längsten Aufbewahrungsfrist dem Staatsarchiv vollumfänglich zu übergeben sind.

2. Nachdem die Wirksamkeit von schriftlichen Merkblättern nicht immer ausreicht, führt das Staatsarchiv München in seinen Abgabebehörden, v.a. den Amtsgerichten, aber auch den Landgerichten und Staatsanwaltschaften interne Schulungen durch. Hierbei wird vor allem auf die rechtlichen Grundlagen und die Notwendigkeit der Aktenaus-

sonderung, die Aussonderungsrhythmen, die anbiutungspflichtigen Unterlagen und ihre Bewertung, den Archivsachevermerk, Teilausscheidung und Restakten eingegangen, und darüber hinaus die konkrete und praktische Abwicklung der Aktenanbiutung und -übergabe schrittweise erläutert.

Insgesamt werden diese Angebote gerne als Hilfestellung angenommen, insbesondere wenn Justizarchivpfleger neu ernannt oder noch nicht lange mit dieser Tätigkeit betraut sind. Das Interesse daran ist bisher erfreulich. Viele Amtsgerichte forderten die Aussonderungshilfe des Staatsarchivs München an. Außerdem führt es nicht nur selbst Schulungen vor Ort durch, sondern das Material des Staatsarchivs wird auch von den Abgabebehörden verwendet, um intern einen größeren Beschäftigtenkreis im Sinne einer systematischen und effizienten Aussonderung fortzubilden.

Ulrike Claudia Hofmann

Neufassung der Aufbewahrungs- und Aussonderungsbestimmungen für die Finanzämter erschienen

Die Aktenaussonderung bei den Finanzämtern wird traditionell durch die „Bestimmungen zur Aufbewahrung und Aussonderung von Unterlagen bei den Finanzämtern“ im Detail geregelt. Eine Neufassung dieser Bestimmungen ist nicht zuletzt durch die zahlreichen Änderungen im Bereich der Aufbewahrungsfristen erforderlich geworden. Die Staatlichen Archive Bayerns nahmen diese Gelegenheit zum Anlass, auch die Aussonderungsbestimmungen im engeren Sinne unter Berücksichtigung der in den letzten Jahren gewonnenen neuen Erkenntnisse moderat weiterzuentwickeln.

So wird auf die Anbiutung von Unterlagen aus dem Bereich des Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesens (Obergruppe H des Aktenplans für die Finanzverwaltung) künftig verzichtet. Bei den Körperschaftssteuerämtern werden künftig die 50 (bisher: 20) umsatzsteuerkräftigsten Betriebe angeboten. Dafür entfällt die Anbiutung aller Aktiengesellschaften, deren Zahl sich stark vermehrt hat. Auch erlaubt diese Rechtsform heute vielfach keinen sicheren Rückschluss auf eine herausgehobene Bedeutung des jeweiligen Betriebs mehr. Anstelle der Sammlungen der Betriebsprüfungsberichte, die nur bei ganz wenigen Staatsarchiven

übernommen werden konnten, sollen künftig 20 bis 30 Handakten besonders bedeutsamer Betriebsprüfungsfälle angeboten werden. Neu aufgenommen wurden in die Liste der anzubietenden Unterlagen die Lohnsteuerarbeitgeberakten der A1-Betriebe. Diese Akten dokumentieren die Lohnsteueranmeldungen und Lohnsteuervorauszahlungen der größten Arbeitgeber in Bayern mit jeweils mehr als 500 Arbeitnehmern.

Eine wesentliche Neuerung ist auch das von Grund auf überarbeitete Aussonderungsverzeichnis (Anlage 2), das stärker auf die Bedürfnisse der Archive zugeschnitten wurde, indem es zusätzliche Metadaten umfasst (so insbesondere den Grund der Anbiertung) und grundsätzlich auf eine bandweise Anbiertung der Steuerakten abstellt, was einer automatisierten Weiterverarbeitung zugutekommen soll. Neu ist auch die Bestimmung, dass die Finanzämter sicherstellen müssen, dass dem zuständigen Staatsarchiv vollständige Steuerakten übergeben werden. Letzteres ist deshalb von fundamentalem Gewicht, weil in Zeiten der Digitalisierung die Papierakten nicht mehr vollständig geführt werden.

Insbesondere die Steuerbescheide wurden bereits seit dem Rechentermin 1. Januar 2001 nicht mehr ausgedruckt und zu den Akten genommen, sondern nur noch elektronisch vorgehalten. Dies bedeutet sowohl für die Finanzämter als auch für die Staatsarchive eine große Herausforderung, muss doch unter allen Umständen sichergestellt werden, dass die ins Archiv übernommenen Steuerakten vollständig und damit authentisch sind.

Bernhard Grau

Fortbildung „Aktenaussonderung bei den unterfränkischen Finanzämtern“ beim Staatsarchiv Würzburg

Zur Verbesserung der Kontakte zu den unterfränkischen Finanzämtern und um aktuelle Fragen, insbesondere zu den in Überarbeitung befindlichen Aussonderungsbestimmungen zu klären, veran-



1. Reihe von links: Dr. Michael Unger (Staatsarchiv München, jetzt Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns), Dr. Klaus Rupprecht und Verena Ott M.A. (beide Staatsarchiv Würzburg) (Foto: Ursula Schedl, Staatsarchiv Würzburg).

staltete das Staatsarchiv Würzburg am 21. November 2017 eine ganztägige Schulung. Sieben der neun unterfränkischen Finanzämter waren beim Austausch mit Archivaren und Kollegen der anderen Finanzämter vertreten.

Nach der allgemeinen Begrüßungs- und Vorstellungsrunde und Berichten zum Sachstand der Aussonderung seitens der Finanzämter ging der Amtsleiter des Staatsarchivs, Archivdirektor Dr. Klaus Rupprecht, auf die rechtlichen Grundlagen für die Aktenaussonderung in den Finanzämtern ein. Neben dem Bayerischen Archivgesetz und der Aussonderungsbekanntmachung sind dies vor allem die Bestimmungen zur Aufbewahrung und Aussonderung von Unterlagen bei den Finanzämtern (Aufbew-Best-FÄ), deren Neufassung kurz nach der Fortbildung zum 6. Dezember 2017 in Kraft trat.

Archivinspektorin Verena Ott M.A. führte im Anschluss den Ablauf einer Aussonderung von Akten bis zur Archivierung vor. Wichtige Punkte waren in diesem Zusammenhang die Entfernung von Metallteilen und der Ausdruck elektronischer Steuerbescheide. Letzteres bereitet den Finanzämtern bei der Aussonderung zusätzlichen Aufwand und wurde entsprechend diskutiert.

Nach der Mittagspause ging Archivdirektor Dr. Michael Unger (Staatsarchiv München) auf die elektronische Steuerakte und deren Archivierung ein und gab einen Ausblick in die Zukunft. Die derzeit noch hybride Aktenführung soll sich auf Dauer zu einer vollständig elektronischen Steuerakte wandeln, hierzu laufen mehrere Projekte, die Entwicklung einer Aussonderungsschnittstelle ist in Planung. Auch zeigte Dr. Unger die Probleme digitaler Archivierung auf und berichtete schließlich über die erwarteten Änderungen an den Aufbewahrungsbestimmungen für die Finanzämter.

Den Abschluss bildete eine Frage- und Diskussionsrunde mit der Gelegenheit, zur Fortbildung und den daraus abzuleitenden Maßnahmen beim jeweiligen Finanzamt Stellung zu nehmen. Archivoberrat Jens Martin M.A. bot danach noch eine Führung durch die Räume des Staatsarchivs an.

Verena Ott

Schwäbische Registratoren treffen sich im „Wittelsbacher Land“

Die bewährte Tradition der vergangenen Jahre fortführend trafen sich auch in diesem Herbst die Registratorinnen und Registratoren der zehn schwäbischen Landratsämter unter der Leitung von Archivoberrat Rainer Jedlitschka M.A. (Staatsarchiv Augsburg) zum Erfahrungsaustausch „vor Ort“. Das Landratsamt Aichach-Friedberg hatte für den 10. Oktober 2017 eingeladen, stellte einen modern ausgestatteten Tagungsraum zur Verfügung und sorgte großzügig für Verköstigung und Getränke.

In Vertretung des Landrats Dr. Klaus Metzger begrüßte der Leiter des Hauptamtes Bernd Burkhart die Gäste und nahm auch an der Vormittagssitzung teil. Der Tagungsleiter ging einleitend auf das Thema digitaler Unterlagen und ihrer Archivierung ein. Er betonte, dass bei den staatlichen Archiven inzwischen die dafür notwendigen technischen und personellen Voraussetzungen geschaffen worden seien. Erste digitale Unterlagen verschiedener Behörden seien bereits übernommen worden. Der Grundstein für das Digitale Archiv sei damit gelegt. Zur Vermeidung von Überlieferungslücken soll die Aussonderung in diesem Bereich intensiviert werden. So müsse man zunächst einen Überblick über die im Einsatz befindlichen elektronischen Fachverfahren gewinnen. Hier ist das Staatsarchiv auf die enge Zusammenarbeit mit den Landratsämtern angewiesen. Es wurde betont, dass die Grundsätze der Kontinuität, Transparenz und Nachvollziehbarkeit des staatlichen Verwaltungshandelns auch im Zeitalter digitaler Medien weiterhin Gültigkeit besitzen. Der Einführung von Dokumentenmanagementsystemen schenkte die anschließende Berichtsrunde entsprechende Aufmerksamkeit. In den Ämtern kommen hierbei allerdings unterschiedliche Produkte zum Einsatz. Neben der schon länger im Landratsamt Günzburg in Verwendung befindlichen Software *d.3* der Firma *d.velop* AG (Gescher) ist hier besonders die Software *komXwork* der Firma *Livingdata* (München) zu nennen, die in den Landratsämtern in Aichach, Augsburg, Donauwörth, Marktobendorf und Mindelheim eingeführt wurde bzw. wird. Von Seiten des Staatsarchivs wurde nochmals betont, dass bei einer solchen Maßnahme die Registratur des jeweiligen Hauses in jedem Fall miteinbezogen werden müsse und wie groß hierbei die Bedeutung eines durch den Registrator gepflegten Aktenplans sei. Die Raumnot in einigen Häusern führt zu Auslage-



Die Tagungsteilnehmer vor dem Landratsamt in Aichach (Foto: Sebastian Köberlein, Landratsamt Aichach-Friedberg).

rungen von Unterlagen, was wiederum zusätzlichen Aufwand für die Arbeit des Registraturpersonals (z.B. Kurierdienst für Aktentransport zwischen den Standorten) bedeutet. Die Aktenführung scheint bei manchen Sachbearbeitern noch optimierbar (chronologische Ablage, saubere Heftung, Beachtung des Aktenplans). Es gibt aber auch sehr positive Beispiele. Der Einheitsaktenplan wird in fast allen Landratsämtern angewendet. Von den Teilnehmenden wurde allgemein begrüßt, dass für die Archivierung von Baugenehmigungsakten nun Klarheit herrsche. Der Tagungsleiter erläuterte die entsprechende Bekanntmachung zur Aufbewahrung und Archivierung von Baugenehmigungsakten vom 13. Juli 2017. Es wurde allerdings auch deutlich, dass die Landratsämter noch nicht entschieden haben, was mit den kassablen Baugenehmigungsakten geschehen solle. Neben einer Vernichtung wird deren Abgabe an die Eigentümer der Gebäude erwogen.

Nach einem gemeinsamen Mittagessen besichtigten die Registratorinnen und Registratoren die nach Hauptgruppen farblich sehr übersichtlich sortierte, sauber geführte und in einem trockenen Tiefparterre-Raum untergebrachte Zentralregistratur des Landratsamtes in Aichach. Es fand reger Austausch unter den Kollegen statt. Wie in den vergangenen Jahren wurde wiederum eine informative Veranstaltung geboten. Durch dieses Format lässt sich der im Bayerischen Archivgesetz verankerte Beratungsauftrag des Staatsarchivs äußerst effizient erfüllen. Mit den hier gewonnenen Informationen lassen sich Besuche vor Ort in den Landratsämtern gezielt planen, wenn es z.B. darum geht, die für das Digitale Archiv relevanten Fachanwendungen zu ermitteln und sich deren Funktionalitäten erläutern zu lassen.

Rainer Jedlitschka

Bestände

Bayerisches Hauptstaatsarchiv

Kloster Formbach Amtsbücher und Akten neu erschlossen

Als 1803 ein Abgesandter der bayerischen Klosteradministration im Kloster Formbach (oft auch Vornbach geschrieben) erschien, wurde der seit über 750 Jahren bestehende Benediktinerkonvent aufgehoben. Die Gebäude wurden an Privatleute verkauft und die umfangreichen ehemaligen Klosterbesitzungen in Österreich fielen an den österreichischen Staat.

Die Säkularisation führte auch zur Zersplitterung und zu Verlusten der schriftlichen Überlieferung des Klosters. Unter der Regie des Geheimen Landesarchivars Franz Joseph Samet gelangten die als besonders wertvoll eingestuft „Literalien“ aus der Klosterregistratur in das Geheime Landesarchiv, Vorläufer des Allgemeinen Reichsarchivs und des Bayerischen Hauptstaatsarchivs, und wurden dort als „KL Formbach“ aufgestellt. Die Akten des Klosters Formbach, die die umfangreichen Besitzungen auf österreichischem Boden dokumentierten, gingen an die Altbayerische Provinzial- oder Retardatenregistratur, die 1814 als Archivkonservatorium im Alten Hof zu München in die königlich-bayerische Archivverwaltung eingegliedert wurde. Aus dem Archiv im Alten Hof ging später das Staatsarchiv München hervor. Die „Rechnungsgegenstände“ der ober- und niederbayerischen Klöster hingegen wurden auf die Burg Trausnitz in Landshut gebracht, die lange Zeit die Funktion eines altbayerischen Rechnungsarchivs erfüllte. Große Komplexe der Klosterregistratur gingen auch an die staatlichen Behörden, die mit der Abwicklung der Klöster beauftragt waren. Vieles davon gelangte über Behördenabgaben im Laufe des 19. Jahrhunderts an das Staatsarchiv Landshut. Durch den Brand auf der Burg Trausnitz 1961 wurden jedoch große Teile der in Landshut verwahrten Formbacher Klosterregistratur beschädigt oder vernichtet.

Im Zuge der Beständebereinigung wurden 1978 die zersplitterten Klosterbestände im Bayerischen Hauptstaatsarchiv konzentriert. Ende 2015 konnte im Rahmen des Vorbereitungskurses für die Vierte Qualifikationsebene der Fachlaufbahn Bildung und



Illustration der Totenrotel des Formbacher Abtes Angelus Rumpler, 1513 (Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Kloster Formbach Amtsbücher und Akten 13).

Wissenschaft, fachlicher Schwerpunkt Archivwesen, der provenienzreine Bestand „Kloster Formbach Amtsbücher und Akten“ rekonstruiert und erschlossen werden. Die Verzeichnung des Bestandes fand schließlich 2017 ihren Abschluss.

Die Überlieferung der Formbacher Amtsbücher setzt im 12. Jahrhundert ein. Der ältesten Schicht gehören die Traditionsbücher, Urbare und Kopialbücher an. Ab dem 17. Jahrhundert sind Amtsbuchtypen überliefert, die die zunehmende Ausdifferenzierung der klösterlichen Verwaltung widerspiegeln, wie Gült-, Stifts- und Zehntregister oder Rechnungen. Ungewöhnlich ist, dass dank der Interessen des gelehrten Abtes Angelus Rumpler (um 1460–1513) sich unter den Amtsbüchern

auch Sammelhandschriften mit den Ergebnissen von dessen historischen, literarischen und theologischen Arbeiten befinden.

Die Überlieferung der Formbacher Akten umfasst den Zeitraum vom beginnenden 16. Jahrhundert bis nach der Aufhebung des Klosters 1806, wobei der Schwerpunkt im 18. Jahrhundert liegt. In noch stärkerem Maß als die Amtsbücher dokumentieren die Akten die Verwaltung der umfangreichen, heute auf österreichischem Boden liegenden Besitzungen des Klosters. Akten über die inneren Verhältnisse der klösterlichen Gemeinschaft selbst sind hingegen im Bestand nicht enthalten.

Daniela Palzer

Archivalien des Klosters Reisach erworben und erschlossen

Das 1731 unter dem Namen Urfahrn gegründete Karmelitenkloster Reisach blickt auf eine wechselvolle Geschichte zurück. Ursprünglich als Einsiedelei geplant, ließ die ausgedehnte seelsorgerische Tätigkeit der Ordensbrüder schon bald die Errichtung eines Klosters mit großem Gotteshaus ratsam erscheinen. Mit bis zu 12.000 gespendeten Kommunionen pro Jahr erfreuten sich die Karmeliten rasch einer außerordentlichen Beliebtheit bei der Bevölkerung des bayerischen Inntals. Daraus erwuchsen jedoch auch Auseinandersetzungen mit den umliegenden Pfarreien, deren Inhaber um ihren Stellenwert und ihre Einnahmen fürchteten. Aufgrund von Interventionen der Pfarrer beim Freisinger Ordinariat und unter dem Druck der Verbote der Säkularisation mussten die Ordensgeistlichen zunehmend Einschränkungen bei der Abhaltung von Gottesdiensten, beim Beicht hören und bei Kranken- und Armenbesuchen hinnehmen. Am 21. Dezember 1802 verkündete ein Dekret der Kurfürstlichen Spezialkommission in Klostersachen die formelle Aufhebung des Klosters bei weiterer Nutzung als „Aussterbekloster“ für die Karmeliten aus der Region. Faktisch blieb damit ein Konvent vor Ort erhalten. 1835 errichtete König Ludwig I. ein Franziskanerhospiz in Urfahrn, das den Namen Reisach erhielt, aber noch im selben Jahr in ein Karmelitenvikariat umgewandelt wurde. Der Name Reisach blieb dem Kloster bis heute.

Im Zuge der Säkularisation waren, wie häufig bei Bettelordensklöstern, vom Staat nur wenige Unterlagen aus Archiv und Registratur des Klosters übernommen worden. Der Rest war vor Ort geblieben und wurde 1835, quasi als Inventar des unter Vorbehalt des Staatseigentums dem Orden zur Nutzung übergebenen Gebäudes, den Karmeliten wieder überlassen. Presseberichte einerseits über sensationelle Funde von Handschriften im aufgelösten Kloster Altomünster, andererseits über Ideen zu Umwidmungen von Teilen des nur mehr von wenigen Ordensleuten bewohnten Klostergebäudes in Reisach führten zu Nachforschungen nach dem Verbleib der Archivalien, die 1835 dem Orden überlassen worden waren. Dabei stellte sich heraus, dass diese sich nicht mehr vor Ort, sondern im Archiv der Deutschen Provinz des Theresianischen Karmels in München befanden. Dank des Verständnisses des Paters Provinzial war es möglich, das dort befindliche staatseigene Archivgut von den nach 1802 bzw. 1835 erwachsenen Unterlagen aus Reisach, die Eigentum des Ordens sind, zu separieren und ins Bayerische Hauptstaatsarchiv zu übernehmen.

Im Bayerischen Hauptstaatsarchiv wurden sodann die neu erworbenen Archivalien mit den bereits vorhandenen Archivalien Urfahrner Provenienz aus den Beständen Kloster Urfahrn Urkunden, KL Urfahrn und KL Faszikel vereinigt und zu den provenienzreinen Teilbeständen Kloster Reisach Urkunden und Kloster Reisach Amtsbücher und Akten formiert. Der Großteil der Akten betrifft die Wirtschaftsführung, Finanzverwaltung und die diversen Rechtsstreitigkeiten des Klosters. Zu den überaus spannenden Vorgängen der Klostergründung und des Klosterbaus, zum geistlichen Leben der Klostergemeinschaft, den Auswirkungen der Kriege in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts sowie den Folgen von Französischer Revolution und Säkularisation ist wenig überliefert. Bemerkenswerte Einzelstücke sind jedoch die prachtvolle Stiftungsurkunde des Stifterehepaars Johann Georg und Maria Klara von Messerer mit herzförmigem Siegel (Abb. s. Umschlag Rückseite) sowie der umfangreiche Bücherkatalog der Klosterbibliothek.

Daniela Palzer, Gerhard Immler

Tonaufnahmen aus dem Bayerischen Senat zugänglich

Seit Anfang 2017 werden die durch das Bayerische Hauptstaatsarchiv übernommenen Film- und Tonaufzeichnungen des Bayerischen Senats erschlossen. Nach dem Schriftgut und dem Bildarchiv (s. Nachrichten Nr. 71/2016, S. 31 ff.) wird damit also der letzte Teil der Überlieferung des bis 1999 bestehenden Bayerischen Senats verzeichnet. Dabei waren zunächst 272 Tonbänder mit unterschiedlichen Spurlagen und Wiedergabegeschwindigkeiten zu überprüfen und zu einem großen Teil auch abzuhören, wofür ein im Bayerischen Hauptstaatsarchiv vorhandenes und zu diesem Zweck technisch instand gesetztes Uher-Bandgerät für Tonbandspulen bis zu 13 cm Durchmesser verwendet wurde. Bei anderen Formaten, insbesondere den auf freitragenden Wickeln liegenden Rundfunkbändern, musste auf externe technische Unterstützung zurückgegriffen werden, die dankenswerterweise das Stadtarchiv München leistete.



Inhaltlich sind die Bandaufnahmen sämtlicher Vollsitzungen des Senats aus den Jahren 1965 bis 1977 hervorzuheben. Diese Überlieferung ist insoweit von besonderem dokumentarischem Wert, als hierzu speziell aufbereitete Exemplare der gedruckten stenographischen Senatssitzungsberichte vorliegen, mit exakten Markierungen und Notizen, auf welchem Tonband die entsprechende Textpassage der Plenarsitzung enthalten ist. Aufgrund der nicht nur für ihr Alter hervorragenden Qualität der Tonaufnahmen lässt sich bei Nutzung der Bänder in Kombination mit den Sitzungsberichten die damals gepflegte Diktion und Debattenkultur einschließlich von Sprech- und Überlegungspausen

eindrucksvoll nacherleben. Nachdem auch ein Sprechverzeichnis geführt wurde, aus dem die Debattenbeiträge aller Senatsmitglieder mit Angabe der jeweils zutreffenden Bandstelle und der Länge des Beitrags zu ersehen sind, könnte man die Tonaufnahmen auch für biographische Recherchen zu den einzelnen Senatsmitgliedern verwenden.

In den Jahren ab 1977 wurden nur noch vereinzelt Sitzungen aufgezeichnet. Hinzu kamen jedoch einzelne Ausschusssitzungen. Neben den Sitzungsmitschnitten liegen auf Band Interviews mit Senatoren und Rundfunkberichte über aktuelle Themen vor, die im Senat behandelt wurden oder den Senat betrafen.

Um eine komfortable Benützung der Tonaufzeichnungen zu ermöglichen, ist deren Digitalisierung geplant. Nur mit einem Digitalisat kann eine technisch einwandfreie und zugleich konservatorisch unproblematische Vorlage gewährleistet werden. Bis dahin ist eine Benützung der Tonaufzeichnungen nur mit starken Einschränkungen möglich.

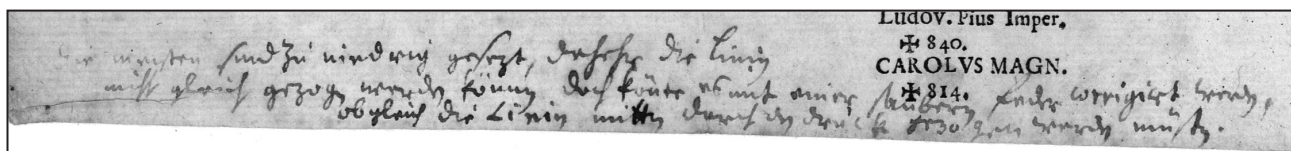
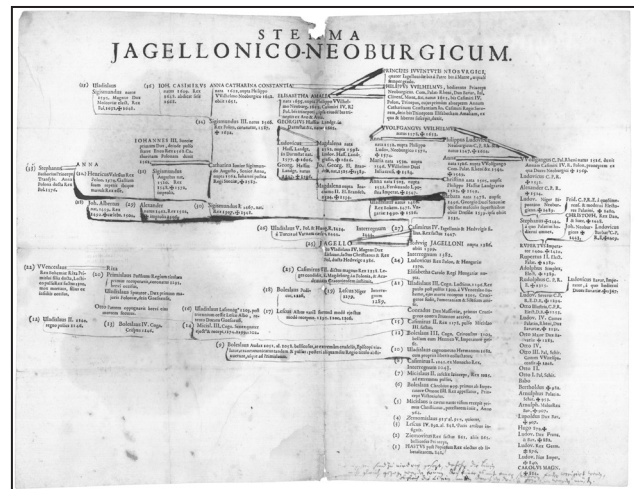
Auf dem vorhandenen Tonbandgerät können nur Bänder mit einer Spulengröße unter 13 cm Durchmesser abgespielt werden. Um Schäden an den Bändern auszuschließen und jeweils genau die benötigten Bandstellen ansteuern zu können, ist beim Abhören die Anwesenheit von eigens geschultem Archivpersonal erforderlich.

Mit Interesse ist insbesondere Forschungen entgegenzusehen, die beispielsweise den atmosphärischen Verlauf von Debatten und Sitzungen des Bayerischen Senats, wie er auf den Tonaufzeichnungen dokumentiert ist, methodisch berücksichtigen und sie nicht nur als gesprochenen Text oder illustratives Beiwerk heranziehen. Freilich ist der Zeitbedarf für die Auswertung solcher Quellen deutlich höher anzusetzen als bei herkömmlichem Aktenmaterial, da oft erst das Abhören längerer Passagen genaue Aufschlüsse bringt.

Thomas Schubert

Unbekannte Leibniz-Handschrift entdeckt

Prof. Dr. Gábor Gángó, Fellow am Max-Weber-Kolleg der Universität Erfurt, ist in Abteilung III Geheimes Hausarchiv des Bayerischen Hauptstaatsarchivs auf die bislang unbekannte Handschrift eines der bedeutendsten deutschen Philosophen und Universalgelehrten des 17. Jahrhunderts, Gottfried Wilhelm Leibniz, gestoßen. Die Entdeckung ist für die Leibniz-Forschung von Bedeutung, denn mit Blick auf den jungen Leibniz kann die Handschrift zeigen, dass seine Entwicklung bis zum Durch-



Handschriftlicher Vermerk von Gottfried Wilhelm Leibniz auf einer genealogischen Tabelle (Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Abt. III GHA, Korrespondenzakten 144-3, Ausschnitt).

bruch der reifen Gedankenwelt thematisch reicher, vielfältiger und methodologisch komplexer war, als bisher angenommen. Insbesondere die Entstehungsgeschichte von Leibniz' Traktat „Specimen Polonorum“ ist nun laut Prof. Gángó viel besser verständlich.

Bei der nun entdeckten Handschrift handelt es sich um die Druckfahne einer lateinischsprachigen genealogischen Tabelle mit dem Titel „Stemma Jagellonico-Neoburgicum“, die zum Archival „Korrespondenzakten 144“ des Geheimes Hausarchivs gehört. Sie wurde gegen Ende 1668 angefertigt, um die enge Verwandtschaft des Herzogs Philipp Wilhelm von Pfalz-Neuburg mit der Herrscherdynastie der Jagiellonen zu beweisen und damit dessen Chancen bei der polnischen Königswahl zu verbessern. Auf diese Druckfahne hat der 22-jährige Leibniz eigenhändig Instruktionen an die Druckerei gesetzt: „Die meisten sind zu niedrig gesetzt, dahehr die Linien nicht gleich gezogen werden können[.] Doch könnte es mit einer saubern Feder corrigirt werden, obgleich die Linien mitten durch den Druck gezogen werden müsten.“

Dazu Gábor Gángó: „Seit dem Zweiten Weltkrieg gehört es zu den Raritäten, einen so langen, zusammenhängenden Text von Leibniz zu Tage zu fördern. Schon aus wenigen Buchstaben bestehende Randbemerkungen von Leibniz in Büchern oder auf Handschriften von anderen werden von

den Leibniz-Forschern dermaßen in Ehren gehalten, dass man nicht selten lange Fremdtex te in der Akademie-Ausgabe der Werke von Leibniz ediert, nur um diese Marginalien veröffentlichen zu können. Aber natürlich können auch diese Marginalien höchst wichtig und interessant sein.“

Aber die Bedeutung von Gángós Entdeckung geht weit darüber hinaus: Es ist nicht nur die einer Leibniz-Handschrift, sondern womöglich eines Werkes von Leibniz. Denn die Notizen auf der Druckfahne liefern einen starken Beweis für die Autorschaft von Leibniz beim „Stemma Jagellonico-Neoburgicum“. Er hat anlässlich der polnischen Königswahl von 1669 die berühmte Werbeschrift „Specimen Polonorum“ geschrieben. Dies ist ein Schlüsseltext seiner Jugend – nicht nur als sein erstes längeres politisches Traktat, sondern auch als Zeuge seines philosophischen und ethischen Werdegangs in den Mainzer Jahren 1668 bis 1672. „Nun scheint es unumgänglich zu sein, sich ernsthaft mit anderen Texten des polnischen Wahlkampfes zu beschäftigen, deren Verfasser bzw. Mitverfasser Leibniz war und die trotzdem in die Leibniz-Gesamtausgabe nicht aufgenommen wurden. Diese kleine handschriftliche Notiz kann deshalb zur bedeutenden Vermehrung des Leibniz'schen Werkes führen“, erklärt der Wissenschaftler.

Aber wie ist Gábor Gángó eigentlich auf die Handschrift gestoßen und warum blieb sie bislang im

Verborgenen? Gángó arbeitet gerade an einer einschlägigen Veröffentlichung zur polnischen Königswahl. Als Ideenhistoriker interessiert er sich dabei vor allem für den polemischen Kontext politischer Texte. Er will die Frage beantworten, mit welchen Intentionen, für wen, gegen wen Leibniz schrieb. Um den Kontext rekonstruieren zu können, wollte der Wissenschaftler das zeitgenössische publizistische Umfeld kennenlernen und forschte deshalb u.a. im Geheimen Hausarchiv des Bayerischen Hauptstaatsarchivs, wo er unter zahlreichen Dokumenten zur Thronkandidatur von Philipp Wilhelm von Pfalz-Neuburg die Druckfahne mit den Leibniz'schen Korrekturbemerkungen fand. Mit deren Entdeckung beginnt nun ein weiteres Stück Arbeit: Zwar hat das Team der Leibniz-Forschungsstelle Hannover die Handschrift in Fotoaufnahme bereits untersucht und sie einstimmig als Leibniz-Handschrift angenommen. Ihre Authentizität abschließend zu prüfen, wird jedoch eine kollektive Arbeit von weiteren Experten sein. Die Handschrift soll nun in den Arbeitskatalog der vier Leibniz-Editiionsstellen aufgenommen und so der breiteren Gemeinschaft der Leibniz-Forscher bekannt gemacht werden.

Gábor Gángó, Carmen Voigt

Überlieferung der Schützenbrigade 21 abschließend formiert

In Zusammenhang mit der umfassenden Restrukturierung der Reichswehr-Überlieferung im Kriegsarchiv (vgl. Nachrichten Nr. 72/2017, S. 47–49) offenbarte sich für einzelne, bereits verzeichnete Teilbestände Nacharbeitsbedarf. Dies betraf insbesondere die Überlieferung der Schützenbrigade 21, hervorgegangen aus dem 1919 gegründeten Freikorps Epp, die unter anderem zahlreiche Quellen zur Niederwerfung der Münchener Räterepublik enthält.

Die Unterlagen der Schützenbrigade und der ihr unmittelbar unterstellten Abteilungen und Einheiten (Zeitfreiwilligenbataillone bzw. -korps, Intendantur, Kassenverwaltung, Kommandant des Kasernviertels, Infanterieführer 21, Freiwilligensammelstelle, Ergänzungs- bzw. Ausbildungsbataillon, Depotbataillon, Wirtschaftskompanie, Gerätelager, Artillerieausbildungsabteilung 21) gelangten mit der übrigen Überlieferung der bayerischen Vorläufigen Reichswehr 1923/24 von den aufgelösten

Reichsarchiv-Zweigstellen München und Würzburg in das Bayerische Kriegsarchiv und wurde dort von Archivrat Dr. Erich Freiherr von Guttenberg und Regierungsinspektor Hans Schmidt 1925/26 und 1928 grob strukturiert und verzeichnet. Dabei wurde sowohl die ursprüngliche Registraturordnung als auch die Lagerung in Aktenbänden beibehalten. Die Überlieferung des Artilleriesführers 21 kam im Dezember 1937 im Zuge einer Abgabe von der Reichsarchiv-Zweigstelle Stuttgart noch hinzu. Vor allem wegen Versorgungsansprüchen ehemaliger Brigadeangehöriger wurde der Gesamtbestand sofort und rege benützt, teilweise fanden auch Abgaben an Behörden statt. Hierdurch sowie durch die Auslagerung der Bestände des Kriegsarchivs während des Zweiten Weltkrieges geriet die ohnehin von Anfang an als provisorisch angesehene Ordnung stellenweise durcheinander. Im Juni und Juli 1957 wurde ein erster Teil des Bestandes (Überlieferung der Schützenbrigade 21 im engeren Sinne, ohne die unterstellten Einheiten/Abteilungen) von Archivreferendar Dr. Walter Jaroschka neu verzeichnet. Die Überlieferung eines Teils der unterstellten Einheiten (Infanterieführer 21, Depotbataillon, Freiwilligensammelstelle, Wirtschaftskompanie mit Gerätelager, Artillerieausbildungsabteilung) wurde 1964/65 von Archivreferendar Dr. Karl-Heinz Mistele neu formiert und feiner verzeichnet, wobei auch Makulierungen vorgenommen wurden. Sowohl Jaroschka als auch Mistele behielten dabei das bis dahin übliche Lagerungssystem nach Aktenbänden bei. Erst in den 1980er Jahren waren bei dem von Jaroschka verzeichneten Teil die Bünde aufgelöst und die Akten einzeln verpackt und fortlaufend nummeriert worden. Schließlich wurde im Jahre 2010 der von Mistele bearbeitete Teil sowie die bis dahin noch unberührte Überlieferung von Intendantur, Kassenverwaltung und Artilleriesführer 21 von Markus Schmalzl M.A. aktenförmig neu verzeichnet.

Nachdem man bei allen Teilverzeichnungen die ursprüngliche Aufteilung in Einzelfonds beibehalten hatte, wurden diese im Sommer 2017 auf der Grundlage der Bestandsgliederung von 1925/28 zusammengeführt und mit fortlaufender Nummerierung versehen. Nach Jahrzehnten des Nebeneinanders von alten, neuen und vorläufigen Verzeichnungen einzelner Teilfonds bildet die Überlieferung der Schützenbrigade 21 (mit den unmittelbar unterstellten Einheiten/Abteilungen) nunmehr einen geschlossenen Bestand mit 1162 Archivalien, der am Fach 25,1 laufende Meter einnimmt. Die Verzeichnung wurde zum Online-Findmittel aufbereitet

und ist nun auf der Homepage der Staatlichen Archive Bayerns recherchierbar. Gerade mit Blick auf das zu erwartende Forschungsinteresse zur 100. Wiederkehr der Räterepublik in Bayern konnte damit die Benützung dieses wichtigen Quellenfundus wesentlich verbessert werden.

Johannes Moosdieler-Hitzler

Neuer Nachlass aus der Zeit des Ersten Weltkrieges im Kriegsarchiv

Fast hundert Jahre nach Auflösung der bayerischen Armee gelangen noch immer Nachlässe ehemaliger bayerischer Soldaten aus Familienbesitz in die Abteilung IV Kriegsarchiv des Bayerischen Hauptstaatsarchivs. Im vergangenen Sommer konnte der Nachlass des Sanitätskraftfahrers August Beck (1876–1945) übernommen werden.

August Beck wurde am 4. Dezember 1876 in Obermarchtal (Württemberg) als Sohn des fürstlich Thurn und Taxisschen Rentkammerdirektors Maurus Beck geboren und wuchs in einem akademisch geprägten Umfeld auf. Sein Großvater Johann Konrad Beck war Dekan und Pfarrer bei St. Leonhard in Nürnberg gewesen, seine Großmutter mütterlicherseits stammte aus der böhmischen Adelsfamilie Haasz von Grünenwaldt. Nach seiner Schulzeit in einem Stuttgarter Internat absolvierte August Beck eine Kaufmannslehre und übte anschließend in verschiedenen Handelsfirmen, unter anderem bei der Oberbayerischen Pflugfabrik in Landsberg, leitende Tätigkeiten aus. Als begeisterter Autofahrer stellte er sich bei Ausbruch des Krieges mit seinem PKW der Heeresverwaltung freiwillig zur Verfügung. Am 23. November 1914 rückte er als Angehöriger des Bayerischen Sanitätskraftfahrerkorps (Sanitätskraftwagenabteilung 6) an die Front in Nordfrankreich aus, wo er den Ersten Weltkrieg in seiner gesamten Dauer von der



Blick in die mit Krankenbetten belegte Kirche von Gavrelle (Dép. Pas-de-Calais) um 1915. Das Dorf diente unter anderem bayerischen Einheiten als Hauptverbandsplatz und wurde im weiteren Verlauf des Krieges vollständig zerstört (Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Abt. IV Kriegsarchiv, NL Beck 10).

schlimmsten Seite erlebte. Nach dem Krieg arbeitete Beck bei Vertriebsfirmen in Regensburg, München und Nürnberg, bis sein Arbeitsplatz 1931 der Weltwirtschaftskrise zum Opfer fiel. 1933 trat er in die SA und den „Stahlhelm – Bund der Frontsoldaten“ ein. 1935 machte er sich als Handelsvertreter selbständig. Während des Zweiten Weltkriegs übernahm er Verwaltungstätigkeiten im Reservelazarett V in Regensburg-Karthaus. August Beck, der Junggeselle blieb, starb unmittelbar vor Kriegsende am 18. April 1945 in Regensburg.

Becks Lebensweg vom stets kränkelnden Internatsschüler im wilhelminischen Stuttgart bis zum Luftschutzwart im Zweiten Weltkrieg spiegelt sich in seinem Nachlass wider. Den Schwerpunkt bilden Briefverkehr mit der Familie sowie Fotografien aus seiner Zeit als Kraftfahrer, die das Sanitätswesen im Ersten Weltkrieg anschaulich illustrieren. Zu 22 Archivalien formiert und verzeichnet, steht der Nachlass nun der Forschung zur Verfügung.

Johannes Moosdieler-Hitzler

Neue Findbücher zur Überlieferung von Vereinen und Verbänden

Bayerischer Hebammen Landesverband e.V. (BHLV)

Der Bestand „Bayerischer Hebammen Landesverband e.V.“ umfasst 61 Archivalien im Umfang von 1,20 laufenden Metern und hat die Kernlaufzeit 1914 bis 2004.

Der Bayerische Hebammen Landesverband e.V. (BHLV) ist ein Zusammenschluss von freiberuflichen und angestellten Hebammen. Gegründet wurde der BHLV 1898 in München als Hebammenverband Bayern. Seit 1948 wird er als BHLV weitergeführt. Der BHLV vertritt derzeit rund 2.850 Hebammen in Bayern. Sitz der Geschäftsstelle ist Regensburg. Dachverband des BHLV ist der Deutsche Hebammenverband e.V. mit Sitz in Karlsruhe. Er umfasst aktuell 18.500 organisierte Kolleginnen aus 16 Landesverbänden.

Satzungsmäßiges Ziel des BHLV ist es, die Interessen seiner Mitglieder zu wahren und zu vertreten sowie das Ansehen der Hebammen in der Öffentlichkeit zu stärken. Zudem sind die im Verband tätigen Kolleginnen kompetente Ansprech- und Verhandlungspartnerinnen für Politik, Krankenkassen und andere berufspolitische Einrichtungen und

Verbände. Der Vorstand wird von der Delegiertenversammlung für 4 Jahre gewählt, wobei eine einmalige Wiederwahl zulässig ist. Er besteht aus der 1. Vorsitzenden, der 2. Vorsitzenden, der Schatzmeisterin und der Schriftführerin. Zum erweiterten Vorstand zählen die Beauftragte für Stillen und Ernährung, die Beauftragte für Fortbildungen, Qualitätsmanagement und Qualitätszirkel, die Beauftragte für Gremienarbeit sowie die Beauftragte für die Internetseite des BHLV.

Auf der Grundlage eines Archivierungsvertrags aus dem Jahr 2011 erfolgte noch im selben Jahr die erste und bisher einzige Abgabe an das Bayerische Hauptstaatsarchiv. Der Bestand „BHLV“ hat den Charakter eines Depots, dessen Eigentümer weiterhin der Bayerische Hebammen Landesverband e.V. ist.

Im Zuge der Verzeichnungsarbeit wurden im Einvernehmen mit dem BHLV Fremdprovenienzen und Literatur herausgelöst. Empfänger der Fremdprovenienzen (Schriftgut von dem Landesverband übergeordneten bzw. nachgeordneten Hebammengliederungen) sind das Bundesarchiv sowie die Staatsarchive Amberg, Augsburg, Landshut, München und Nürnberg. Das Bibliotheksgut wurde teilweise von der Amtsbibliothek des Bayerischen Hauptstaatsarchivs, teilweise von der Bayerischen Staatsbibliothek übernommen.

Sandra Karmann, Heinz-Jürgen Weber

Deutsch-Hispanische Gesellschaft e.V.

Der Bestand „Deutsch-Hispanische Gesellschaft e.V.“ umfasst 18 Archivalien im Umfang von insgesamt 0,60 laufenden Metern und hat die Kernlaufzeit 1950 bis 2010.

Die Deutsch-Hispanische Gesellschaft e.V. ist die älteste Gesellschaft ihrer Art im deutschen Sprachraum. Gegründet 1916 in München während des Ersten Weltkrieges als „Deutsch-Spanische Vereinigung“, hat sie die Unruhen der Weimarer Republik sowie der NS-Zeit überstanden, bis 1945 mit Kriegsende ihre Vereinspersönlichkeit erlosch. 1950 wurde sie dank des großen Engagements ihres späteren Präsidenten, Prinz Adalbert von Bayern, wiedergegründet. Seit 1970 führt sie den Namen „Deutsch-Hispanische Gesellschaft“, um ihre Verbindung zu allen Ländern des spanischen und portugiesischen Sprachraumes zu betonen. Sie will die kulturellen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und menschlichen Beziehungen zwischen

Deutschland und der hispanischen Welt, d.h. dem spanischen und portugiesischen Sprachraum in Europa und Lateinamerika fördern und persönliche Begegnungen ermöglichen. Den Schwerpunkt ihrer Tätigkeit bilden etwa 15 Veranstaltungen pro Jahr, z.T. in Zusammenarbeit mit befreundeten Einrichtungen. Die Gesellschaft hat ca. 150 Mitglieder (Stand: 2017). Im Februar 2016 wurde der Festakt zur 100-Jahr-Feier unter der Schirmherrschaft von S.K.H. Herzog Franz von Bayern, u.a. mit dem Rückblick „100 Jahre Deutsch-Hispanische Gesellschaft“ vom damaligen Vizepräsidenten Dr. Karl Fleißner und dem Festvortrag von Prof. Dr. Ferdinand Kramer „Mehr als Carmen und Cervantes – Bayern und Spanien in der neueren Geschichte“ begangen.

Organe der Gesellschaft sind die Mitgliederversammlung und das Präsidium. Außerdem besteht ein Kuratorium. Die Ordentliche Mitgliederversammlung tritt einmal im Jahr zusammen. Das Präsidium besteht aus dem Präsidenten, einem Vizepräsidenten, dem geschäftsführenden Präsidialmitglied, das auch als Schriftführer fungiert, dem Schatzmeister und bis zu sechs weiteren Präsidialmitgliedern. Das Präsidium wird jeweils auf die Dauer von drei Jahren gewählt. Wiederwahl ist möglich.

Die Deutsch-Hispanische Gesellschaft e.V. entschied sich im Jahr 2017 dazu, ihr archivwürdiges Registraturgut unter Eigentumsvorbehalt dem Bayerischen Hauptstaatsarchiv zu übergeben. Im Dezember 2017, wenige Tage nach der Unterzeichnung des Archivierungsvertrags, erfolgte die erste Abgabe.

Der Bestand deckt die Vereinsgeschichte von 1950 bis 2010 lückenlos ab. Dokumentiert sind die Versammlungen der Mitglieder, des Präsidiums und des Kuratoriums. Daneben finden sich die Nachweise zu den vielfältigen kulturellen und gesellschaftlichen öffentlichen und internen Angeboten, zu denen sich die Deutsch-Hispanische Gesellschaft in ihrer Satzung verpflichtet hat. Gelegentlich findet sich ein Schriftstück in spanischer Sprache. Einen Höhepunkt stellt das Jubiläum anlässlich des 75jährigen Bestehens dar. Unterlagen der Gesellschaft für die Zeit vor 1945 sind nicht mehr vorhanden, sie sind offensichtlich während des Zweiten Weltkrieges verloren gegangen. Durch eine mehrjährige, vom Präsidenten Dr. Karl Fleißner in Zusammenarbeit mit den Präsidialmitgliedern Maria-Sophia Blaas und Dr. Horst Prahl in den Jahren 2012 bis 2016 in verschiedenen Bibliothe-

ken und Archiven in München und Berlin durchgeführte Materialsuche konnten sehr interessante Sekundärinformationen (Zeitungsberichte, Berichte anderer Organisationen, Kriegschroniken) gefunden werden, die grundlegende Aussagen über die Entwicklung der Gesellschaft vor 1945 zulassen. Die Ergebnisse dieser Nachforschungen wurden im Jahre 2016 zusammen mit den ab 1950 vorliegenden Originalunterlagen in einer Chronik der Gesellschaft „100 Jahre Deutsch-Hispanische Gesellschaft“ festgehalten.

Gesellschaft zur Auffindung von Bodenschätzen in Bayern GAB

Der Bestand „Gesellschaft zur Auffindung von Bodenschätzen in Bayern GAB“ umfasst 667 Archivalien im Umfang von 14 laufenden Metern und hat die Kernlaufzeit 1951 bis 1963.

Ausgangspunkt für die Gründung der GAB war der Beschluss des Bayerischen Landtags vom 21. Juni 1951, ein umfangreiches Bohrprogramm zur Erschließung von Wasserquellen und anderen Rohstoffquellen durchzuführen. Mit Gesellschaftsvertrag vom 15. November 1951 wurde daraufhin die Gesellschaft errichtet. Gegenstand des Unternehmens war nach dem Gesellschaftsvertrag „die wissenschaftliche, technische und finanzielle Förderung der Aufsuchung, Untersuchung und Nutzbarmachung von bergbaulichen Mineralien im Gebiete des Freistaates Bayern“ sowie ferner die gleiche Tätigkeit auf dem Gebiet der Wasserversorgung. Hauptaufgabe der GmbH war die Verwaltung und Weiterreichung der ihr zur Verfügung gestellten Mittel. An der nur mit geringem Eigenkapital ausgestatteten Gesellschaft war der bayerische Staat mit 52,5 Prozent beteiligt.

Die ununterbrochen in München ansässige GAB wurde durch verschiedene Gremien, den Verwaltungsrat, den Wissenschaftlichen Beirat und die Gesellschafterversammlung, kontrolliert und geleitet. Die Geschäftsführung wurde anfangs von einem technischen und von einem kaufmännischen Geschäftsführer ausgeübt. Hervorzuheben ist hierbei der während des gesamten Bestehens der GAB als technischer Geschäftsführer – zeitweise auch als alleiniger Geschäftsführer – wirkende Bergassessor Dr. Ing. Georg Gillitzer (Bergwerksdirektor der Maxhütte i.R., Bad Reichenhall).

Zum 31. Dezember 1961 wurde die GAB auf Beschluss der Gesellschafter aufgelöst. In der Nie-

derschrift über die 20. Sitzung des Verwaltungsrats der GAB am 27. Juni 1961 (siehe GAB 7) stellt der Vorsitzende in seiner Antwort auf eine Anfrage fest, dass die GAB ihren vorgesehenen Zweck erfüllt habe, „... grundlegende Neuvorhaben lägen nicht mehr vor. Die angeregte Änderung der Tätigkeit würde eine völlige Umgestaltung der Gesellschaft bedeuten, der entsprechende Beschlüsse des Landtages vorherzugehen hätten.“ Im Januar 1962 begann die Liquidation der GAB. In einem Schreiben der GAB an die Bergbau-Berufsgenossenschaft in München vom 12. August 1963 (GAB 35) wird mitgeteilt, „... dass die Löschung unserer Firma bis spätestens 30. September 1963 erfolgt sein wird.“ Somit endete das Engagement der GAB nach Ablauf von 13 Jahren.

Der Aktenniederschlag der GAB war in den Jahren 1962 bis 1964 und 1972 über die Hauptverwaltung der Bayerischen Berg-, Hütten- und Salzwerke AG in Peißenberg, über das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr und über die Bayerische Staatsschuldenverwaltung an das Bayerische Hauptstaatsarchiv abgegeben worden.

Den einzelnen Unterlagen sind in der Regel ein Formblatt und der Schlussbericht über das jeweilige Projekt „im Aufschließungsprogramm der GAB“ vorgeheftet. Das Formblatt enthält die Angaben zum Objektträger, zur Objektnummer, zum Datum des Schlussberichts bzw. der Schlussrechnung und zur Finanzierung. Im Schlussbericht wird die tatsächliche Durchführung des Projekts beschrieben (Arbeitsplan, Arbeitsdurchführung, Arbeitsergebnis und Beurteilungen). Darüber hinaus sind die einzelnen Akten – je nach Schriftgutanteil – zusätzlich mit Trennblättern aus dünnem Pergamentpapier inhaltlich strukturiert: Zahlungen – Schlussrechnung – Darlehensbewilligung – Antrag – Kostenabrechnungen – Kontrollberichte – Monatsberichte – Vertrag – Arbeitsplan – Pendelpläne – Bayerisches Oberbergamt / Bayerisches Geologisches Landesamt / Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr – GAB Kontrollberichte – Schriftverkehr – Arbeitsplan und Meldebogen – Allgemein. In manchen Akten befinden sich Karten und Pläne, gelegentlich Zeitungsausschnitte. Hervorzuheben sind die überlieferten Fotoalben und Fotoabzüge. Dieses Bildmaterial dokumentiert Persönlichkeiten der GAB (1955–1956) und Arbeiten rund um die Aufsuchung von Bodenschätzen (1952–1959). Die Rechnungsbelege, die monatlichen Leistungs- und die monatlichen Abrechnungsübersichten der Bohrfirmen wurden kassiert.

Die weitgehende Vollständigkeit der Überlieferung bietet der Forschung ein breites Feld. Neben Antworten auf die angewandten Techniken zur Untersuchung und Förderung von Bodenschätzen finden sich auch Antworten auf die geographische Lage von Ressourcen. Nicht zuletzt könnte das Quellenmaterial auch interessante Auskünfte über die Vergabe und die Abrechnung von Fördergeldern bereithalten.

Landesverband der Pfälzer in Bayern e.V.

Der Bestand „Landesverband der Pfälzer in Bayern e.V.“ umfasst 272 Archivalien im Umfang von 8,70 laufenden Metern und hat die Kernlaufzeit 1925 bis 2009.

Am Ende des Zweiten Weltkrieges wurde die bayerische Pfalz – nach einigen Monaten gemeinsamer französischer und amerikanischer Besatzung – der französischen Besatzungszone und in der Folge dem neu geschaffenen Bundesland Rheinland-Pfalz zugeteilt. Dies veranlasste die bayerische Regierung, 1948 den Ausschuss Bayern-Pfalz zu gründen, aus welchem 1949 der Landesverband der Pfälzer in Bayern hervorging.

Auch der Bayerische Landtag wollte die Interessen Bayerns an der Pfalz wahren und rief im Jahr 1950 einen Pfalz-Ausschuss ins Leben. Der Landtag führte sogenannte Pfalzfahrten – Informations- und Besichtigungsfahrten – durch, die schon im Hinblick auf das geplante Volksbegehren für „eine positive Stimmung“ in der Bevölkerung sorgen sollten. Diese Fahrten stießen bei der rheinland-pfälzischen Regierung auf wenig Gegenliebe, und so legte der dortige Ministerpräsident Peter Altmeier beim bayerischen Ministerpräsidenten Hans Ehard Beschwerde darüber ein.

1956 sollte das Volksbegehren stattfinden, in dem die Bevölkerung über die Zugehörigkeit zu Bayern oder zu dem neu geschaffenen Bundesland Rheinland-Pfalz abstimmen sollte. Es wurde massiv Werbung für die Rückkehr der Pfalz zu Bayern betrieben, unter anderem mit der Aktion „Bayern ruft die Pfalz“. Die Bevölkerung stimmte jedoch mit lediglich 7,6 Prozent für eine Rückkehr nach Bayern. Da die 10-Prozent-Hürde für einen Volksentscheid somit verfehlt worden war, waren alle langjährigen Bemühungen gescheitert. Die Pfalz blieb durch dieses Votum endgültig bei Rheinland-Pfalz.

Der Landesverband der Pfälzer, ursprünglich zu politischen Zwecken und für die Wiedereingliederung

der Pfalz gegründet, verlor diese Aufgaben. Es gab jedoch Gründe, den Verband weiter zu erhalten: Zum einen war 1950 durch den Landesverband in der Münchner Residenz die Pfälzer Weinprobierstube errichtet worden, die man beibehalten wollte. Zum anderen unterstützte der Landesverband als Dachverband andere Pfälzer Vereine (vor allem: Bund der Pfalzfreunde in Bayern, Weinbruderschaft der Pfalz / Großkomturei München), um auch das Zusammengehörigkeitsgefühl zu pflegen. Diesem Zweck sowie weiteren kulturellen Aufgaben wollte er sich weiterhin widmen. Somit blieb der Landesverband der Pfälzer in Bayern bestehen. Von ihm wird auch die Zeitschrift „Die Pfalz“ (bis 2001 „Stimme der Pfalz“) herausgegeben. Im Jahr 1974, zum 25-jährigen Bestehen des Landesverbandes, wurde aus Gewinnen der Pfälzer Residenz Weinstube schließlich die Bayern-Pfalz-Stiftung eingerichtet. Diese gemeinnützige Stiftung unterstützt finanziell junge Pfälzerinnen und Pfälzer bei ihrer Ausbildung in Bayern, außerdem auch kulturelle Projekte und Forschungsvorhaben zum Thema Bayern und Pfalz.

Die Überlieferung setzt sich aus Abgaben der Jahre 2003, 2013, 2014 und 2017 zusammen. 2003 waren erstmalig Akten des Landesverbandes der Pfälzer an das Bayerische Hauptstaatsarchiv abgegeben worden. Die Laufzeit dieser Akten beginnt mit der Gründung des Landesverbandes und reicht bis in die 1990er Jahre hinein. Die Fotosammlung des Landesverbandes wurde allerdings nicht abgegeben, ebenso wenig die Akten der 1974 gegründeten Bayern-Pfalz-Stiftung. Unterlagen der Bayern-Pfalz-Stiftung kamen im Jahr 2013 ins Bayerische Hauptstaatsarchiv, dann im Jahr 2014 weitere Unterlagen des Bundes der Pfalzfreunde. Anstehende Umbaumaßnahmen in der Pfälzer Residenz Weinstube und der daher notwendige Umzug in kleinere Räume der Residenz führten schließlich im Jahr 2017 zu einer weiteren Abgabe. Bei diesem Anlass konnte die Altregistratur vom Facharchivar ohne Einschränkung gesichtet und das archivwürdige Schriftgut in das Bayerische Hauptstaatsarchiv übernommen werden.

Der Bestand umfasst neben den Unterlagen des Landesverbandes auch solche des Bundes der Pfalzfreunde, der Weinbruderschaft / Großkomturei München und der Bayern-Pfalz-Stiftung. Die Stellung des Landesverbandes als Dachverband und vor allem die Tatsache, dass das Altregistraturgut der genannten Organisationseinheiten dort als einheitlicher Korpus aufbewahrt wurde, sind die Gründe

dafür, dass das Schriftgut „der Pfälzer in Bayern“ unter der Provenienz „Landesverband der Pfälzer in Bayern e.V.“ archiviert wird.

Der Bestand ist für die landesgeschichtliche Forschung ein Gewinn, da die Akten des Landesverbandes vor allem hinsichtlich der 1950er Jahre die staatliche Überlieferung zur bayerischen Pfalzpolitik ergänzen.

Aktion Bürgerentscheid e.V.

Der Bestand „Aktion Bürgerentscheid e.V.“ umfasst 6 Archivalien im Umfang von 0,15 laufenden Metern und hat die Kernlaufzeit 1980 bis 1997.

Im April 2017 überließ Professor Dr. Theodor Ebert aus Erlangen dem Bayerischen Hauptstaatsarchiv die in seinem Besitz befindlichen Akten der Aktion Bürgerentscheid als Schenkung. Es handelt sich um Unterlagen, in denen die Gründung und die politischen Aktivitäten dieser Bürgerinitiative dokumentiert sind. Die Bürgerinitiative ist u.a. auf das Betreiben von Prof. Dr. Ebert hin gegründet worden, der zudem während der ganzen Zeit ihres Bestehens im Vorstand der Aktion Bürgerentscheid tätig war.

Die übermittelten Unterlagen dokumentieren einerseits vereinsinterne Vorgänge (Protokoll der Gründungsversammlung, Protokolle von Vorstandssitzungen, von Mitgliederversammlungen, Korrespondenz von Vorstandsmitgliedern untereinander oder mit Mitgliedern), zum anderen externe Aktivitäten (Korrespondenz mit bayerischen Verbänden und Parteien, Pressemitteilungen, Rundbriefe, eine mehrfach überarbeitete Broschüre, den Gesetzentwurf, für den auch mehrere Tausend Unterschriften gesammelt wurden).

Die Aktion Bürgerentscheid hat nach ihrem Zusammenschluss mit der IDEE (Initiative Demokratie Entwickeln) zum bayernweiten Verein „Mehr Demokratie in Bayern“ im Jahr 1995 schließlich Bürgerbegehren und Bürgerentscheid auf dem Weg eines Volksentscheides durchsetzen können.

Bayerischer Gemeindeunfallversicherungsverband (Bayer. GUVV) / Bayerische Landesunfallkasse (Bayer. LUK) (kurz: Bayer. GUVV)

Der Bestand „Bayer. GUVV“ umfasst 1.309 Archivalien im Umfang von 14 laufenden Metern und hat die Kernlaufzeit 1892 bis 2013.

1884 wurde die gesetzliche Unfallversicherung eingeführt. Alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben seitdem Anspruch auf öffentlich-rechtliche Entschädigung, die Haftpflicht des Unternehmers für Personenschäden seiner Beschäftigten nach Unfällen im Betrieb entfällt. 1892 richtete die Landeshauptstadt München eine kommunale Eigenunfallversicherung (Unfallkasse München (UKM)) ein, die bis zur Fusion mit dem späteren Bayerischen Gemeindeunfallversicherungsverband (Bayer. GUVV) zur Kommunalen Unfallversicherung Bayern (KUVB) im Jahr 2012 Bestand hatte. Zum 1. Januar 1895 wurde der „Unfallversicherungsverband der bayerischen Gemeinden, Bezirke und Kreise“ eingerichtet. Dieser erste kommunale Unfallversicherungsverband Deutschlands entstand durch den Zusammenschluss von 23 Städten, 226 Distrikten und 5.662 Gemeinden unter dem Dach der Obersten Baubehörde. Seit 1925 ist rechtlich auch der Weg zwischen Wohnung und Arbeitsstelle in den gesetzlichen Versicherungsschutz einbezogen. Im Dezember 1928 wurden die Eigenunfallversicherungen der Gemeindeverbände zu Körperschaften des öffentlichen Rechts mit eigenständiger Selbstverwaltung erklärt. Der „Unfallversicherungsverband der bayerischen Gemeinden, Bezirke und Kreise“ erließ daraufhin eine Satzung und zog am 1. August 1929 in ein eigenes Gebäude um. Seit dem 1. Januar 1932 nimmt der „Unfallversicherungsverband der bayerischen Gemeinden, Bezirke und Kreise“ zugleich auch die Aufgaben der Staatlichen Ausführungsbehörde (StAfU – später Bayerische LUK) wahr. Diese Verwaltungs- und Personalunion besteht bis heute. Zum 10. Januar 1940 erfolgte die Umbenennung des „Unfallversicherungsverbands der bayerischen Gemeinden, Bezirke und Kreise“ in „Bayerischer Gemeindeunfallversicherungsverband“ (Bayer. GUVV). 1963 wurde der versicherte Personenkreis ausgeweitet, unter anderem auf Ehrenamtliche und auf Organspender. Seit dem 18. März 1971 sind Schüler, Studierende und Kinder in Kindergärten genauso umfassend abgesichert wie Arbeitnehmer. 1997 wurde der Kreis der Abgesicherten wiederum erweitert, und zwar um Kinder in Horten, Tageseinrichtungen und vor- und nachschulischen

Betreuungsstellen. Zum 1. Januar 2012 schließlich fusionierte der Bayer. GUVV mit der Unfallkasse München (UKM) zur Kommunalen Unfallversicherung Bayern (KUVB). Die KUVB ist seitdem die Rechtsnachfolgerin der UKM und des Bayer. GUVV. Zusammen mit der weiterhin in Verwaltungs- und Personalunion geführten Bayerischen Landesunfallkasse (Bayer. LUK) betreut die KUVB derzeit über fünf Millionen Versicherte in Bayern und sorgt für Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit, in Schulen, Kindertageseinrichtungen, Universitäten oder bei ehrenamtlichem Engagement.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges rückte die Unfallverhütung (Prävention) als zentrale Aufgabe immer stärker in den Blick. Die Mitglieder wurden zunehmend umfassend über Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz beraten. Auch die Aufgaben der technischen Aufsichtsbeamten wurden in der Nachkriegszeit zunehmend professionalisiert (Beratung und Überwachung von Unfallverhütungsmaßnahmen vor Ort, Untersuchung von Unfällen, Auswertung von Unfallmeldungen, Vorträge und andere Informationsmaßnahmen zu Sicherheitsfragen, Schulung von Sicherheitsbeauftragten). Die Geschäftsbereiche Rehabilitation und Entschädigung erfuhren eine kontinuierliche Weiterentwicklung und dabei eine möglichst effiziente und kundenorientierte Ausgestaltung. Die Öffentlichkeits- und Pressearbeit erlangte in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten immer größere Bedeutung. Die regelmäßige Kommunikation mit den Mitgliedern und die Versorgung der Versicherten und der Öffentlichkeit mit Vorschriften, offiziellen Mitteilungen und Informationen über neue Themen der Unfallverhütung haben heute einen hohen Stellenwert. Hervorzuheben ist hier das quartalsweise erscheinende Mitteilungsblatt *Unfallversicherung aktuell*, das für die Mitglieder herausgegeben wird.

Die KUVB und die Bayer. LUK sind als Körperschaften des öffentlichen Rechts mit Selbstverwaltung Träger der gesetzlichen Unfallversicherung. Die Selbstverwaltung wird von den Versicherten und den Arbeitgebern ausgeübt. Beide Unfallversicherungsträger haben als Selbstverwaltungsorgane jeweils eine Vertreterversammlung und einen Vorstand. Die Organe setzen sich je zur Hälfte aus Vertretern der Versicherten und der Arbeitgeber zusammen. Die Mitglieder der Organe üben ihre Tätigkeit ehrenamtlich aus.

Die Mitglieder der Selbstverwaltungsorgane werden alle sechs Jahre in Sozialversicherungswah-

len gewählt. Die Vertreterversammlung der KUVB bzw. der Bayer. LUK beschließt die Satzung und sonstiges autonomes Recht des jeweiligen Unfallversicherungsträgers. Sie vertritt aber auch den Versicherungsträger gegenüber dem Vorstand und dessen Mitgliedern. Nicht zuletzt werden von der Vertreterversammlung Ausschüsse gebildet, die Beschlüsse vorbereiten oder einzelne Aufgaben erledigen (Präventionsausschuss, Wahlausschuss, Haushaltsausschuss, Widerspruchsausschüsse, Rentenausschüsse). Die Vertreterversammlung tritt zweimal jährlich zusammen und nimmt hierbei vor allem die Jahresrechnung ab und entlastet die Vorstände und Geschäftsführer.

Der Vorstand verwaltet den Versicherungsträger und vertritt ihn gerichtlich und außergerichtlich. Der Vorstand wählt den/die Vorsitzende/n, benennt die Delegierten bei der Mitgliederversammlung des Spitzenverbandes DGUV e.V. (Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung e.V.) und bereitet die Beschlüsse der Vertreterversammlung vor. Der Vorstand der KUVB befasst sich zudem mit Personalangelegenheiten.

Im Jahr 2010 nahmen der Bayer. GUVV und das Bayerische Hauptstaatsarchiv zum ersten Mal Kontakt zueinander auf, und nur kurze Zeit später, im Dezember 2010/Januar 2011, wurde der Archivierungsvertrag abgeschlossen. Im Zuge einer ersten Abgabe wurden dem Bayerischen Hauptstaatsarchiv für den Zeitraum bis 1962 alle Leistungsakten sowie bis 1945 zusätzlich die Unfallverzeichnisse überlassen. Die Leistungsakten enthalten zum größten Teil „schwere Fälle“, während die restlichen Unfallakten aus Datenschutzgründen bereits in der Vergangenheit vernichtet worden waren. Die im Archivierungsvertrag festgelegte Akten-Stichprobe aller an einem 10., 11. und 12. Mai geborenen Versicherten bzw. Verletzten wurde bislang ausschließlich auf das Aktenanfallsjahr 2004 angewendet. Hierbei fanden deutlich mehr Einzelfallakten den Weg in das Bayerische Hauptstaatsarchiv, als im Zuge der dem Archivierungsvertrag vorausgegangenen Überlegungen prognostiziert: An Stelle von jahrgangsweise angenommenen circa zehn Fällen (circa 0,3 lfm) umfasst die Stichprobe aus dem Falljahr 2004 circa 540 Einzelfallakten (circa 1,20 lfm). Die zweite Abgabe fand 2012 statt und umfasst ausschließlich 145 bzw. 1,40 lfm Mitgliedsakten von Kommunen bei der KUVB. Die Mitgliedsakten decken größtenteils den Zeitraum von 1929 bis 1989, teilweise auch bis in die 2000er-Jahre hinein ab. Enthalten sind vor allem

die Anmeldung unfallversicherungspflichtiger Betriebe und die Anerkennung von gemeldeten speziellen Arbeiten als freiwilliger Arbeitsdienst gemäß Art. 6 der Verordnung über den freiwilligen Arbeitsdienst vom 16. Juli 1932. Daneben finden sich allgemeine Rundschreiben des Bayer. GUVV über den Verband selbst und konkreter Schriftverkehr über den Versicherungsschutz im Allgemeinen und im Besonderen (Umlagewesen).

Eine Trennung der Verzeichnisse und Fallakten in die Provenienzen Bayer. GUVV und Bayer. LUK fand nicht statt. Damit folgte das Bayerische Hauptstaatsarchiv der Registraturordnung des Registraturbildners, die offenkundig (siehe Vergabe der Registratursignatur) rein chronologisch erfolgte und keine weitere Unterteilung in staatliche bzw. kommunale Unfallversicherung vorsah.

Der Informationsgehalt der überlieferten Verzeichnisse und Einzelfallakten ist datenschutzrechtlich höchst sensibel, weswegen ab dem jeweiligen Laufzeitende unbedingt eine 60-Jahres-Sperrfrist einzuhalten ist. Für den Datenschutz ist zusätzlich die Sperrfrist von 10 Jahren nach dem Tod bzw. – bei nicht feststellbarem Sterbedatum – von 90 (gedrucktes Findmittel) bzw. 110 (Online-Findmittel) Jahren nach der Geburt zu berücksichtigen.

Der Bestand „Bayer. GUVV“ dokumentiert die Unfalljahre 1898–1962 und 2003/2004. Die ältere Aktengruppe wirft Schlaglichter auf das Leben und Arbeiten aber auch auf die ärztliche Behandlung von Unfallfolgen. Es finden sich in den Akten Rentengutachten, Bescheide, Arztberichte, Zahlungsnachweise und vereinzelt Rechnungen über ärztliche Maßnahmen, Heilbehandlungen, Hilfsmittel und Medikamente. Nicht selten sind den ärztlichen Gutachten Röntgenaufnahmen beigelegt. Fallweise sind Regressverfahren bzw. Leistungen an Hinterbliebene dokumentiert. Die eingereichten Rechnungsbelege wurden nur in den Fällen feinkassiert, in denen sie physisch gesondert aufbewahrt wurden, ansonsten wurden sie im Akt belassen. Die jüngeren Unfall-/BK-Akten sind im Umfang deutlich schmaler und enthalten vor allem die Unfallanzeige, einen (Durchgangs-)Arztbericht und einzelne Rechnungen über ambulante bzw. stationäre Behandlungen sowie für Rezepte.

Neben diesen mehr äußerlichen Unterschieden fällt auf, dass die jüngeren Einzelfallakten überwiegend Unfälle in den Betreuungs- und Bildungseinrichtungen für Kinder und Jugendliche dokumentieren. Auch handelt es sich überwiegend um

Bagatellangelegenheiten im Gegensatz zu den teilweise Leib und Leben schwer beeinträchtigenden Vorfällen aus den Jahren 1898 bis 1962. Diese älteren Fallakten geben zudem einen interessanten Einblick in spezielle Lebensbereiche (Berufskrankheiten infolge der Betreuung von Tuberkulosepatienten, Unfälle im Zusammenhang mit der örtlichen Freiwilligen Feuerwehr, Unfälle bei Hand- und Spanndiensten für die Gemeinde, Forstunfälle und Unfälle infolge von freiwilliger Hilfeleistung bei Unfällen oder infolge eines Eingreifens bei für Mitmenschen bedrohlichen Situationen). Nicht zu vergessen die Unfälle, die sich bei der Beseitigung der Kriegsfolgen ereigneten, meistens bei Munitionsvernichtung bzw. bei Arbeiten im Auftrag der Staatlichen Erfassungsgesellschaft für öffentliches Gut mbH (STEG) in München, die von 1946/1947 bis 1952 bestand.

Neben den Fallakten enthalten die Unfallverzeichnisse für die Zeit vom Ende des 19. Jahrhunderts bis in das Jahr 1959 einen weiteren kleinen Datenschatz. Die Verzeichnisse lassen sich in fünf Gruppen einteilen:

- Unfälle in den ehemaligen deutschen Ostgebieten (Laufzeit: 1946–1954, allerdings mit einem oft weiter zurückliegenden Unfallzeitpunkt)
- Unfälle im Zuständigkeitsbereich der Besatzungsmacht (Laufzeit: 1945–1959)
- Unfälle in der Bundesstraßenbauverwaltung (Laufzeit: 1953–1959)
- Unfälle in der Staatsforstverwaltung (Laufzeit: 1941–1959)
- Unfälle in der Staatshoheitsverwaltung (Laufzeit: 1892–1896, 1941–1959)
- Unfälle in der Kommunalverwaltung und in der Privatwirtschaft (Laufzeit: 1894–1899, 1904–1922, 1942–1959).

Die Verzeichnisse geben Auskunft über Vorname, Nachname, Wohnort und in manchen Bänden auch über das Geburtsdatum der verunfallten Person. Man erfährt das Tagesdatum des Unfalls, den Namen des „Betriebsunternehmers“, für den der/die Betroffene tätig gewesen ist, die Art der Verletzung und das Unfallgeschehen. Daneben finden sich vor allem in der Spalte „Bemerkungen“ Angaben über die Behandlung und gegebenenfalls die Erledigung der Ansprüche.

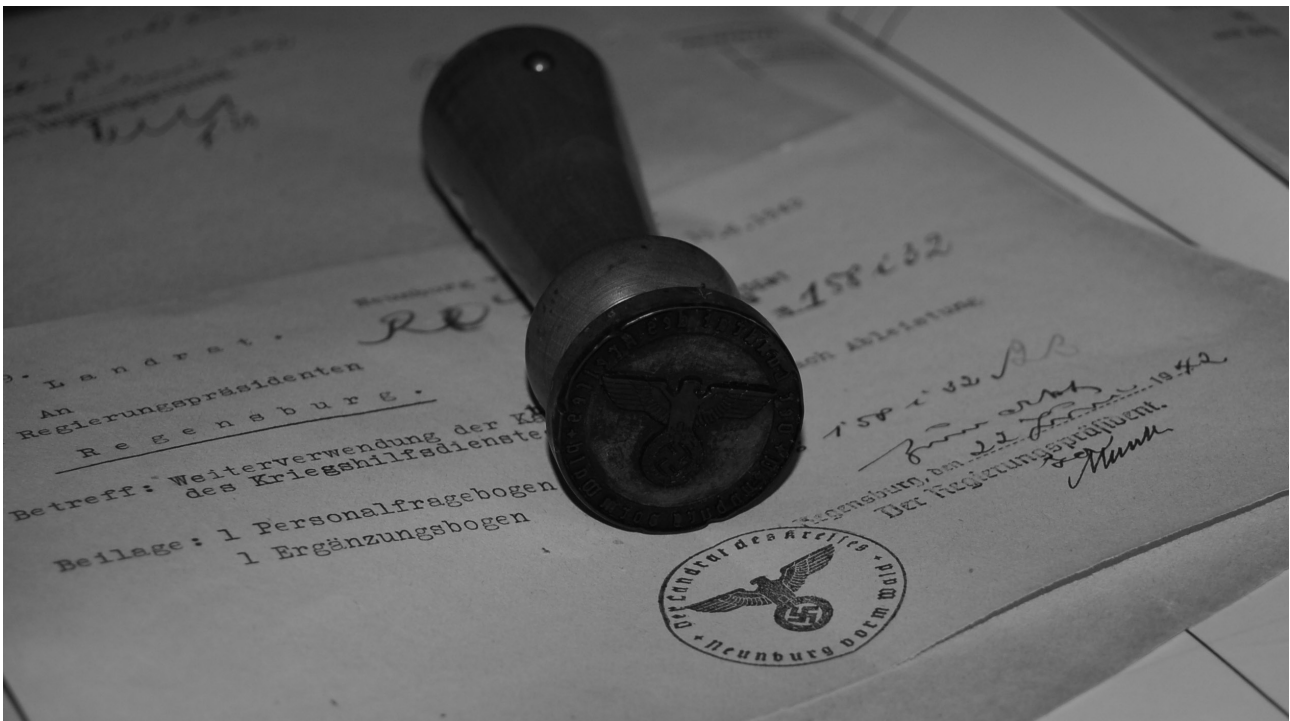
Heinz-Jürgen Weber

Staatsarchiv Amberg

Staatliche Archive übernehmen Dienstsiegel von Behörden

Werden staatlichen Behörden im größeren Umfang neue Zuständigkeiten übertragen, geht mit dem Aufgabenzuwachs in der Regel eine Umbenennung einher, wie dies zuletzt etwa im Fall der bayerischen Vermessungsverwaltung geschah. Das Landesamt für Vermessung und Geoinformation wurde mit Wirkung vom 1. Januar 2014 in „Landesamt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung“ (abgekürzt: LDBV) umbenannt, die Behördenbezeichnung für die bisherigen Vermessungsämter lautet seither „Amt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung“ (ADBV). In der Konsequenz mussten nicht nur Briefvorlagen, E-Mail-Adressen, Internetseiten, Gebäudebeschriftungen und Hinweisschilder auf die neue Behördenbezeichnung umgestellt, sondern auch neue Dienstsiegel eingeführt werden. Die alten Siegelstempel dagegen sollten eingesammelt und gemäß § 25 Abs. 5 Satz 2 der AGO dem Bayerischen Hauptmünzamt zur Vernichtung übergeben werden.

Auf Anregung des Leiters des ADBV Amberg, der die ausgedienten Siegel wegen ihres historischen Werts lieber dem Staatsarchiv zur dauerhaften Aufbewahrung übergeben wollte, wurde die Frage nach der Archivwürdigkeit und den rechtlichen Grundlagen für deren Archivierung im Rahmen der Amtsleiterkonferenz der Staatlichen Archive Bayerns diskutiert und erörtert. Im Ergebnis vertreten diese die Auffassung, dass Dienstsiegel von Behörden und Gerichten – wenn auch nicht vollständig, so doch zumindest in Auswahl – archivwürdig sind und daher für die Nachwelt aufbewahrt werden sollten. Aufgrund ihrer symbolischen und rechtlichen Bedeutung als Legitimitätszeichen und Beglaubigungsmittel sowie des engen funktionalen Zusammenhangs mit der Aufgabenerledigung der Behörden und Gerichte, die sich in den den staatlichen Archiven anbietenden Akten und Vorgängen niederschlägt, kommt ihnen ein bleibender, historischer Quellenwert zu. Nach Abklärung der rechtlichen Grundlagen zwischen der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns und dem Bayerischen Hauptmünzamt konnten 2016 nicht mehr verwendete Dienstsiegel der Vermessungsverwaltung in das Bayerische Hauptstaatsarchiv und die Staatsarchive übernommen werden.



Siegelstempel des „Landrates des Kreises Neunburg vorm Wald“ aus der NS-Zeit (Foto: Sandra Lanz, Staatsarchiv Amberg).

Eine ausdrückliche Regelung zur Aussonderung von Dienstsiegeln findet sich nur bezüglich der kommunalen Siegel, da § 6 Abs. 8 der Verordnung über kommunale Namen, Hoheitszeichen und Gebietsveränderungen (NHGV) „nicht mehr verwendete Dienstsiegel mit kommunalen Wappen, die historischen oder künstlerischen Wert haben, ... im jeweiligen kommunalen Archiv oder von der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns zu verwahren“ sind; „andere ungültige oder nicht mehr verwendete Dienstsiegel sind dem Bayerischen Hauptmünzamt zur Vernichtung zuzuleiten“. Dienstsiegel staatlicher Einrichtungen, die einen potentiell historischen Wert besitzen, können rechtlich unter den Unterlagenbegriff des Bayerischen Archivgesetzes (Art. 2 Satz 1) subsumiert oder zum „Dokumentationsmaterial“, das von den staatlichen Archiven ergänzend gesammelt wird (Art. 2 Satz 3), gezählt werden.

Letztlich haben die staatlichen Archive schon seit jeher immer wieder Siegelstempel übernommen und in ihre Sammlungen eingereiht. Das Bayerische Hauptstaatsarchiv besitzt dabei die größte Sammlung an Typaren, in die im Verlauf des 19. und 20. Jahrhunderts auch Abgaben aus den regionalen Archiven eingeflossen sind (siehe Nachrichten Nr. 72/2017, S. 42 f.). Innerhalb der Archivverwaltung hat man sich darauf verständigt, dass die in jüngster Zeit ausgemusterten Dienstsiegel

jeweils bei dem staatlichen Archiv archiviert werden, das für die Übernahme der Unterlagen der betreffenden siegelführenden Behörde zuständig ist. Anbietungen können direkt von den Behörden selbst oder mittelbar durch das Bayerische Hauptmünzamt erfolgen. Als Teil des Archivguts stehen die historischen Siegel für die Forschung, die sich insbesondere im Rahmen verwaltungsgeschichtlicher Themen für sie interessieren dürfte, für Abbildungen in Publikationen und – als dreidimensionale Exponate – für Ausstellungen zur Verfügung. Dienstsiegel, die von den Archiven nicht übernommen werden, sind weiterhin zur Vernichtung an das Bayerische Hauptmünzamt zu übergeben.

Während das Dienstsiegel des einstigen Landesamts für Vermessung und Geoinformation 2016 in die Typarsammlung des Bayerischen Hauptstaatsarchivs Aufnahme fand, erhielt etwa das Staatsarchiv Amberg Dienstsiegel der Oberpfälzer Vermessungsämter, die von 1952 bis 2015 im Gebrauch waren. Außerhalb der Vermessungsverwaltung konnte das Staatsarchiv Amberg zuletzt den Siegelstempel des Landrates des Kreises Neunburg vorm Wald aus der NS-Zeit übernehmen; das historische Objekt war beim Ausräumen eines alten Tresors im Landratsamt Schwandorf zum Vorschein gekommen.

Maria Rita Sagstetter

Staatsarchiv Augsburg

Zum 200. Geburtstag – Bestände der Regierung von Schwaben samt Vorgängerbehörden im Staatsarchiv Augsburg neu erschlossen

Im Jahr 2017 jährte sich zum 200. Mal die Errichtung einer Kreisregierung in Augsburg. Diese entstand als staatliche Mittelbehörde für den damaligen Oberdonaukreis, das heutige bayerische Schwaben. Das Jubiläum wurde vom Staatsarchiv Augsburg und dem Lehrstuhl für Europäische Regionalgeschichte sowie Bayerische und Schwäbische Landesgeschichte an der Universität Augsburg zum Anlass genommen, einen Band über die Regierungspräsidenten von Schwaben herauszugeben (s.o. S. 23ff.). Dessen Ziel war es, eine Gruppe hoher Verwaltungsbeamter ins Bewusstsein zu heben, die im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert die wichtigsten Repräsentanten des bayerischen Staats in der Region waren und aus deren Reihen in der Zeit liberaler Beamtenregierungen etliche Minister hervorgingen. Auch im 20. und 21. Jahrhundert vertraten und vertreten sie die mittlere Verwaltungsebene mit einer kaum bekannten Fülle an Aufgaben.

Parallel zum Verfassen des Bandes ist es dem Staatsarchiv Augsburg gelungen, die jahrelangen Erschließungsarbeiten an der Überlieferung der Regierung von Schwaben samt ihrer Vorgängerbehörden ab 1802/03 rechtzeitig zum Jubiläum fertigzustellen. Die Bestände dieses mit Abstand größten Registraturbildners Schwabens konnten erstmals provenienzrein formiert und neu verzeichnet in Form moderner, datenbankgestützter Findmittel vorgelegt werden.

Den größeren Teil der Überlieferung bildeten die bereits im Staatsarchiv Augsburg archivierten Unterlagen. Hinzu kamen Aktenabgaben der Regierung von Schwaben in den letzten Jahren. Denn mit Blick auf das Jubiläumsjahr wurden die routinemäßig laufenden Aktenaussonderungen ab dem Jahr 2012 noch einmal intensiviert. Ziel war es, alle für die Verwaltung entbehrlichen und archivwürdigen Unterlagen der Regierung von Schwaben bis zur Einführung des Gemeinsamen Aktenplans (GAPI) 1983 im Wege der Aktenaussonderung an das Staatsarchiv Augsburg zu holen. Bei mehrmaligen Besuchen vor Ort nahm der Aussonderungsreferent sämtliche zwölf Teilregistraturen der Mittelbehörde



Der Fronhof in Augsburg, Sitz der Regierung von Schwaben seit 1817 (Staatsarchiv Augsburg, Bauamt Augsburg, Fotosammlung Nr. 0308StAA).

mit Sitz in der ehemaligen Fürstbischöflichen Residenz im Augsburger Domviertel in Augenschein. Dabei wurden viele Akten vor Ort gesichtet, das Registraturpersonal zur Erstellung brauchbarer Aussonderungsverzeichnisse angeleitet und die Listen bewertet. Die auszusondernden Unterlagen reichten bis in die 1950er und 1960er Jahre zurück. Besonders umfangreich bzw. von Bedeutung waren Akten aus den Bereichen Wirtschaftsförderung, Dienstaufsicht, Verwaltung, Gesundheitswesen, Innere Sicherheit und Katastrophenschutz, Häftlingshilfe für Flüchtlinge aus dem vormals sowjetischen Einflußbereich, außerdem Personalakten und Tätigkeitsberichte der Regierung von Schwaben der Jahre 1957 bis 1986. Einige Unterlagen, wie z.B. im Bereich des Naturschutzes, stammten sogar noch aus der Zeit des „Dritten Reiches“. Auf Bitte des Staatsarchivs setzte die Regierung von Schwaben immer wieder befristete Zusatzkräfte ein, um die umfangreichen Aktenabgaben vorzubereiten (Erstellung der Abgabelisten, Enteisen, Verpacken). Die letzten Abgaben gelangten 2015/2016 ins Staatsarchiv und konnten so noch rechtzeitig zum Jubiläum verzeichnet werden.

Die provenienzreine Formierung der Teilbestände richtete sich dabei nach dem „Beständerahmenplan der bayerischen Staatsarchive für das Schriftgut des 19.–21. Jahrhunderts“ von 2014. Fragen ergaben sich hier bei der Bildung der frühen mittelbehördlichen Fonds. Während die Formierung der Landesdirektion und des Generallandeskommissariates (beides Verwaltungsbehörden der bayerischen Provinz Schwaben von 1803 bis 1808) noch vergleichsweise einfach war, musste man bei der Abgrenzung der zwischen 1808 und 1837 bestehenden Generalkommissariate bzw. Regierungen der sogenannten Flusskreise eine Entscheidung treffen. Hier legte man die Gebietsreformen von 1810 und 1818, die erhebliche Einschnitte in den Umfang der Verwaltungseinheiten brachten, als zeitliche Grenzen fest. Zur besseren Unterscheidbarkeit fügte man bei Kreisen, die über diese Zeitpunkte hinaus existierten, eine eingeklammerte Nummerierung vor den Namen des Kreises an. Wenn man im Staatsarchiv Augsburg also beispiel-



V.l.n.r.: Rainer Jedlitschka, Günter Steiner und Patrick Rieblinger mit den neuen Findbüchern zur Regierung von Schwaben samt Vorgängerbehörden (Foto: Richard Helfrich, Staatsarchiv Augsburg).

weise vom (3.) Oberdonaukreis spricht, meint man das zwischen 1818 und 1837 bestehende Gebiet. Allein für den Zeitraum zwischen 1803 und 1838 mussten also wegen der häufigen Reformen neun Bestände gebildet werden. Gewissermaßen einen Ausgleich findet diese Zersplitterung in der Tatsache, dass für die Zeit nach 1838 nur noch vier Bestände nötig waren. Dies ist der großen Stabilität der Verwaltung in dieser Zeit zu verdanken, die trotz aller Wechselfälle der Geschichte keinen umfassenden Umbildungen mehr ausgesetzt war. Bis 1935 musste noch zwischen zwei Stellen, die parallel bestanden, unterschieden werden: Zum einen der Kammer des Innern, die die eigentliche Innere Verwaltung darstellte und neben der Kammer der Finanzen und später der Kammer der Forsten bestand, und zum anderen dem Präsidium, der koordinierenden Stabsstelle zwischen den Kammern. Nach 1935 fiel auch diese Differenzierung weg und man hätte die Archivalien zu einem einzigen Fonds zusammenfassen können. Die vom Beständerahmenplan vorgegebene zeitliche Zäsur von 1972, dem Jahr der letzten bayerischen Gebietsreform, bot sich aus pragmatischen Gründen an. Mit ca. 14.500 Archivalien ist der Bestand „Regierung von Schwaben 1935–1972“ ohnehin sehr umfangreich. Die nach 1972 entstandenen Unterlagen (immerhin auch 6.100 Archivalien) hier zuzuordnen, hätte den Rahmen gesprengt. Für diese wurde daher ein weiterer Fonds gebildet, der durch zukünftige Aktenabgaben der Regierung von Schwaben weiter wachsen wird. Diese Zahlen belegen eindrücklich, welches quantitative Übergewicht die in den ca. 80 Jahren seit 1935 entstandenen Unterlagen im hier beschriebenen Beständekomplex haben: Insgesamt kommen die nun neu geordneten Bestände der Regierung von Schwaben samt Vorgängerbehörden auf ca. 38.300 Archivalien. Auf die 132 Jahre vor 1935 entfallen also insgesamt nicht einmal die Hälfte der Dokumente. Dies ist auch Schriftgutverlusten während des Zweiten Weltkriegs geschuldet.

Von 2004 bis 2015 war Archivamtsrat Thomas Steck mit diesen Beständearbeiten befasst. Ihm ist insbesondere die komplizierte Zuordnung der Unterlagen auf die frühen Provenienzen bis 1838 zu verdanken. Nach seinem Wechsel an das Bayerische Hauptstaatsarchiv übernahm Archivinspektor Patrick Rieblinger seine Aufgaben und konnte das Projekt zu Ende führen. Archivamtsmann Günter Steiner war wegen seiner souveränen Kenntnisse aller Funktionalitäten der archivischen Datenbank für das Gelingen unverzichtbar und besorgte den



Regierung von Schwaben (Foto: Richard Helfrich, Staatsarchiv Augsburg).

Ausdruck der Konkordanzen, Findbücher und Register.

Bei der inneren inhaltlichen Gliederung der insgesamt 13 Teilfonds fanden mehrere Modelle Verwendung: Für die Kreisbehörden zwischen 1808 und 1837 orientierte man sich an älteren Gliederungen von Bezirksämtern, die gut anwendbar waren. Für die zeitlich folgenden Regierungen wurde ein Aktenplan der Regierung der Oberpfalz übernommen. Dieser wurde aber während der Ordnungsarbeiten laufend an den tatsächlichen Aktenbestand angepasst. Der Bestand „Regierung von Schwaben (ab 1972)“ erhielt den auch aktuell in der Registratur verwendeten GAPI als Gliederungsschema.

Die neuformierten Bestände tragen also folgende Bezeichnungen: Landesdirektion Schwaben (1.878 Archivalien); Generallandeskommissariat Schwaben (494 Archivalien); Generalkommissariat des Lechkreises (340 Archivalien); Generalkommissariat des (1.) Illerkreises (115 Archivalien); Generalkommissariat des (2.) Illerkreises (536 Archivalien); Generalkommissariat des (1.) Oberdo-

naukreises (271 Archivalien); Generalkommissariat des (2.) Oberdonaukreises (1.556 Archivalien); Regierung des (3.) Oberdonaukreises, Präsidium (529 Archivalien); Regierung des (3.) Oberdonaukreises, Kammer des Innern (2.131 Archivalien); Regierung von Schwaben und Neuburg, Präsidium (4.102 Archivalien); Regierung von Schwaben und Neuburg, Kammer des Innern (5.797 Archivalien); Regierung von Schwaben (1935–1972) (14.495 Archivalien); Regierung von Schwaben (ab 1972) (6.108 Archivalien). Der Gesamtumfang der Bestände umfasst dabei ca. 700 laufende Meter.

Rainer Jedlitschka, Patrick Rieblinger

Staatsarchiv Bamberg

Nachlass Hans Schemm (1891–1935) – Ludwig Ruckdeschel (1907–1968) im Staatsarchiv Bamberg

Das Staatsarchiv Bamberg erhielt im Jahr 2007 im Rahmen der Beständeberäumung vom Staatsarchiv Amberg Schriftgut und Fotografien aus dem Besitz des stellvertretenden Gauleiters des Gaues Bayerische Ostmark (Bayreuth), Ludwig Ruckdeschel, die aus den Spruchkammerunterlagen des Amtsgerichts Regensburg stammten, jedoch privates Schriftgut Ruckdeschels darstellen. Sie wurden von der Berufungskammer Regensburg lediglich sichergestellt, beim Prozess aber nicht verwendet. Da sie also auch nicht dem im Staatsarchiv Bamberg archivierten amtlichen Schriftgut des Gaues „Bayerische Ostmark“ eingegliedert werden können und große Teile des Nachlasses des Gauleiters Hans Schemm enthalten, wurde ein Nachlass „Hans Schemm – Ludwig Ruckdeschel M 10/43“ gebildet.

1933 konnte es Hans Schemm erreichen, dass die Gaue Oberfranken und Niederbayern-Oberpfalz zum „Gau Bayerische Ostmark“ mit der Gauhauptstadt Bayreuth zusammengelegt wurden. Erst 1942 wurde der Gau in „Gau Bayreuth“ umbenannt, analog zum ebenfalls neubenannten „Gau Salzburg“. Gauleiter Hans Schemm kam 1935 bei einem Flugzeugunglück ums Leben. Bis zur Nachfolgeregelung, die nahezu ein Jahr dauerte, führte den Gau der stellvertretende Gauleiter Ludwig Ruckdeschel. Ihm wurde im Dezember 1935 der



V.l.n.r.: Architekt Hans Carl Reissinger, Bayreuth; Adolf Hitler; Wieland Wagner; IHK-Präsident Erich Köhler (in Uniform); Gauleiter Fritz Wächtler; stv. Gauleiter Ludwig Ruckdeschel (Staatsarchiv Bamberg, M 10/43 Nr. 79).

Leiter des nationalsozialistischen Lehrerbundes (NSLB) und Thüringer Volksbildungs- und Innenminister Fritz Wächtler (1891–1945) vorgesetzt, der in der Bevölkerung des Gaues nur ein geringes Ansehen hatte. Er galt als korrupt, aggressiv und kirchenfeindlich. Ruckdeschel wich Konfrontationen mit Wächtler weitgehend aus und ging zu Beginn des Krieges zur Wehrmacht, wo er als Chef einer Waffen-SS-Panzerkompanie 1944 den rechten Arm verlor. Von Januar bis April 1945 wurde er als Inspekteur des Volkssturms im Stab des Oberbefehlshabers West eingesetzt. Nach der Hinrichtung Wächtlers am 19. April 1945 wurde Ruckdeschel Gauleiter für 20 Tage (<http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/BayerischeOstmark,1933-1945> [26.4.2007]).

Der Nachlass gliedert sich in 40 Nummern Akten und 82 Nummern mit ca. 2000 Fotografien. An ausgewähltem Schriftgut sind zu nennen Einladungen von Hitler, Goebbels, Winifred Wagner, die Korrespondenz Schemms mit Blanche Marteau, Frau des Komponisten Henri Marteau (1874–1934), ferner vier Notizbücher aus den Jahren 1930 bis

1932, die die Propagandatätigkeiten von Schemm dokumentieren, der buchstäblich jeden Tag in einem anderen Ort in ganz Deutschland Reden hielt. Dann Unterlagen der Dienstaufsichtsorgane über den Lehrer Hans Schemm seit 1926, die Abschrift einer Schmähchrift gegen den 1930 in die NSDAP eingetretenen Hanno Konopath, Tragebestätigungen für Orden und Auszeichnungen und Mitgliedsausweise für Schemm und Ruckdeschel, Erklärungen im Rahmen des „Schoberth-Prozesses“, einer angeblichen Affäre Schemms 1929, Unterlagen des NS-Kulturverlags, der Hans Schemm gehörte, 1928–1933, ferner die Korrespondenzen mit den Eheleuten Irmgard und Ludwig Ruckdeschel, privater wie amtlicher Natur, Redemanuskripte von Hitler und Ruckdeschel, zwei Schreiben des Gauleiters Wächtler an seinen Stellvertreter, in denen er 1935 zur Loyalität auffordert.

Die Akten ergänzen ca. 2000 Fotografien aller Formate, u.a. Portraitfotos von Schemm, Ruckdeschel und Wächtler, dann Ereignisfotos mit allen bekannten Nazis, ferner mit Carl Eduard von Sachsen-Coburg, Prinz August Wilhelm von Preußen, dem



V.l.n.r. Gaugeschäftsführer Ludwig Ruckdeschel, Prinz August Wilhelm von Preußen, Gauleiter Hans Schemm (Staatsarchiv Bamberg M 10/43 Nr. 116).

Kunstflugmeister 1935 und späteren Gauleiter der Westmark, Willi Stör (1903– nach 1994 Kanada), Edmund Heines (1897–1934), Hans Baur etc., von Aufnahmen bei der Beerdigung Schemms 1935 in München, Feierstunden und Eintopfessen, Aufmärschen und Vorbeimärschen, dann zahlreichen Fotos der Familie Ruckdeschel, Ruckdeschels Kriegsphotos bis 1942.

Aufschlussreich dürften zwei unscheinbare Fotos sein, die Frau Ruckdeschel im Kreis von nicht identifizierbaren, weil vom Betrachter weggewandten Militärs zeigen, da auf deren Rückseiten zwei nahezu identische Textentwürfe von der Hand Ruckdeschels verzeichnet sind: „Mein Führer! Weil ich einerseits wirklich keinen anderen Ausweg mehr sehe und andererseits überzeugt bin, daß Sie, mein Führer, beim Kennenlernen der Besonderheiten und des Ausmaßes an Bedeutung, dieses nach 18 Jahren treuen Dienens erstes Schreiben von mir trotz des Krieges entschuldigen, verstehen und

billigen werden, treibt mich der kategorische Imperativ der Pflicht inständigst zu bitten: Mein Führer! Schenken Sie mir einige Minuten Zeit, Sie persönlich zu sprechen.“ Zu datieren ist der Text in das Jahr 1945, da Ruckdeschel vor 18 Jahren 1927 als Gaugeschäftsführer dem Gau Bayerische Ostmark beigetreten war.

Es war allgemein bekannt, dass Gauleiter Fritz Wächtler und Ruckdeschel nicht miteinander auskamen (Albrecht Bald, „Braun schimmert die Grenze und treu steht die Mark“. Der NS-Gau Bayerische Ostmark/Bayreuth: Grenzgau, Grenzlandideologie, wirtschaftliche Problemregion (Bayreuther Rekonstruktionen 2), Bayreuth 2014, S. 137–139). Im April 1945 zog sich Wächtler mit der gesamten Gauleitung von Bayreuth nach Herzogau im Bayerischen Wald zurück. Ruckdeschel stellte dies bei Bormann in Berlin als Fahnenflucht Wächtlers hin, woraufhin sich ein Exekutionskommando mit Ruckdeschel nach Herzogau auf den Weg machte und Wächtler am 19. April 1945 erschoss. Anschließend soll Ruckdeschel folgenden, nie archivierten Befehl verlesen haben: „Wächtler wird mit sofortiger Wirkung aus der Partei ausgestoßen und seiner Ämter enthoben. Er ist wegen Feigheit vor dem Feind und wegen Verlassens der Gauhauptstadt sofort zu erschießen. Sein Nachfolger ist Ruckdeschel.“ Auf den beiden Fotorückseiten hatte Ruckdeschel offenbar begonnen, sein Schreiben an die Reichskanzlei zu konzipieren.

Stefan Nöth



Links Fritz Wächtler, rechts Ludwig Ruckdeschel (Staatsarchiv Bamberg, M 10/43 Nr. 58).

*Staatsarchiv Coburg***Neuzugänge im Staatsarchiv Coburg – Schallmauern durchbrochen**

Das Jahr 2017 brachte dem Staatsarchiv Coburg mit einem Archivalienzuwachs von über 70 lfd. Metern wieder einige interessante neue Bestände ins Haus. Besonders hervorzuheben ist die Deponierung von rund 140 Archivalien der Bäckerinnung Coburg. Die Übergabe der alten Protokollbücher, Kassenbücher, Fotoalben und sonstigen Innungsunterlagen erfolgte im Rahmen einer kleinen Feierstunde im Staatsarchiv im Oktober 2017 durch den Kreishandwerksmeister Jens Beland und den Obermeister der Bäckerinnung Coburg Udo Feiler.

Welche Nutzungsmöglichkeiten Zunft- und Innungsschriftgut bieten können, erläuterte am praktischen Beispiel im Anschluss an die Aushändigung der Unterlagen Prof. Dr. Mark Häberlein von der Otto-Friedrich-Universität Bamberg, der

als ausgewiesener Experte für die Handwerksgeschichte Oberfrankens die Zuhörer mit seinem Vortrag „Zunft Handwerk in Oberfranken: Quellen und Perspektiven“ in die spannende Vergangenheit der Handwerksbetriebe mitnahm und gleich einen ganzen Strauß an möglichen Themenstellungen für vertiefende handwerksgeschichtliche Forschungsarbeiten an den neuen Beständen im Staatsarchiv Coburg bereithielt.

Im Laufe des Jahres schlossen sich aus der Kreishandwerkerschaft Coburg auch noch andere Innungen dem Beispiel der Bäcker an und deponierten ihre Altakten im Staatsarchiv. Auch dank dieser Zugänge konnte das kleinste bayerische Staatsarchiv zum Jahresende 2017 zwei statistische „Schallmauern“ knacken und verwahrt derzeit über 400.000 Archivalien im Umfang von über 4 laufenden Kilometern in seinen Magazinräumen.

Birgit Hufnagel



Übergabe mit Kreishandwerksmeister Jens Beland, Obermeister der Bäckerinnung Coburg Udo Feiler und Leiter des Staatsarchivs Coburg Dr. Alexander Wolz (Foto: Birgit Hufnagel, Staatsarchiv Coburg).

Staatsarchiv Nürnberg

Alle 107.776 Verfahrensakten zur Entnazifizierung in Mittelfranken digital erfasst

Im Jahr 1939 sollen der NSDAP etwa 8,5 Millionen Mitglieder angehört haben. Unter Berücksichtigung des annektierten Sudetenlands und Österreichs entspricht dies einer Quote von ca. 11 Prozent der Gesamtbevölkerung. Nach Zusammenbruch und Kapitulation verfolgten die Besatzungsmächte in den vier Zonen unterschiedliche Strategien zur Entnazifizierung. Besonders ambitioniert wegen eines demokratischen Neuanfangs war die US-Militärregierung, die in Bayern wie in den anderen ihr unterstellten Ländern entsprechend dem „Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus vom 5. März 1946“ in allen Stadt- und Landkreisen Spruchkammern errichten ließ. Die Spruchkammern bestanden aus einem Vorsitzenden und mindestens zwei Beisitzern. Grundlage der Arbeit waren detaillierte Meldebögen, die jeder Deutsche ab dem 18. Lebensjahr (Stichtag: 4. März 1945) ausfüllen musste. In Mittelfranken sind insgesamt 31 Spruchkammern tätig gewesen, von denen allein sieben für die Stadt Nürnberg zuzüglich des Lagers Nürnberg-Langwasser und zwei für die Stadt Fürth zuständig waren.

Am 27. Juli 1950 wurde vom bayerischen Landtag ein erstes Abschlussgesetz verabschiedet, womit de facto die Entnazifizierung beendet worden ist. Die Spruchkammern waren schon im Laufe des Jahres 1948 aufgelöst worden und auch die für Mittelfranken zuständigen Berufungskammern Ansbach und Nürnberg wurden aufgehoben bzw. in die Hauptkammern Ansbach und Nürnberg überführt. Letzte anhängige Verfahren wurden noch von der Berufungskammer Nürnberg bearbeitet, deren Akten schließlich 1954 in die Berufungskammer München eingegangen sind.

Alle Meldebögen und Verfahrensakten sind zunächst bei den Amtsgerichten verblieben, bis sie um das Jahr 2000 an die zuständigen Staatsarchive abgegeben worden sind. Für die Meldebögen wurde bayernweit eine Auswahlarchivierung festgelegt: In Mittelfranken wurden die Meldebögen aus den drei repräsentativen Sprengeln Ansbach-Stadt, Nürnberg-Stadt I und Rothenburg o.d. Tauber vollständig aufgehoben, die Meldebögen der übrigen 28 Spruchkammern aber vernichtet. Vollständig

archiviert wurde die gesamte Überlieferung der wenigen Sachakten und zigtausender Verfahrensakten. Sie umfassen im Magazin die stattliche Menge von 415 Laufmetern. Abgesehen von wenigen Namenlisten, die von manchen Amtsgerichten erstellt worden waren, mussten bei der Benützung lange Zeit die originalen Namenkarteien der Spruchkammern herangezogen werden. Da am Ende des Zweiten Weltkriegs infolge der Luftangriffe in Nürnberg die Hälfte aller Wohnungen zerstört war, fanden viele Obdachlose auf dem Land Unterschlupf. Auch diese Tatsache machte die Recherche nach einzelnen Personen sehr schwierig. Deshalb wurde im Staatsarchiv Nürnberg über die Dauer von fünf Jahren das Ziel verfolgt, alle Verfahrensakten in die amtsinterne Datenbank einzugeben. Mithilfe eigener Kräfte und zahlreicher Praktikanten konnten schließlich sämtliche 107.776 Verfahrensakten erschlossen werden.

Bei der Langen Nacht der Wissenschaften am 21. Oktober 2017 ist der erfolgreiche Abschluss dieser Arbeiten mit einer Vortragsreihe und dem allgemeinen Angebot zur Recherche der Öffentlichkeit vorgestellt worden. Wie die wachsende Nachfrage nach Verfahrensakten zur Entnazifizierung im täglichen Betrieb zeigt, ist die Erschließung für wissenschaftliche Zwecke und im Rahmen privater Familienforschung sehr hilfreich.

Allerdings sind damit nicht alle Verfahrensakten aus Mittelfranken im Staatsarchiv Nürnberg zugänglich gemacht worden. Denn bei Aufhebung und Zusammenlegung der Spruchkammern, Haupt- und Berufungskammern sind Verfahrensakten über wichtige Funktionsträger und weitere vor den Berufungskammern verhandelte Personen über die Sonderregistratur S des Amtsgerichts München an das Staatsarchiv München abgegeben worden.

Peter Fleischmann

Staatsarchiv Würzburg

Benützung der „Rechnungen“ im Staatsarchiv Würzburg verbessert

Der umfangreiche Selekt „Rechnungen“ (ca. 665 laufende Meter, 41.600 Archivalien) ist einer jener sperrigen gattungsspezifischen Mischbestände, die für die Bestandstektonik des Staatsarchivs Würzburg typisch sind. Entstanden im 19. Jahrhun-



Blick auf die „Rechnungen“ im Würzburger Magazin (Foto: Ursula Schedl, Staatsarchiv Würzburg).

dert, umfasst er bunt durcheinandergewürfelt bis heute die Masse der Rechnungen aus sämtlichen älteren und neueren Beständen des Staatsarchivs aus dem Zeitraum vom 16. Jahrhundert bis etwa zur Mitte des 19. Jahrhunderts. Die letzten Ergänzungen erfolgten noch in den späten 1970er Jahren. Der Bestand ist durch ein zweibändiges, überwiegend handschriftliches Repertorium im Umfang von 1419 Seiten erschlossen; ein Register ist nicht vorhanden. Das Findmittel entstand vermutlich in den Jahren 1919–1922 als Reinschrift aus einer Zettelsammlung. Dabei wurden die ursprünglich mit einer fortlaufenden (Bestell)-Nummer versehen und wahllos verzeichneten Rechnungen auf den ersten Blick nach Provenienzen geordnet, z.B. Rechnungen, Stift St. Burkard oder Rechnungen, Stift Haug. Wenn man die Rechnungen genauer untersucht, finden sich dort aber neben der eigentlichen stiftischen oder klösterlichen Rechnungsüberlieferung immer auch hochstiftisch würzburgische oder ganz andere Provenienzen, die sich nur auf das jeweilige Kloster oder Stift beziehen.

Die Rechnungen wurden damals neu sortiert mit dem Ergebnis, dass die Reihenfolge der Archivalien im Findbuch bis heute nicht (mehr) derjenigen am Fach entspricht. Darüber hinaus sind zahlreiche Rechnungen nur in 10 und mehr einzelne Rechnungsbände umfassenden Sammeleinträgen erfasst. Da der Rechnungsselekt in den Kriegswirren des Jahres 1945 ebenfalls Verluste erlitten hatte (ca. 6 Prozent des Bestands, insbesondere die älteren Rechnungen bis zum Jahr 1600), wurde nach dem Zweiten Weltkrieg mit einer Überprüfung des Findbuchs begonnen und die fehlenden Nummern pauschal als Kriegsverlust gekennzeichnet. Leider wurde dieser Abgleich nicht zu Ende geführt, so dass bis vor wenigen Jahren der tatsächliche Umfang der fehlenden Rechnungen nicht bekannt war. Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass jede Recherche in diesem Bestand für Archivarinnen und Archivare und erst recht für Benützerinnen und Benützer zu einer echten Herausforderung wurde. Eine Verbesserung des Erschließungszustands war deshalb ein echtes Desiderat. Dazu wurde ein mehrstufiger Projektplan entworfen, der

seit dem Frühjahr 2014 systematisch umgesetzt werden konnte.

Aus der Erfahrung mit der Retrokonversion der ähnlich aufgebauten Findmittel zu den älteren Aktenbeständen des Staatsarchivs heraus wurde zunächst eine systematische Erfassung aller Rechnungen nach ihrer Bestellnummer am Fach durchgeführt und das Ergebnis in die archivische Datenbank eingespielt. Dazu wurde das Staatsarchiv an mehreren Tagen geschlossen und alle verfügbaren Mitarbeiter an dieser nur im Team zu bewältigenden, relativ gleichförmigen Arbeit beteiligt. Danach begann die eigentliche manuelle Retrokonversion des Findmittels, die sich bis zur Mitte des Jahres 2017 hinzog. Diese Arbeit konnte nur von Mitarbeitern des Staatsarchivs durchgeführt werden, da sie mit einer sehr häufigen Überprüfung der Originale am Fach verbunden war. Nach Abschluss dieses Arbeitsschrittes blieben etwa 800 Datensätze übrig, für die es zwar eine Bestellnummer, aber keine Erschließungsinformationen gab. Diese Archivalien wurden in den letzten Monaten nacherfasst.

Als Zwischenergebnis liegt nun ein in der archivischen Datenbank erfasstes, zwar immer noch mit Fehlern behaftetes und nicht provenienzreines Findmittel vor, das aber vollständig und bequem recherchierbar ist. Gleichzeitig wurde eine geeignete Ausgangsbasis geschaffen, von der aus die angestrebte endgültige provenienzgemäße Aufteilung der Rechnungen systematisch vorangetrieben werden kann. Mit dem Aufbau entsprechender Rentamtsbestände des 19. Jahrhunderts wurde hier bereits begonnen.

Abschließend seien noch zwei nicht uninteressante Erkenntnisse aufgeführt, die sich als Nebenprodukte aus der Beschäftigung mit dem Rechnungsselekt ergeben haben: 1. Die auch im Kurzführer des Staatsarchivs Würzburg noch publizierte Einschätzung, dass die Rechnungen in der Regel nicht vor 1600 zurückreichen, kann dahin relativiert werden, dass durchaus einige Exemplare aus früherer Zeit noch vorhanden sind. 2. Der größere Teil der Überlieferungslücken bei den Rechnungen geht nicht auf die Kriegsereignisse von 1945 zurück, sondern auf bisher nicht bekannte Kassationsmaßnahmen insbesondere im Jahr 1908, bei denen im größeren Umfang „Zweitschriften“ von Rechnungen quer durch alle Provenienzen eingestampft wurden. Mit dieser und anderen Maßnahmen versuchten die Archivare der drängenden Platzprobleme im damaligen Kreisarchiv Würzburg Herr zu werden, die sich aus den fortwährenden

Verzögerungen bei der Errichtung eines eigenen Archivzweckbaus in Würzburg ergaben.

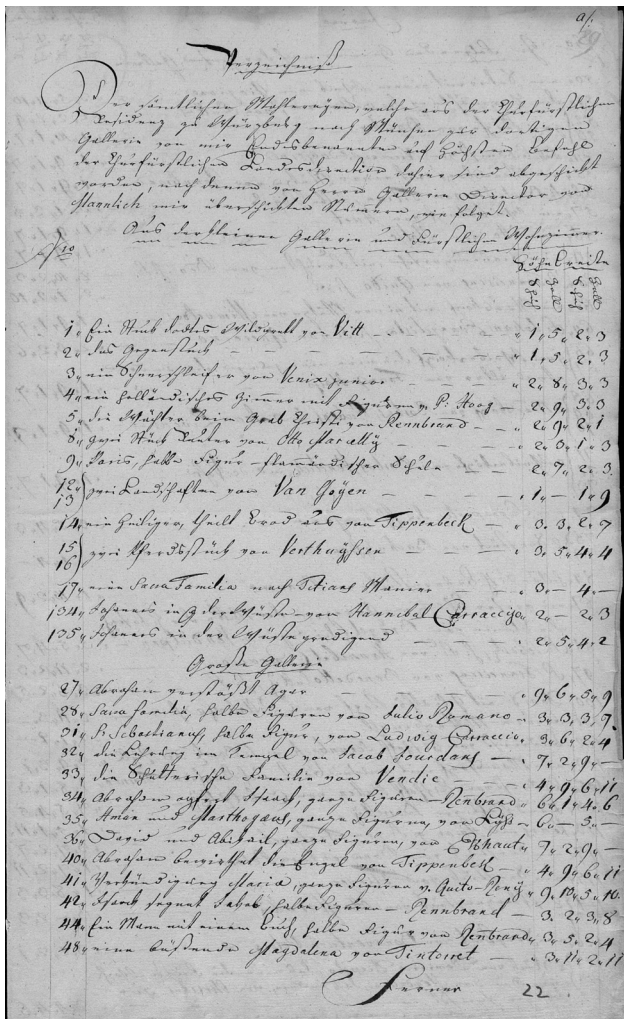
Jens Martin

Bestände des frühen 19. Jahrhunderts im Staatsarchiv Würzburg neu strukturiert

Die neuere Forschungsliteratur zur Geschichte Unterfrankens in den von politischen, verfassungs- und verwaltungsgeschichtlichen Umbrüchen gekennzeichneten ersten beiden Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts ist überschaubar. Nicht selten wird dies mit der schlechten Quellenlage des Staatsarchivs Würzburg begründet, hervorgerufen durch die Kriegsverluste des Jahres 1945. Dem Staatsarchiv ist es seit Jahren ein großes Anliegen, diesem auch bei anderen Fragestellungen allzu leicht geäußerten Verdikt vollständige Übersichten über die tatsächlich heute noch vorhandenen staatlichen archivalischen Quellen gegenüberzustellen. Dazu ist es notwendig, die Erschließungslage der Dokumente, die heutigen Standards nicht mehr entspricht, kontinuierlich zu verbessern und insbesondere die Mischbestände aufzulösen und durch provenienzreine, gut strukturierte, im Internet recherchierbare Fonds zu ersetzen. Für das frühe 19. Jahrhundert ist diese strategische Zielsetzung zumindest hinsichtlich des mittleren und östlichen Teils des Regierungsbezirks nun ein gutes Stück vorangekommen.

Im Zuge der Vorbereitung und anschließenden Durchführung dieses Projekts musste zuerst der damalige verfassungs- und verwaltungsgeschichtliche Rahmen rekonstruiert werden. Kurzgefasst stellt er sich folgendermaßen dar:

Unmittelbar nach der zivilen Inbesitznahme des Hochstifts Würzburg durch Kurbayern Ende November 1802 begann hierarchisch und zeitlich gestaffelt der Neuaufbau einer an den altbayerischen Verhältnissen orientierten Verwaltungsstruktur. Zeitgleich mit dem politischen Wechsel wurde zunächst die alte Verwaltungsspitze – die hochstiftische Geheime Kanzlei – durch das Generallandeskommissariat in Franken ersetzt, das auch für das Fürstentum Bamberg zuständig war. An die Stelle der hochstiftischen Mittelbehörden trat im Mai 1803 die kurfürstliche Landesdirektion Würzburg. Die zahlreichen Unterbehörden des Hochstifts,



Erstes Blatt des Verzeichnisses über 128 Gemälde, die 1804 aus der Würzburger Residenz an die königliche Galerie in München abgegeben werden sollten (Staatsarchiv Würzburg, Landesdirektion 367, Blatt 22).

des Domkapitels und der sonstigen Würzburger Stifte und Klöster wurden erst mit Wirkung zum 8. November 1804 endgültig durch die bayerischen Landgerichte (älterer Ordnung) bzw. Rentämter abgelöst. Die Schaffung des souveränen Großherzogtums Würzburg zum 1. Februar 1806 machte einen weiteren tektonischen Schnitt erforderlich. Dessen Verwaltungsstruktur – eine Mischung aus übernommenen kurbayerischen Verwaltungsreformen und eigenen Fortschreibungen – überdauerte wiederum in Teilen das Ende des Rheinbundstaates im Juni 1814. Erst mit der Errichtung der Regierung des Untermainkreises als neuer Mittelbehörde für den gesamten neugeschaffenen Regierungsbezirk zum 1. April 1817 kamen die fortwährenden Änderungen zu einem längerfristigen Stillstand.

Parallel zu diesen konzeptionellen Überlegungen begann die zeitraubende Ermittlung, teilweise Neu-

verzeichnung und abschließende (Re-)Strukturierung der völlig verstreuten Archivalien.

Vor diesem Hintergrund konnten für die kurbayerische Zeit (Nov. 1802 – Jan. 1806) folgende Bestände aufgebaut werden:

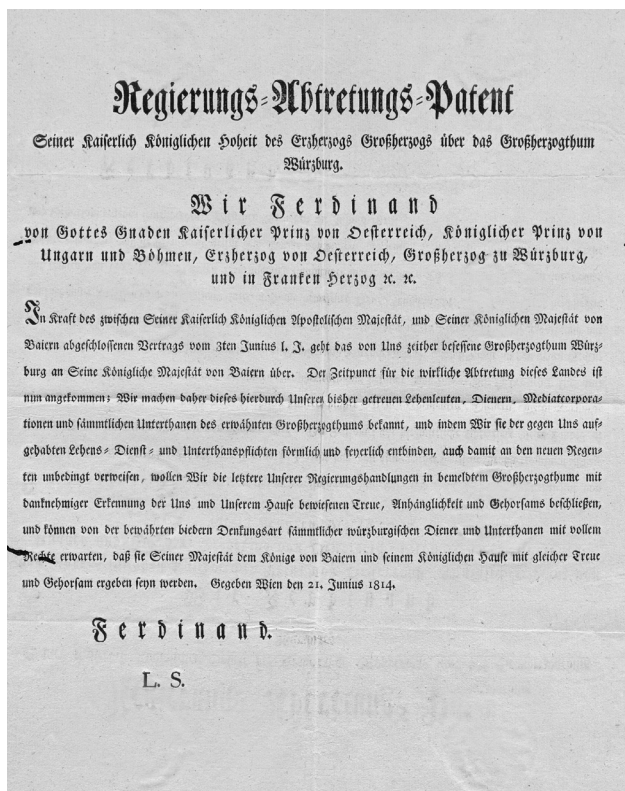
- Generallandeskommissariat in Franken (72 Archivalien)
- Spezialkommission in Administrativangelegenheiten der Stifte und Klöster (65 Archivalien)
- Landesdirektion Würzburg (389 Archivalien)
- Schulkommissariat Würzburg (10 Archivalien)
- Landkommissariat Schweinfurt (15 Archivalien)
- Landkommissariat Würzburg (9 Archivalien).

Für die Zeit des Großherzogtums (GHT) Würzburg (1806–1814/17) existieren nun folgende Fonds auf zentraler und mittlerer Verwaltungsebene:

- GHT Würzburg, Geheimer Staatsrat (408 Archivalien)
- GHT Würzburg, Landesdirektion (842 Archivalien)
- GHT Würzburg, Landesdirektion, Oberkriegskommissariat (23 Archivalien)
- GHT Würzburg, Militär-Oberkommission (589 Archivalien)
- GHT Würzburg, Schulkommission (297 Archivalien)
- GHT Würzburg, Universitätskuratel (86 Archivalien).

Alle Findmittel zu diesen Beständen sind über die Homepage der Staatlichen Archive Bayerns (www.gda.bayern.de) bequem online zu recherchieren. Noch nicht abschließend bearbeitet sind die Unterlagen des kurbayerischen und des großherzoglichen Hofgerichts in Würzburg sowie die jeweiligen Urkundenbestände. Das überlieferte Schriftgut der Unterbehörden (Landgerichte ä.O. und Rentämter) wird schon seit längerem provenienzgemäß aufgebaut.

In die neugeformierten Bestände flossen auch zahlreiche Akten ein, die bisher in den Staatsarchiven Bamberg, Nürnberg, Ludwigsburg sowie im Bayerischen Hauptstaatsarchiv in München (Abt. IV Kriegsarchiv) verwahrt wurden. Dagegen ist es (bisher) leider nicht gelungen, auch die einschlägigen Unterlagen aus dem hessischen Staatsarchiv



Regierungsabtretungspatent des Großherzogs Ferdinand vom 21. Juni 1814 (Staatsarchiv Würzburg, Großherzogtum Würzburg, Militär-Oberkommission 108, Foto: Josef Hetzer, Staatsarchiv Würzburg).

Marburg nach Würzburg zurückzuholen. Dennoch kann sich das erzielte Arbeitsergebnis sehen lassen. Trotz der unbestreitbar erheblichen Kriegsverluste sind im Staatsarchiv Würzburg zahlreiche Unterlagen des frühen 19. Jahrhunderts aus „unterfränkischen“ Behördenregistraturen vorhanden. Sie sind sachgerecht erschlossen und damit leicht benutzbar.

Jens Martin

Retrokonversionsprojekt „Unterfränkische Spruchkammern“

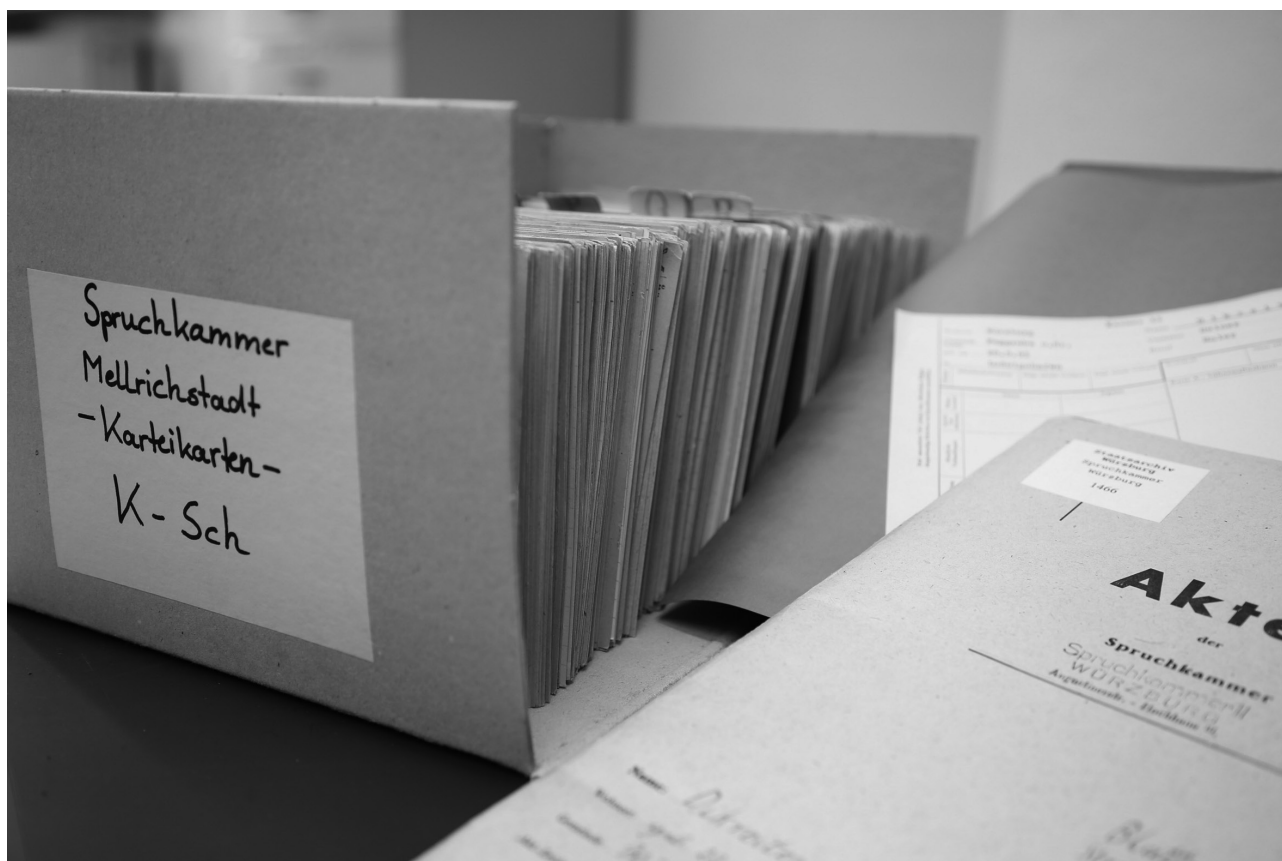
Im Staatsarchiv Würzburg konnten innerhalb eines Jahres die Findmittel von 13 unterfränkischen Spruchkammern (Verfahrensakten) retrokonvertiert, d.h. in die interne Findmitteldatenbank übertragen und damit intern digital verfügbar gemacht werden.

Spruchkammern wurden 1946 in der amerikanischen Besatzungszone eingeführt, um die Bevölkerung im Sinne des Gesetzes zur Befreiung von

Nationalsozialismus und Militarismus vom 5. März 1946 zu entnazifizieren. Jeder Deutsche über 18 musste den sogenannten Meldebogen ausfüllen. Die Angaben in den Meldebögen bildeten die Grundlage für die vorläufige Einstufung in eine von fünf Gruppen (I Hauptschuldige, II Belastete, III Minderbelastete, IV Mitläufer, V Entlastete) und die darauf aufbauende Einleitung eines Spruchkammerverfahrens. Die Verfahren endeten mit dem endgültigen Spruch und gegebenenfalls Sühnemaßnahmen. In jedem unterfränkischen Landkreis wurde eine Spruchkammer eingerichtet, hinzu kamen eigene Spruchkammern für die kreisfreien Städte Würzburg, Schweinfurt und Aschaffenburg sowie die Lagerspruchkammer des Internierungslagers Hammelburg.

Im Staatsarchiv Würzburg gibt es keinen eigenen Bestand der Lagerspruchkammer (LSK). Verfahrensakten der Lagerspruchkammer Hammelburg befinden sich vereinzelt in den Beständen der anderen Spruchkammern und sind dort u.a. am Aktenzeichen erkennbar. Gemäß dem Mitteilungsblatt des Bayerischen Staatsministeriums für Sonderaufgaben 20/3 vom 20. Dezember 1948 sollten abgeschlossene Spruchkammerverfahren der LSK von Personen, die in Bayern ansässig waren, an die für den Wohnsitz der Betroffenen zuständige Spruchkammer/Abwicklungsstelle und über die Hauptkammern schließlich an die Amtsgerichte zur weiteren Aufbewahrung abgegeben werden. Noch nicht abgeschlossene Verfahren wurden zur Weiterführung an die zuständige Hauptkammer gebracht. Falls Betroffene nicht in Bayern wohnten, gingen die abgeschlossenen Verfahrensakten zur Aufbewahrung an das Ministerium. In den Jahren 2000 und 2001 gaben die Amtsgerichte die Spruchkammerunterlagen an die bayerischen Staatsarchive zur Archivierung ab.

Anfang 2017 waren von den 25 Spruchkammerbeständen des Staatsarchivs Würzburg nur zwölf über die interne Findmitteldatenbank bzw. ein ausgedrucktes Repertorium recherchierbar gewesen. Die übrigen 13 Spruchkammern waren über alphabetisch geordnete Karteikarten zugänglich, die in den Spruchkammerregistraturen angefertigt worden waren. Eine Recherche in den Beständen gestaltete sich bisher äußerst mühsam und zeitaufwändig. Dieser Umstand wurde durch das Retrokonversionsprojekt „Unterfränkische Spruchkammern“ geändert. Acht Spruchkammerkarteien (Hammelburg, Karlstadt, Königshofen, Lohr, Marktheidenfeld, Mellrichstadt, Miltenberg und



Archivkarton mit Karteikarten (K-Sch) der Spruchkammer Mellrichstadt und Spruchkammerakt des Künstlers und ersten Leiters der Städtischen Galerie Würzburg, Heiner Dikreiter (Staatsarchiv Würzburg, Spruchkammer Würzburg 1466, Foto: Ursula Schedl, Staatsarchiv Würzburg).

Obernburg) wurden von einer für Retrokonversionsarbeiten angestellten Teilzeitkraft bearbeitet. Die restlichen fünf Karteien (Alzenau, Bad Brückenau, Bad Kissingen, Gemünden und Kitzingen) wurden extern durch die Firma ArchivInForm retrokonvertiert.

Zunächst musste jedoch festgelegt werden, welche Angaben auf den Karteikarten überhaupt bei der Retrokonversion zu übernehmen seien. Die knappe Verzeichnung der bereits in der Datenbank geführten Spruchkammerverfahrensakten wurde nicht übernommen. Nach dem Grundsatz „Das Ergebnis der Retrokonversion sollte in Bezug auf den Informationsgehalt nicht hinter den Karteikarten zurückstehen“ wurde der Betreff für Verfahrensakten erweitert. Neben Name, Geburtsdatum, Geburts- und Wohnort der betreffenden Person wurden nun auch der Beruf und die Einstufung bzw. die Amnestie bei der Formulierung des Betreffs berücksichtigt. Zusätzlich wurden die Aktenzeichen übernommen. Die Laufzeit wurde anhand verschiedener Eintragungen (Zeitraum zwischen der ältesten und jüngsten Angabe) ermittelt. Bei der exter-

nen Retrokonversion sollte bei der Laufzeit auf die Angaben im Feld „Rechtskraft“ zurückgegriffen werden. Falls keinerlei Laufzeitangaben auf den Karteikarten zu finden waren, wurde nachträglich „1946–1948“ als Laufzeit eingespielt.

Das Projekt konnte bis auf kleinere Nachbearbeitungen Ende des Jahres 2017 abgeschlossen werden. Die Verfahrens- und Verwaltungsakten der unterfränkischen Spruchkammern sind nun alle digital erfasst (73.771 Datensätze/Archivalien). Bei zukünftigen Recherchen kann für einen Teil der Spruchkammern sogar nach Berufsgruppen (z.B. Lehrer) und Einstufungen wie etwa „Mitläufer“ oder „Weihnachtsamnestie“ recherchiert werden.

Christina Oikonomou

Bestandserhaltung

„In München steht ein Hofbräuhaus ...“ Erwerb und Restaurierung wertvoller Planunterlagen

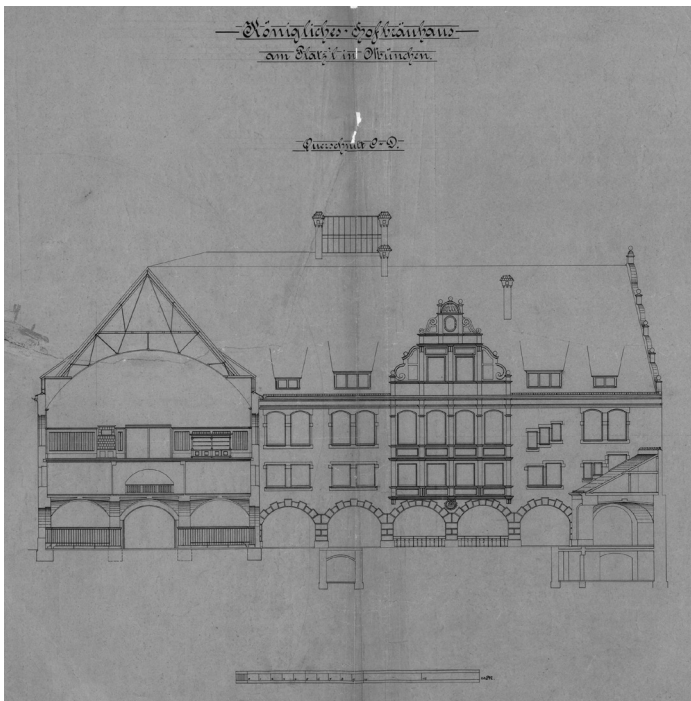
Das Hofbräuhaus am Platzl gehört zu den beliebtesten Münchener Sehenswürdigkeiten, nicht nur wegen der markanten Architektur dieses archetypischen Bierpalasts. Als Staatsbetrieb unterhält das Hofbräuhaus zudem eine eigene Niederlassung in den USA. Dorthin hatte sich Ende 2016 ein privater Anbieter aus dem Münchener Umland gewandt, der mehrere Originalbaupläne – zwölf Transparentpläne und 14 Lichtpausen – aus der Bauzeit des „neuen“ Hofbräuhauses am Platzl 1896/97 sowie späterer Umbauten aus dem Jahr 1915 zum Kauf anbot. Der Fall landete in der Zentrale des Hofbräuhauses, die das Staatsarchiv München beizog. Rasch konnte geklärt werden, dass die Pläne nicht aus der archivierten staatlichen Überlieferung stammten, diese aber sinnvoll ergänzen würden. Umso erfreulicher war die Bereitschaft des Hofbräuhauses, den Erwerb der Pläne finanziell zu unterstützen, nachdem die Provenienz zweifelsfrei geklärt war. So stammen die Pläne von dem seinerzeit mit der Planung des Neubaus beauftragten Münchener Bauunternehmen Heilmann & Littmann, das für zahlreiche Prachtbauten der Prinzregentenzeit verantwortlich zeichnete, 1980 fusionierte und 2005 in Konkurs gegangen ist. Bei dieser Gelegenheit müssen wertvolle Unterlagen verstreut und vermutlich auch vernichtet worden sein. Die nun archivierten Pläne zeigen Entwurfszeichnungen zu einzelnen baulichen Details sowie Aufrisse des gesamten Gebäudes, das im Stil der Neorenaissance errichtet wurde. Um die Benutzung gewährleisten zu können, war zunächst eine umfangreiche konservatorische Behandlung der teilweise stark geschädigten Archivalien notwendig.

Transparentpläne gibt es bereits seit dem 15. Jahrhundert. Damals wurde Transparenz erreicht, indem man die Büttenpapiere mit Ölen, Harzen oder Wachsen tränkte. Diese sogenannten Ölpapiere verlieren über die Jahrhunderte, bedingt durch das Diffundieren der flüchtigen Bestandteile der verwendeten Substanzen, ihre Transparenz und verbraunen und verspröden stark. Modernes Transparentpapier wird seit ca. 1850 hergestellt. Seine Transparenz entsteht bei der Papierherstellung

durch eine besondere Art der Aufbereitung der Zellulosefasern („schmierige Mahlung“) und ein starkes Pressen, wodurch ein sehr dichtes Papier ohne Lufteinschlüsse entsteht.

Die Transparentpläne waren alle einzeln gerollt und mussten zunächst in einem sogenannten Goretex-Sandwich geglättet werden. Dieses besteht im Wesentlichen aus einem angefeuchteten Karton, über dem ein Goretex-Vlies liegt. Das Objekt wird auf das Vlies gelegt und mit Polyesterfolie abgedeckt, um eine Feuchtekkammer zu schaffen. Die feinen Poren des Vlieses ermöglichen eine sehr gleichmäßige, kontrollierte Befeuchtung (Konditionierung). Durch die besonderen Eigenschaften von Transparentpapier gelingt das Glätten, indem man die außenliegende (überdehnte) Seite der Rolle feuchtet und den Plan anschließend zwischen Wollfilzen beschwert trocknen lässt. Beim Trocknen schrumpft die gefeuchtete Seite des Planes und zieht dadurch die andere Seite glatt. Nach dem Trocknen wurden die Pläne mit einem Mikrofasertuch und Radiergummi gereinigt. Da Transparentpapier eine sehr glatte Oberfläche hat, muss ein Einwaschen des Schmutzes beim Feuchten nicht befürchtet werden. Anschließend wurden Selbstklebebänder mit dem Skalpell abgehoben und der Klebstoff mit einer Wasser/Alkohollösung und einem Wattestäbchen entfernt. Danach konnten die Risse und Fehlstellen mit Japanpapier geschlossen werden. Um Spannungen im Papier zu vermeiden, darf möglichst wenig Feuchtigkeit eingebracht werden. Die Fehlstellen wurden nur soweit ergänzt, dass weitere Schäden durch die Benutzung vermieden werden. Die Transparentpläne wurden abschließend mit transparentem Archivpapier als Zwischenlage in säurefreie Umschläge gelegt.

Lichtpausen sind Kopien von Transparentplänen, die durch ein fotografisches Verfahren auch heute noch hergestellt werden können. Je nach verwendeter Technik gibt es verschiedene Bezeichnungen: Cyanotypie (weiße Linien auf blauem Grund), Sepia-Kopie (weiße Linien auf braunem Hintergrund oder umgekehrt), Eisengallus-Kopie (schwarzbraune Linien auf hellem Grund) und Silbergelatine-Kontaktkopie (weiße Linien auf schwarzem Grund oder umgekehrt). Alle diese Kopien bestehen aus meist hochwertigem Baumwollpapier mit einer fotografischen Beschichtung und entstanden durch

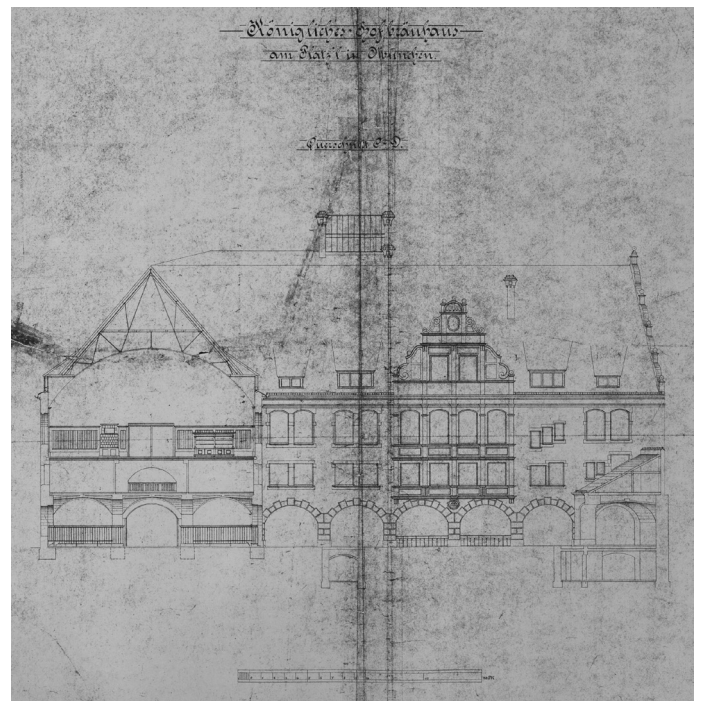


Transparentplan geglättet und restauriert mit Fehlstellen-ergänzung (Staatsarchiv München, Plansammlung 8957).

Auflegen des Transparentplans auf das Papier mit anschließender Belichtung. Dabei werden alle Fehler des Originals – Knicke, Falten und Klebstreifen – mit abgebildet. Das bekannteste Verfahren ist jedoch die Diazotypie mit meist violettbraunen Linien auf hellem Grund. Die einzelnen Verfahren sind teilweise nur mit großem Aufwand sicher voneinander zu unterscheiden. Da das Diazotypieverfahren aber erst ab 1924 eingeführt wurde, handelt es sich im vorliegenden Fall vermutlich um Eisengal-lus-Kopien – vorausgesetzt die Kopien wurden im Entstehungszeitraum der Transparentpläne angefertigt. Auch die Papierqualität spricht dafür, denn für Diazotypien wurden weniger hochwertige Papiere verwendet.

Diese Lichtpausen wurden ebenfalls nach dem Reinigen durch vorsichtiges beidseitiges Feuchten und anschließendes Pressen geglättet. Dadurch konnten die starken Stauchungen an beiden Enden des größten Formates zufriedenstellend beseitigt werden. Kleine Risse und Fehlstellen wurden mit Japanpapier geschlossen und die Lichtpausen in neutrale Umschläge gelegt. Da es sich bei den Lichtpausen um fotografische Abbildungen handelt, darf kein gepuffertes Material verwendet werden.

Transparentpläne und Lichtpausen wurden abschließend zusammen in eine maßgefertigte ver-



Beim Lichtpausverfahren werden alle Schäden des Originals abgebildet (Staatsarchiv München, Plansammlung 8957).

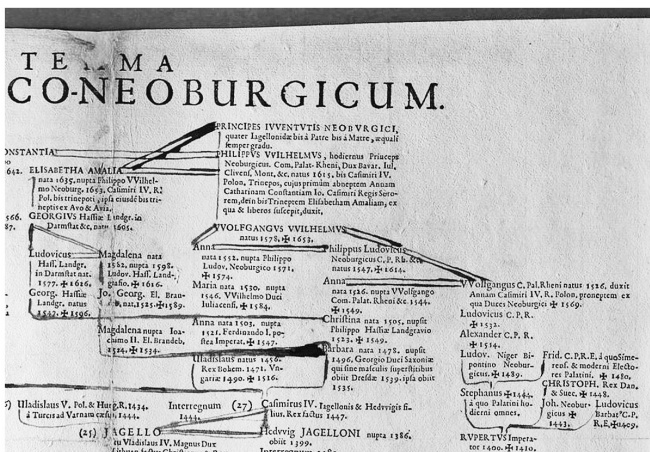
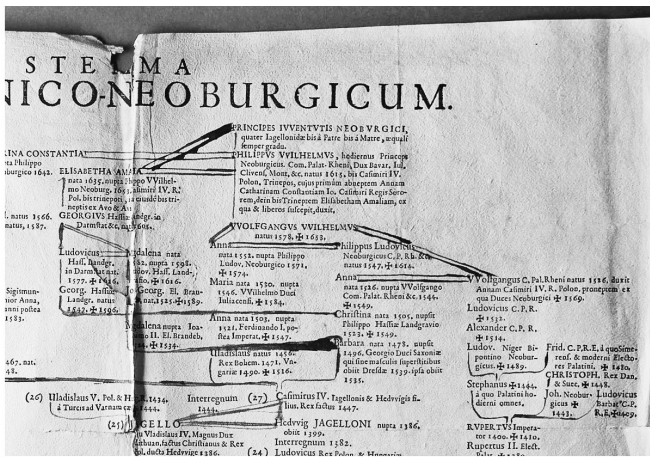
schließbare Mikrowellenmappe verpackt. Da die Pläne digitalisiert wurden, kann künftig auf die Benutzung der Originale verzichtet werden.

Hildegard Hagen, Michael Unger

Einblattdruck mit eigenhändiger Unterschrift von Gottfried Wilhelm Leibniz restauriert

Bei Forschungsarbeiten im Bayerischen Hauptstaatsarchiv wurde in einem Akt des Geheimen Hausarchivs ein Einblattdruck entdeckt, der die Unterschrift des Universalgelehrten Gottfried Wilhelm Leibniz (1646–1716, Signatur: GHA, Korrespondenzakten 144/3) trägt (s.o. S. 43f.). Die Bedeutung dieses Stückes weckte den Wunsch, das verschmutzte und leicht beschädigte Blatt in der Restaurierungswerkstatt wieder in Stand zu setzen.

Neben mehreren Rissen und Fehlstellen im Bereich der Faltungen wies das Papier oberflächliche Verschmutzungen, auffällige Flecken sowie Wasserränder auf. Eine restauratorische Bearbeitung hatte daher zum Ziel, das Blatt zu säubern, Flecken und Wasserränder nach Möglichkeit zu reduzieren und Risse und Fehlstellen zu schließen.



Genealogische Tabelle vor und nach der Restaurierung (Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Abt. III GHA, Korrespondenzakten 144-3).

Um den aufliegenden Schmutz zu entfernen, wurde das Blatt zunächst mit einem Latexschwamm von beiden Seiten trockengereinigt. Die Trockenreinigung ist dabei auch eine unumgängliche Vorbereitung für eine anschließende wässrige Behandlung, damit sich der Schmutz nicht im Papiervlies festsetzen kann.

Anschließend wurde das Blatt in Vorbereitung auf eine Fleckenbehandlung auf die mögliche Löslichkeit der Tinte unter Verwendung von Wasser und Ethanol getestet. Da dieser Test auch nach mehrmaligem Durchführen negativ war, konnte eine Behandlung mit dem betreffenden Lösemittel gefahrlos durchgeführt werden. Als nächster Schritt wurde eine wässrige Behandlung am Saugtisch durchgeführt. Durch den dort erzeugten Unterdruck kann die Wässerung des Papiers lokal beeinflusst werden und im Papier angesammelte Schmutzpartikel werden direkt in den darunter liegenden Löschkarton gesaugt. Mit dieser Behandlung wurden Wasserränder und leichtere Verschmutzungen

minimiert und so das optische Gesamtbild verbessert.

Die Risse im Bereich der Faltungen wurden rückseitig mit einem dünnen Japanpapier geschlossen. Zur Fehlstellenergänzung kam ebenfalls Japanpapier zum Einsatz, das in einer zum Original passenden Papierstärke und -färbung ausgewählt und mittels Intarsientechnik eingesetzt wurde. Hierbei wird die Ergänzung präzise an die Fehlstellenkanten angepasst und von der Rückseite mit einem dünneren Japanpapier verklebt.

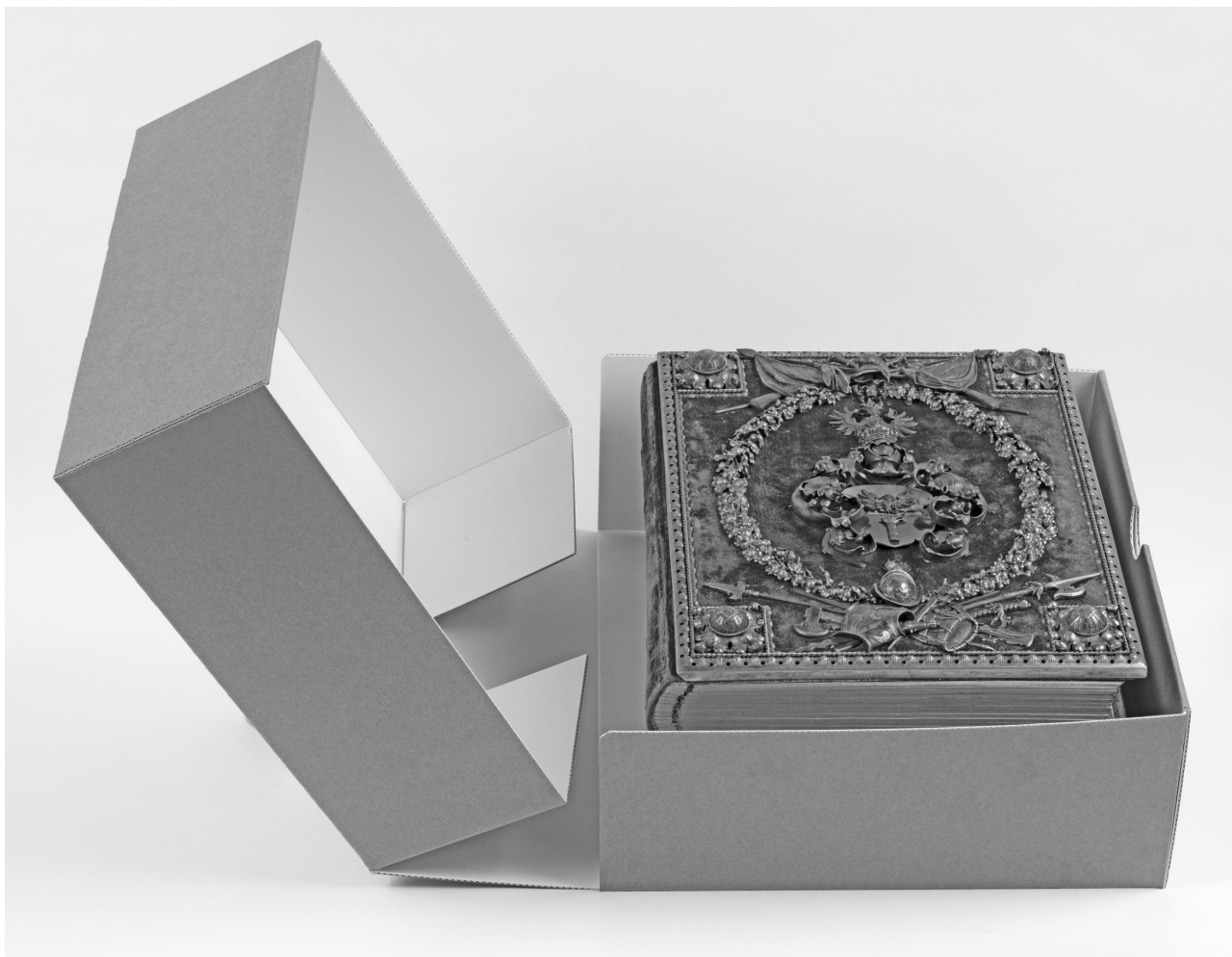
Durch die restauratorische Bearbeitung konnte nicht nur der optische Gesamteindruck des Papiers verbessert, sondern auch eine zukünftige Benutzung durch die Sicherung der Risse und Fehlstellen ermöglicht werden. Für die Benützung liegt ein hochwertiges Digitalisat vor.

Doreen Mußmann

Bestand „Porträtsammlung III [Alben]“ des Kriegsarchivs jetzt optimal verpackt

Zu den Schätzen der Abteilung IV Kriegsarchiv des Bayerischen Hauptstaatsarchivs gehören rund 200 Fotoalben unterschiedlichsten Formats, die im Bestand Porträtsammlung III [Alben] vereinigt sind. Die Unterbringung der Alben war bislang unzureichend, lagerten sie doch in teils offenen Schubern und waren deshalb Schmutz und Staub nahezu schutzlos ausgeliefert. Hinzu kam, dass die zum Teil aufwändig hergestellten Einbände aus Leder oder Samt sowie die kunstfertig gestalteten Metallschließen vor mechanischen Beschädigungen nicht geschützt waren. Durch ein Verpackungsprojekt des vergangenen Jahres wurden die konservatorischen Bedingungen nun wesentlich verbessert. Für jedes Fotoalbum fertigte ein externer Dienstleister von allen Seiten dichtschießende, grau-blaue Klappkassetten. Der Dienstleister hatte im Vorfeld jedes Album millimetergenau vermessen und konnte deshalb exakt zugeschnittene Boxen herstellen. Diese wurden planliegend ins Archiv geliefert und mussten dort nur noch aufgefaltet werden. Somit sind die Alben nun licht- und staubgeschützt und können guten Gewissens im Lesesaal zur Benützung vorgelegt werden.

Beim Bestand Porträtsammlung III [Alben] handelt es sich um eine mehrere tausend Stücke umfas-



Am 14. November 1886 erhielt der scheidende Kommandeur Josef von Belli de Pino (gest. 11. September 1926) des 2. Infanterieregiments ein Regimentsalbum. Es enthält 71 beschriftete Aufnahmen von Offizieren des Regiments im Format 9 x 6 cm. Die prunkvolle Verzierung besteht aus grünem Samteinband samt vergoldeten Metallbeschlagen, Wappendarstellung und militärischer Emblematik. Das Album stammt aus dem Nachlass von Bellis und wurde dem Kriegsarchiv durch Herrn Geheimrat Schedl am 15. Dezember 1926 gestiftet (Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Porträtsammlung III [Alben] 50, Foto: Doris Wörner, Bayerisches Hauptstaatsarchiv).

sende Sammlung qualitativ sehr hochwertiger Fotos (meist Porträts) von Offizieren der bayerischen Armee, in einigen Fällen auch auswärtiger Heere. So existiert z.B. eine Porträtgalerie der regierenden Fürsten und Fürstinnen des Deutschen Reichs oder von Generälen der deutschen Armee. Die Bilder decken ungefähr den Zeitraum von 1850 bis 1918 ab, reichen also in einigen Fällen bis in die Frühzeit der Fotografie zurück. In der Regel umfassen die Alben alle Offiziere eines Regiments oder Bataillons zum Zeitpunkt der Herstellung der Aufnahmen. Die Alben wurden zu unterschiedlichen Anlässen angelegt, etwa zu Jubiläen. Nicht selten erhielt der Regimentsinhaber beim Ausscheiden aus dem aktiven Dienst das Album als Abschiedsgeschenk. In späteren Jahren stiftete es dann der Beschenkte oder einer seiner Nachkommen dem Kriegsarchiv. Allerdings sind sowohl der Zeitpunkt

der Stiftung wie der Name des Stifters nicht in allen Fällen bekannt.

Erschlossen ist die Sammlung über eine alphabetische Namenkartei, die freilich auch Porträts anderer bayerischer Offiziere umfasst. Diese liegen in den – ebenfalls mehrere tausend Nummern umfassenden – Beständen Porträtsammlung I [Visitenkartenformate], II [Postkartenformate] und III [Grossformate]. Es ist möglich, dass zu ein und derselben Person mehrere Fotos überliefert sind (z.B. Aufnahme als Hauptmann und später als Major). Für jede Suche nach Bildmaterial zu bayerischen Offizieren der 2. Hälfte des 19. und des beginnenden 20. Jahrhunderts sind die genannten Bestände eine wahre Fundgrube.

Thomas Steck

Archivgut auf 35 mm – Aus der Arbeit der Sicherungsverfilmung im Jahr 2017

2017 erhielt das Gebäude Schönfeldstraße 3 eine umfassende Sanierung. Daher musste der Bauteil für ein dreiviertel Jahr vollständig geräumt werden. Dies führte Ende Januar 2017 auch zur Schließung der Sicherungsverfilmungswerkstatt des Bayerischen Hauptstaatsarchivs. Die Verfilmungskräfte beschäftigten sich bis zur Wiedereröffnung der Werkstatt im November 2017 einerseits mit der Vorbereitung von künftigem Verfilmungsgut. Andererseits konnten sie viele Tausend bislang nur in papierener Form vorliegende Altdaten (v.a. Filmnummern) eines norddeutschen Landesarchivs elektronisch nacherfassen.

Wegen der Werkstattschließung entstanden 2017 lediglich 122 Sicherungsfilm mit 235.000 Aufnahmen, was etwa einem Sechstel der üblichen Jahresleistung entspricht. Auf 41 dieser Filme befinden sich weitere Aufnahmen zum Bestand „Polizeidirektion“ des Staatsarchivs München. Dieses 2015 begonnene Verfilmungsprojekt (vgl. Nachrichten Nr. 70/2016, S. 69f.) wird voraussichtlich im Laufe des Jahres 2018 vollendet werden können.

Die übrigen 81 Filme enthalten Aufnahmen von Beständen des Hauptstaatsarchivs: Fortgeführt wurde die 2016 angelaufene Bearbeitung des Bestandes „Kurbayern Landesdirektion von Bayern in Klostersachen“ (41 Filme; vgl. Nachrichten Nr. 72/2017, S. 70f.). Auch kam ein weiterer Teilausschnitt der sehr umfangreichen Überlieferung des Bayerischen Staatsministeriums für Justiz (MJu) zur Verfilmung (23 Filme). Ferner konnte ein Nachlass gesichert werden, nämlich der von Joseph Panholzer (204 Archivalien, Laufzeit 1874–1973). Panholzer (1895–1973), der heute kaum mehr bekannt ist, war eine interessante Figur der bayerischen Nachkriegspolitik: Der Jurist wurde als engagierter Katholik und Pazifist 1937 im KZ Dachau inhaftiert, danach floh er nach Frankreich. Nach dem Krieg trat Panholzer der CSU bei, wechselte aber bald zur Bayernpartei. Daneben war er u.a. als Generalbevollmächtigter der Abtei Ettal und als Rechtsberater des französischen Generalkonsulats und der bayerischen Landesärztekammer tätig. 1954 bis 1957 wirkte er als Staatssekretär im Finanzministerium, 1967 begründete er die Bayerische Staatspartei mit. Panholzers Nachlass enthält beispielsweise Unterlagen über seine Teilnahme am Ersten



Verfilmung in Zweiertteams: Ulrike Dudek bringt Metadaten auf der Stecktafel an, Ingrid Steiner bereitet das Verfilmungsgut vor.



Verfilmung an einer Zeutschel-Kamera OK 401. Verfilmt wird ein Ausgaberegister des Klosters St. Nikola bei Passau aus den Jahren 1390 bis 1396.



Qualitätssicherung: Jeder Film wird direkt nach der Entwicklung Bild für Bild auf Lesbarkeit und Vollständigkeit hin geprüft (alle Fotos: Doris Wörner, Bayerisches Hauptstaatsarchiv).

Weltkrieg, über KZ-Haft und Exil. Auch die Tätigkeit als Rechtsanwalt in Wiedergutmachungsprozessen und im sogenannten Auerbach-Prozess sowie Panholzers politisches Wirken werden beleuchtet. Bestände wie dieser sind wichtig, weil sie die Überlieferung öffentlicher Institutionen durch persönliche

Dokumente ergänzen, bereichern, konkretisieren und mitunter auch relativieren. Im Barbara-Stollen in Oberried im Schwarzwald bilden Filme mit Aufnahmen von Archivalien privater Herkunft deshalb einen willkommenen Zuwachs.

Sarah Hadry

Archivbau

Richtfest beim Erweiterungsbau des Staatsarchivs Bamberg

Ein Jahr nach dem Spatenstich konnte am 19. Oktober 2017 das Richtfest für den Erweiterungsbau des Staatsarchivs Bamberg gefeiert werden. Nach der Begrüßung der Gäste durch Generaldirektorin Dr. Margit Ksoll-Marcon zeigte sich Melanie Huml, MdL, Bayerische Staatsministerin für Gesundheit und Pflege, die den Bayerischen Staatsminister für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst Dr. Ludwig Spaenle, MdL, vertrat, im Namen der Staatsregierung erfreut über den Baufortschritt. In Anwesenheit von Heinrich Rudrof, MdL und Regierungspräsidentin Heidrun Piwernetz betonte sie die Bedeutung des Staatsarchivs als transparentes Gedächtnis des Regierungsbezirks Oberfranken und wichtigen Faktor für die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit ihrem Lebensumfeld.

Der sechsgeschossige Baukörper entsteht im Anschluss an die Bestandsgebäude auf einem Bauplatz, der bereits 1921 für die Erweiterung des 1905 fertiggestellten Archivbaus erworben worden war. Musikalisch begleitet von Karlheinz Busch auf dem Cello, konnte die Festgesellschaft bei milder Herbstsonne vom Neobarockgarten aus den Blick über die Gebäudegenerationen des Staatsarchivs schweifen lassen: vom dreiflügeligen Bau aus königlich-bayerischer Zeit über den 1961 fertiggestellten Magazinbau und den Rohbau des Erweiterungsbaus, der demnächst mit den sandsteinfarbenen Fassadenelementen versehen werden wird. Eine gläserne Brücke wird als markantes architektonisches Zeichen Alt und Neu verbinden.

Staatsministerin Huml hob in ihrer Ansprache die Unverzichtbarkeit der staatlichen Archive für den Rechtsstaat hervor. Dass die älteste im Staatsarchiv Bamberg verwahrte Urkunde 1200 Jahre alt ist, verdeutliche die Qualität der Überlieferung. Es



Staatsministerin Melanie Huml, MdL
(Foto: Staatsarchiv Bamberg).

sei wichtig, nachvollziehen zu können, wie frühere Generationen gedacht und gehandelt hätten, um auf dieser Grundlage Entscheidungen treffen und Zukunft gestalten zu können, so die Ministerin. Sie lobte ganz besonders, dass sich das auf rund 9 Mio. Euro veranschlagte Bauprojekt im Zeit- und Kostenplan bewegt.

Leitender Baudirektor Jürgen König, Leiter des Staatlichen Bauamts Bamberg, dankte den am Bau beteiligten Firmen und sowie der Archivver-

waltung für die gute Zusammenarbeit. Zweiter Bürgermeister Dr. Christian Lange drückte die Freude über die Entscheidung des Freistaats aus, durch den Erweiterungsbau den Wissenschaftsstandort Bamberg zu stärken. Michael Schuminetz von der Firma Mickan aus Amberg sprach schließlich den Richtspruch, trank auf das Wohl des Staatsarchivs und warf traditionsgemäß das leere Glas vom Gerüst herab.

Bei einer durch Ltd. Baudirektor König geleiteten Führung bestand Gelegenheit, sich einen ersten Eindruck von den Räumen zu verschaffen. In den sechs Geschossen wird künftig Platz für 19 laufende Kilometer Archivgut sein, so dass die bislang in

Außenmagazine ausgelagerten Bestände an den Hauptstandort zurückgeholt und dort unter optimalen Bedingungen betreut werden können. Auch ein Kühlraum für Filmmaterial ist vorgesehen. Funktionsräume im Erdgeschoss werden effiziente archivfachliche Arbeitsabläufe ermöglichen. Zum Abschluss ging es zum Richtschmaus in einen der Magazinräume, in dem neben den Bauplänen eine Musterwange der vorgesehenen Rollregalanlage zu besichtigen war. Die Fertigstellung des Baus ist für Herbst 2018 vorgesehen.

Johannes Haslauer

Personalia

Dr. Gerhard Hetzer nimmt Abschied vom Bayerischen Hauptstaatsarchiv

Am 24. Januar 2018 lud der scheidende Direktor des Hauptstaatsarchivs Dr. Gerhard Hetzer seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu einer privaten Abschiedsfeier, die von seiner Familie und seiner langjährigen Sekretärin Verena Pres vorbereitet worden war, in den ersten Stock des Bayerischen Hauptstaatsarchivs. Ihrer Begrüßung durch Herrn Dr. Hetzer konnten die zahlreich erschienenen Gäste entnehmen, dass ihrem langjährigen Chef der Abschied von „seinem“ Archiv und von dem mit viel innerer Anteilnahme ausgefüllten Beruf nicht leicht fiel.

Anschließend ergriff der stellvertretende Archivar Dr. Gerhard Immler das Wort, um aus langer Bekanntschaft, die auf gemeinsame Zeiten am Staatsarchiv Augsburg zurückgeht, einige Facetten des Menschen Dr. Gerhard Hetzer aufzuzeigen, die jüngeren Kollegen weniger bekannt sind, von der engen Verbundenheit mit seiner schwäbischen Heimat bis zur Bereitschaft, viel Freizeit in die historisch-wissenschaftliche Auswertung des Archivguts zu investieren. Ganz im Sinne dieser charakterlichen Grundzüge liege es, dass Dr. Hetzer kei-

neswegs einfach in den Ruhestand trete, sondern als Vorsitzender der Schwäbischen Forschungsgemeinschaft sich weiter der quellennahen Darstellung und Vermittlung der Landesgeschichte annehmen wolle. Hervorgehoben wurde ferner, dass Dr. Hetzer seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern stets wohlwollte.

Anschließend überreichte Frau Pres im Namen aller Bediensteten Herrn Dr. Hetzer als Abschiedsgeschenk ein von ihr vorbereitetes Album mit Fotos aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie einen Geschenkkorb mit kulinarischen Spezialitäten. Als weiteres Präsent hatte die Restaurierungswerkstatt eine hochwertig gerahmte Reprografie eines Planes über die Hochablässe und Mühlbäche der Stadt Augsburg von 1558 vorbereitet, dessen Original sich in der Plansammlung des Bayerischen Hauptstaatsarchivs befindet. Es soll Dr. Hetzer stets an die Verbindung zwischen seiner Heimatstadt und seiner langjährigen Dienststelle erinnern. Anschließend ergab sich bei Speisen und Getränken Gelegenheit zu kollegialen und freundschaftlichen Gesprächen mit Herrn Dr. Hetzer, seinen Familienangehörigen und vielen Kolleginnen und Kollegen.

Gerhard Immler

Wechsel in der Schriftleitung der Archivalischen Zeitschrift

Die „Archivalische Zeitschrift“, das „Flaggschiff“ der fachwissenschaftlichen Veröffentlichungen der Staatlichen Archive Bayerns und gleichzeitig der deutschsprachigen Archivzeitschriften, hat seit 1. Februar 2018 einen neuen Schriftleiter. Archivdirektor Dr. Christian Kruse folgte in dieser wichtigen Aufgabe dem Direktor des Hauptstaatsarchivs Dr. Gerhard Hetzer nach. Dieser hatte seit 2005 die Schriftleitung der Zeitschrift inne und redigierte in dieser Zeit neun Bände, darunter den Doppelband 88 (Festschrift Hermann Rumschöttel zum 65. Geburtstag).

Mit dem 95. Band (2017) hat sich Herr Dr. Hetzer gleichsam in den Ruhestand verabschiedet. Die Kontaktdaten von Herrn Dr. Kruse lauten: christian.kruse@gda.bayern.de; Tel.: 089/28638-2489.

Margit Ksoll-Marcon

Neue Veröffentlichungen

Zeitschriften

Archivalische Zeitschrift, Band 95 (2017), Köln u.a., Böhlau Verlag 2017 (ISSN 0003-9497; ISBN 978-3-412-50003-0), 470 S. – Inhaltsverzeichnis unter www.gda.bayern.de („Publikationen“).

Archive in Bayern. Aufsätze, Vorträge, Berichte, Mitteilungen, Band 10 (2018), München, Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns 2018 (ISSN 1618-4777; ISBN 978-3-938831-82-3) – 364 Seiten mit zahlreichen Abbildungen – Inhaltsverzeichnis unter www.gda.bayern.de („Publikationen“).

Ausstellungskataloge

Highlights aus dem Schwarzenberg-Archiv. Eine Ausstellung des Staatsarchivs Nürnberg im Knauf-Museum Iphofen, 18. März – 27. Mai 2018. Konzeption und Bearbeitung: Nicola Humphreys, Daniel Burger (Staatliche Archive Bayerns – Kleine Ausstellungen 56), München 2018, ISBN 978-3-938831-83-0, 216 S., zahlr. SW-Abb.

Hinweis

Marita Krauss, Rainer Jedlitschka (Hrsg.), Verwaltungselite und Region. Die Regierungspräsidenten von Schwaben 1817 bis 2017, Volk Verlag München 2017, 368 Seiten mit zahlreichen Abbildungen, ISBN 978-3-86222-254-4.

Terminvorschau

Virtuelle Bavarikon-Ausstellungen:

www.bavarikon.de/verfassung1818

Die Verfassung des Königreichs Bayern 1818–1918

Ein Projekt des Bayerischen Hauptstaatsarchivs erstellt in Zusammenarbeit mit der Bayerischen Staatsbibliothek und dem Haus der Bayerischen Geschichte

ab Herbst 2018

Die Revolution 1918/19

6. Juni – 20. Juli 2018

Die Gaibacher Konstitutionssäule zu Ehren der Bayerischen Verfassung von 1818

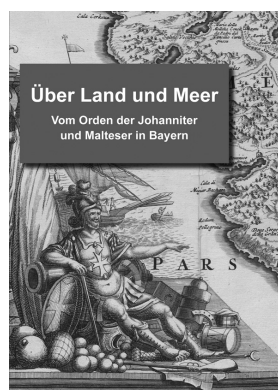
Ausstellung des Staatsarchivs Würzburg



2. Oktober – 27. November 2018

Über Land und Meer. Vom Orden der Johanniter und Malteser in Bayern

Ausstellung des Bayerischen Hauptstaatsarchivs, München



5. Oktober 2018

Entziffern, Forschen, Mitmachen – das Kloster St. Emmeram in Regensburg und seine digitale Überlieferung

Wissenschaftliches Kolloquium im Bayerischen Hauptstaatsarchiv

12. Oktober 2018

Unsere Quellen – unsere Wurzeln: Mit Schülern Archive entdecken

Workshop für Lehrer und Kulturvermittler im Bayerischen Hauptstaatsarchiv zum Europäischen Kulturerbejahr 2018

18. Oktober 2018

Plakate – Postkarten – Fotos. Herausforderungen und Chancen für Archive und Museen

Gemeinsames Arbeitsgespräch der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns, des Arbeitskreises „Stadtarchive“ beim Bayerischen Städtetag und der Landesstelle für die nichtstaatlichen Museen in Bayern im Bayerischen Hauptstaatsarchiv

18. Oktober – 16. November 2018

Getroffen – Gerettet – Gezeichnet. Sanitätswesen im Ersten Weltkrieg

Eine Ausstellung des Bayerischen Hauptstaatsarchivs und der Sanitätsakademie der Bundeswehr



26. Oktober – 29. November 2018

Menschen im Krieg. Die Oberpfalz 1618–1648

Ausstellung des Staatsarchivs Amberg



22. November 2018

Archivwissenschaft in Zeiten der digitalen Transformation

Archivwissenschaftliches Kolloquium in der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns

November 2018 – Februar 2019

Handel im Herzen Europas. Deutsch-Tschechoslowakische Wirtschaftsbeziehungen 1918 bis 1992

Ausstellung im Bayerischen Hauptstaatsarchiv

Impressum

Nachrichten aus den Staatlichen Archiven Bayerns

Herausgegeben von der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns

80501 München • Postfach 22 11 52 • Tel. (089) 28638-2482 • Fax (089) 28638-2615

E-Mail: poststelle@gda.bayern.de

Redaktion: Dr. Christian Kruse unter Mitarbeit von Claudia Pollach

Umschlag, Satz und Gestaltung: Karin Hagendorn

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Dr. Thomas Engelke M.A. (Staatsarchiv Augsburg). – Prof. Dr. Peter Fleischmann (Staatsarchiv Nürnberg). – Prof. Dr. Gábor Gángó (Fellow am Max-Weber-Kolleg der Universität Erfurt). – Dr. Bernhard Grau M.A. (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Dr. Sarah Hadry M.A. (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Hildegard Hagen (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Dr. Johannes Haslauer M.A. (Staatsarchiv Bamberg). – Dr. Ingrid Heeg-Engelhart (Staatsarchiv Würzburg). – Dr. Ulrike Claudia Hofmann M.A. (Staatsarchiv München). – Birgit Hufnagel (Staatsarchiv Coburg). – Dr. Gerhard Immler (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Rainer Jedlitschka M.A. (Staatsarchiv Augsburg). – Sandra Karmann (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Dr. Christian Kruse (Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns). – Dr. Margit Ksoll-Marcon M.A. (Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns). – Jens Martin M.A. (Staatsarchiv Würzburg). – Johannes Moosdiele-Hitzler M.A. (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Doreen Mußmann (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Dr. Teresa Neumeyer M.A. (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Dr. Stefan Nöth (Staatsarchiv Bamberg). – Christina Oikonomou M.A. (Staatsarchiv Würzburg). – Verena Ott M.A. (Staatsarchiv Würzburg). – Dr. Daniela Palzer M.A. (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Patrick Rieblinger B.A. (Staatsarchiv Augsburg). – Jochen Rösel M.A. (Staatsarchiv Amberg). – Dr. Martin Rüth (Staatsarchiv Landshut). – Dr. Klaus Rupprecht (Staatsarchiv Würzburg). – Dr. Maria Rita Sagstetter M.A. (Staatsarchiv Amberg). – Dr. Markus Schmalzl M.A. (Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns). – Thomas Schubert (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Thomas Steck (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Dr. Till Strobel (Staatsarchiv Amberg). – Dr. Michael Unger M.A. (Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns). – Carmen Voigt (Pressestelle der Universität Erfurt). – Heinz-Jürgen Weber (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Dr. Elisabeth Weinberger M.A. (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Dr. Alexander Wolz M.A. (Staatsarchiv Coburg).

Der Text dieses Heftes ist im Internet abrufbar: <http://www.gda.bayern.de>

ISSN 0721-9733

Druck: Grafik und Druck GmbH Peter Pöllinger, Landsberger Str. 318a, 80687 München

Mit der Annahme eines Beitrags zur Veröffentlichung erwirbt die Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns als Verlag, Herausgeber und Redaktion alle ausschließlichen Vertragsrechte für die Zeit des Bestehens des Urheberrechts. Diese umfassen insbesondere auch das Recht zur Herstellung elektronischer Versionen und die Befugnis zur Einspeicherung des Beitrags in eine Datenbank, verbunden mit dem Recht zu deren Vervielfältigung und Verbreitung (online und offline) zu gewerblichen Zwecken ohne zusätzliche Vergütung. Das ausschließliche Recht an einer elektronischen Version des Beitrags erwirbt die Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns ohne zeitliche Begrenzung.

Alle Urheber- und Verlagsrechte, ausdrücklich auch die Übersetzung in andere Sprachen, die Auswertung der Datenträger, die Vervielfältigung jeder Art oder der Nachdruck von Beiträgen bleiben vorbehalten. Es bedarf in jedem Einzelfall der vorherigen Zustimmung der Redaktion.



Im Namen der Allerheiligst:
und unzertheilten Dreifaltigkeit:
Amen

Johann Georg
Messezer, Herr zu Chrsfabrn
und Salschenau, der Churfürstl. Durchl.
in Sährrn. Rat und Freu. Comissarius zu Haag
nebst meiner Ehe. Consortin Maria Clara Messez
erin gebornen Bernlocherin, Thuen kündt und
kündt wissen Jedermänniglichen mit diesem offnen Brief, das
Uns öfters zu gemüeth kommen die unsahlbare Gaaßen und
Gnaden Gottes, so wir beide von unserer Jugend an von
seiner unendlichen Barmherzigkeit empfangen haben, absonderlich aber
da Ich Johann Georg Messezer mich in Chur-Sährrischen Kriegs-

